

101. Sitzung

am Dienstag, dem 8. Mai 2012, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 9296

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
Renate Will, Staatsminister a. D. **Dr. Thomas Goppel**, **Harald Schneider**, Staatssekretärin **Katja Hessel** und **Florian Ritter** 9296

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion
"Bayerns Mittelstand: ein starker Motor für Wachstum, Beschäftigung und Innovation"

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP)..... 9296
Klaus Dieter Breitschwert (CSU)..... 9298
Dr. Thomas Beyer (SPD)..... 9299
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 9301
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 9302
Klaus Stöttner (CSU)..... 9303
Bernhard Roos (SPD)..... 9304
Staatsminister Martin Zeil..... 9305 9307

Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Lage bei der Erstaufnahme und in den Gemeinschaftsunterkünften verbessern (Drs. 16/11146)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
(Drs. 16/12104)

(Aussprache siehe Protokoll der 100. Plenarsitzung vom 26.04.2012)

Namentliche Abstimmung..... 9308

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 1) 9321

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes (Drs. 16/12316)
- Erste Lesung -

Staatsministerin Christine Haderthauer..... 9308
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)..... 9309
Joachim Unterländer (CSU)..... 9309
Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 9310
Renate Ackermann (GRÜNE)..... 9311
Brigitte Meyer (FDP)..... 9312

Verweisung in den Sozialausschuss..... 9312

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 16/12317)
- Erste Lesung -

Thomas Gehring (GRÜNE)..... 9312 9317 9320
Eduard Nöth (CSU)..... 9313 9314
Theresa Schopper (GRÜNE)..... 9314
Martin Güll (SPD)..... 9315 9317
Günther Felbinger (FREIE WÄHLER)..... 9316
9317
Renate Will (FDP)..... 9318 9318 9319 9319
9319 9319 9320
Renate Ackermann (GRÜNE)..... 9319

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 9321

Antrag der Abgeordneten

Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König u. a. (CSU),
Dr. Linus Förster, Adelheid Rupp, Reinhold Perlak (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Anne Franke, Christine Kamm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Thomas Hacker, Thomas Dechant und Fraktion (FDP)

Subsidiarität - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 über europäische Statistiken KOM(2012) 167 endg. (BR-Drs. 219/12) (Drs. 16/12465)

Beschlussempfehlung des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 16/12469)

Beschluss..... 9321

Antrag der Staatsregierung auf Entlastung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2009 (Drs. 16/6211)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (ber. Drs. 16/12304)

und

Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2009 für den Einzelplan 11 (Drs. 16/8115)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 16/12318)

Alexander Radwan (CSU)..... 9321
Volkmar Halbleib (SPD)..... 9322
Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER)..... 9324
Claudia Stamm (GRÜNE)..... 9326
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP)..... 9328
Hans Herold (CSU)..... 9329

Beschlüsse zum Antrag der Staatsregierung (Drs. 16/6211) i. d. F. d. ber. Beschlussempfehlung 16/12304:

Zur Nr. 1 namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 2)..... 9331

Zur Nr. 2 Buchst. c)..... 9331

Zur Nr. 2 Buchst. e)..... 9331

Zur Nr. 2 Buchst. f)..... 9331

Zur Nr. 2 Buchst. g)..... 9331

Zur Nr. 2 Buchst. h)..... 9331

Zur Nr. 2 Buchst. i)..... 9331

Zur Nr. 2 Buchst. k)..... 9331

Zur Nr. 2 Buchst. l)..... 9331

Zur Nr. 2 en bloc Buchst. a), b), d), j) und m)..... 9332

Zur Nr. 3..... 9332

Beschluss zum Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (Drs. 16/8115)..... 9332

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 3)

Beschluss..... 9332

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Keine Lagerung von Brennstäben im Brennelementelagerbecken Isar 1 (Drs. 16/11211)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 16/12168)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 9332 9333
9333 9337 9339

Markus Blume (CSU)..... 9334

Ludwig Wörner (SPD)..... 9335

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 9335 9338

Tobias Thalhammer (FDP)..... 9336 9337

Staatsminister Dr. Marcel Huber..... 9337 9339

Beschluss..... 9340

Eingabe betreffend Beschwerde über den geplanten Ausbau des Beschneigungssystems am Sudelfeld mit Errichtung eines Speichersees (WI. 0358.16)

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 9340

Eberhard Rotter (CSU)..... 9341

Ludwig Wörner (SPD)..... 9342

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER).....	9343	
Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP).....	9344	
Staatssekretärin Katja Hessel.....	9345	
Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 4).....	9345	
		Mitteilung gem. § 26 Abs. 2 GeschO betr. Ausschussumbesetzungen und Einsetzung eines Unterausschusses "Hochschule für Politik" (§ 23 Abs. 3 GeschO) sowie Bekanntgabe des Zeitpunkts seiner Konstituierung.....
		9346
		Schluss der Sitzung.....
		9346

(Beginn: 14.03 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir beginnen können.

Ich eröffne hiermit die 101. Vollsitzung dieser Legislaturperiode des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten; diese ist wie immer erteilt worden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich einige Geburtstagsglückwünsche aussprechen; das tue ich immer sehr gern zu Beginn einer Sitzung.

Am 27. April feierte Frau Kollegin Renate Will einen halbrunden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Erfolg!

(Allgemeiner Beifall)

Am 30. April feierte auch Herr Kollege Staatsminister a. D. Dr. Thomas Goppel einen halbrunden Geburtstag. Herr Kollege, herzlichen Glückwunsch, alles Gute, Gesundheit und auch für Sie weiterhin viel Erfolg in Ihrer parlamentarischen Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Einen runden Geburtstag beging am 3. Mai Herr Kollege Harald Schneider. Alles Gute, Gesundheit und viel Erfolg!

(Allgemeiner Beifall)

Am 5. Mai hatte Frau Staatssekretärin Katja Hessel Geburtstag. Unsere herzlichen Glückwünsche, Gesundheit und weiterhin viel Erfolg!

(Allgemeiner Beifall)

Auch heute haben wir ein Geburtstagskind - ich glaube, "Geburtstagskind" darf man sagen - unter uns: Einen runden Geburtstag feiert Herr Kollege Florian Ritter. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion

"Bayerns Mittelstand: ein starker Motor für Wachstum, Beschäftigung und Innovation"

Ich darf als erstem Redner Herrn Kollegen Freiherrn von Gumpenberg das Wort erteilen. Sie haben eine

Redezeit von zehn Minuten. Ich bitte Sie und auch die folgenden Redner, gelegentlich einen Blick auf die Uhr zu werfen. Herr Kollege, bitte.

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mittelstand in Bayern - das ist eine Erfolgsstory. Zu diesem Thema kann man durchaus mit großem Stolz berichten. Diese unsere Staatsregierung, insbesondere unser Wirtschaftsminister, hat in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik positive Akzente und Maßstäbe gesetzt und so Bayern vorgebracht.

Ein Wort zu mir selbst: Ich bin Mittelständler, erfolgreicher mittelständischer Unternehmer, und weiß somit aus eigener Praxis, welche bedeutende Rolle der Mittelstand bei uns spielt. Ich verstehe mich auch als Stimme des Mittelstandes. Nur wenige aus diesem Bereich sind hier im Parlament vertreten und können somit dem Mittelstand eine Stimme verleihen.

(Zuruf von der SPD)

Bayern ist Spitzenklasse, lieber Kollege von der SPD, und Bayern ist Vorreiter - Vorreiter einer modernen, zukunftsorientierten, innovativen, sozialen und ökologischen Wirtschaftspolitik. Wer von bayerischer Wirtschaftspolitik spricht, spricht von erfolgreicher Politik. Gerade in der Mittelstandspolitik sind wir Vorreiter. Unsere Arbeitsmarktzahlen sind beispielhaft und können sich sehen lassen; mit derzeit 3,7 % sind sie rekordverdächtig niedrig. Die Jugendarbeitslosigkeit hat mit 2,8 % einen neuen Tiefstand erreicht. Vollbeschäftigung ist in Reichweite. Bayern steht damit auf Platz 1 aller Bundesländer. Das ist ein Erfolg dieser Staatsregierung, das ist ein Erfolg dieses Staatsministers.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

"Zudem ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit auch weiter in allen Regierungsbezirken zu spüren", erklärte zum Beispiel die Regionaldirektion der Agentur für Arbeit. Insgesamt ist ein - ich zitiere - "neuer Höchstwert an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung seit 1999" feststellbar. Oberbayern, Niederbayern, Schwaben, Unterfranken und die Oberpfalz - fünf von sieben Bezirken! - haben Spitzenwerte vorzuweisen. Eine Vielzahl von Städten und Gemeinden hat bereits die Drei-Prozent-Marke unterschritten.

Besonderes Augenmerk müssen wir allerdings immer noch auf Ober- und Mittelfranken richten. Wir als FDP und die gesamte Koalition stehen für eine Politik des regionalen Ausgleichs. Wir haben ganz Bayern auf dem Zettel und werden weiter daran arbeiten, dass sich ganz Bayern in etwa gleich entwickelt. Dazu wol-

len wir gezielt die individuellen Stärken der einzelnen Regionen fördern.

Viele Bundesländer schauen neidisch auf Bayern, und das nicht nur wegen des FC Bayern. Wir sind nicht nur im Fußball, sondern auch in der Wirtschaftspolitik Champions League.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

So haben die beiden FDP-geführten Ministerien in den vergangenen drei Jahren Bayerns Zukunft nachhaltig aufgebaut. Dazu gehört übrigens auch die zweite Stammstrecke, die die Voraussetzungen schafft, um die wirtschaftliche und infrastrukturelle Vernetzung herzustellen. Das ist ganz wichtig.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Haben Sie das Finanzierungskonzept dabei, Herr von Gumpenberg?)

- Ja, in der Tasche.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Raus damit!)

Bayern hat als erstes Bundesland ein eigenes Energiekonzept vorgelegt und eine eigene Energieagentur gegründet.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Beim Breitband, also bei der Glasfaser, sind wir schneller als alle anderen Bundesländer.

(Zuruf von der SPD: Hoppla!)

Wir reden nicht mehr über den Fachkräftemangel, sondern wir schaffen Voraussetzungen zur Abhilfe zum Beispiel durch die Blue Card. Wir haben ein forschungsfreundliches Umfeld geschaffen, denn nur durch neue Technologien bleibt Bayern als moderner Wirtschaftsstandort das, was es heute ist.

In diesem Umfeld können bayerische Unternehmen ihre Innovationskraft völlig ausschöpfen. Gerade der Mittelstand hat im Land der Löwen, in dem wir uns befinden, den Löwenanteil zum konjunkturellen Erfolg beigetragen, die vielen tausend mittelständischen Unternehmen, Handwerksbetriebe, Freiberufler, Bäckereien, Unternehmen aus der Werkzeug- und Maschinenbranche bis hin zum Ingenieur- oder Architekturbüro. Nahezu 650.000 mittelständische Unternehmen im Freistaat erwirtschaften zusammen einen sehr wesentlichen Anteil am gesamten bayerischen Umsatz.

Der Mittelstand trägt wesentlich dazu bei, dass Menschen eine sichere Arbeitsstelle haben. Auszubildende werden gefördert und in zunehmendem Maße übernommen. 75 % der Arbeitnehmer und knapp

85 % der Auszubildenden sind bei kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt. Die bayerische Wirtschaft hat mit dem Mittelstand ein solides Fundament. Zahlreiche Unternehmen sind weltweit Marktführer. Ich nenne Ihnen zum Beispiel Sennebogen in Niederbayern oder Pöschl Tabak, auch in Niederbayern, in Geisenhausen oder Langenscheidt-Verlag in München oder Uvex Konsumgüter, Brillen aus Fürth. Diese Unternehmen sind deshalb so erfolgreich, weil sie gemeinsam mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an einem Strang ziehen. Weder der bayerische Mittelstand ruht sich auf seinen Erfolgen aus, noch tun wir es. Wir sehen sehr wohl die Herausforderung.

Wichtig ist für uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Oh!)

Das ist ein wichtiges Schlagwort für das, was wir noch vor uns haben. Es ist gar keine Frage, dass in diesem Bereich noch viel zu tun ist.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Okay!)

Der Ausbau der privaten Kinderversorgung muss angepackt werden. Gerade der Mittelstand hat mit den hohen Energie- und Rohstoffkosten zu kämpfen. Die ständigen Preissteigerungen werden zu einem unkalkulierbaren Risiko. Der Ausbau der Energieeffizienz ist daher für die Zukunft der Unternehmen entscheidend.

Die Verschiebung der Absatzmärkte und das Aufkommen neuer Wirtschaftszentren sind neue Herausforderungen. Dabei darf das nicht von bürokratischen Hürden gebremst werden. Diese Belastung muss weiter verringert werden.

Wir wollen ein starkes Bayern. Was wir nicht wollen, sind wirtschaftliche Monopole oder Oligopole,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): So wie in der Energieindustrie!)

sind Beherrschung und Dominanz unserer Wirtschaft durch einige wenige.

Genauso wenig braucht man noch mehr Regeln und Kontrollen,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Durch Leute wie Herrn Zeil!)

- hören Sie jetzt gut zu! -, sondern eine marktorientierte, ökonomische, freiheitsfördernde Politik, die dem Mittelstand und der Industrie unter anderem erlaubt,

sich unter sozialen und ökologischen Wettbewerbsgesichtspunkten zu entfalten.

(Weitere Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und ganz besonders Herr Dr. Beyer, brauchen wir nicht noch mehr staatliche Kontrollen oder Eingriffe, sondern weniger. So auch ein Artikel in der "Süd-deutschen Zeitung" vom 10. Januar dieses Jahres.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Liebe Kollege Beyer, Sie wollen kontrollieren, Sie wollen in die Unternehmen hineinregieren. Genau das aber wollen wir nicht. Wir wollen frei zugängliche Märkte.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): So, so!)

Wenn man sich die Unkenrufe und die zum Teil harsche Kritik der Opposition vor Augen hält, kommt man des Öfteren zu der Annahme, wir wären nicht im Bayern des 21. Jahrhunderts, sondern in der Steinzeit. Wirtschaftskompetenz wird der SPD von den Bürgern zu Recht nicht zugetraut, wie Umfragen immer wieder zeigen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Die SPD sollte unseren Unternehmen mehr zutrauen. Sie haben mehr Wirtschaftskompetenz. Das haben sie genug bewiesen. "Wir werden höhere Ansprüche an die Industrie formulieren." Das ist eine Idee der SPD für die ihrer Meinung nach richtige Wirtschaftspolitik. Höhere Ansprüche, werter Kollege Dr. Beyer, sollte die SPD besser an sich selbst und ihre Wirtschaftskompetenz stellen.

Liebe SPD, liebe GRÜNE und FREIE WÄHLER, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die Regierung ihrer wirtschaftlichen Verantwortung mehr als gerecht wird und dass die zum Teil maßlose Kritik aus den Reihen der Opposition mangels Belegen ins Leere läuft. Bayern ist ein Vorzeigeland für hervorragende Wirtschaftspolitik, die durch diesen Wirtschaftsminister und diese Koalition erbracht wird. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor ich Kollegen Breitschwert für die CSU-Fraktion das Wort erteile, darf ich bekannt geben, dass nach der Aktuellen Stunde eine namentliche Abstimmung stattfindet. Ich bitte, das im Haus durchzugeben.

Bitte, Herr Kollege Breitschwert. Auch für Sie wurden zehn Minuten beantragt.

Klaus Dieter Breitschwert (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Die Bedeutung des Mittelstands für Bayern" ist das Thema der Aktuellen Stunde, beantragt von den Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion. Ich werde versuchen, in der mir zur Verfügung stehenden Zeit das etwas zu skizzieren.

Was ist bayerischer Mittelstand? Das sind 99,7 % aller Unternehmen in unserem Freistaat. Das sind übrigens 750.000 Selbstständige und damit etwa 12 % aller Erwerbstätigen. Das sind über drei Millionen Beschäftigte. Diese wiederum stellen 75 % aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze.

Was ist der bayerische Mittelstand noch? Das sind über 200.000 Auszubildende, übrigens 84 % aller Auszubildenden, und es ist ein Anteil von 42 % am gesamtwirtschaftlichen Umsatz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Was bedeutet bayerischer Mittelstand? Das bedeutet persönliche Einsatzbereitschaft der Eigentümer, Arbeit oft deutlich über 40 Stunden pro Woche und auch an Wochenenden. Oft arbeiten auch ganze Familien mit.

Was bedeutet es weiter? Eine enge Beziehung zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mitarbeiter werden auch in Krisenzeiten, soweit es möglich ist, behalten. Außerdem sind viele Selbstständige vor Ort auch sozial verankert. Daher ist der Umgang mit den Mitarbeitern eine Visitenkarte für die Person des Unternehmers, für die Verantwortlichen.

Große Eigenverantwortung im Guten, und wenn es schwierig wird, auch im Schlechten. Denn Konkurs, meine Damen und Herren, bedeutet im Mittelstand nicht nur Arbeitsplatzverlust für Mitarbeiter, sondern oft auch den Wegfall der wirtschaftlichen Existenzgrundlage des Unternehmers und, wenn es schlimm kommt, auch seiner Familie.

Standorttreue, meine Damen und Herren, auch in schwierigen Zeiten. Oft ist der Kundenstamm regional, auch im Einzelhandel und im Handwerk. Daher sind Weggang oder Standortverlagerung meist gar nicht möglich. Handwerk mit dem guten Spruch: die Wirtschaftsmacht von nebenan.

Wirtschaftliche Flexibilität und Stabilität. Der Mittelstand ist für weltwirtschaftliche Schwankungen weniger anfällig als Großunternehmen. Das resultiert auch aus dem, was ich schon sagte: Es geht um die Wirt-

schaft von nebenan, wenn Sie wollen, auch den regionalen Wirtschaftskreislauf.

Die Finanzmarktkrise, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat gezeigt, dass der Mittelstand "den Laden", wie man so schön sagt, am Laufen hält. Das Zusammenstehen von Unternehmern, Mitarbeitern, Kunden ist das Entscheidende, das macht stark.

Innovationsbereitschaft und -fähigkeit. Unternehmer und Mitarbeiter können Erfindungsgeist frei ausleben und auch am wirtschaftlichen Erfolg teilnehmen. Ideen und Kreativität haben nämlich nichts mit dem Stand des Bankkontos zu tun.

Was für eine Politik braucht dieser Mittelstand? Meine Damen und Herren, Wirtschaftspolitik ist Ordnungspolitik, ein starker und verlässlicher Ordnungsrahmen, der ausreichend Luft zum Atmen lässt und Verantwortlichkeiten klar und - das füge ich hinzu - fair zuweist. Das reicht zum Beispiel von Berufsordnungen bis zu Fragen des Verbraucherschutzes.

Wirtschaftspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aber auch Strukturpolitik. Das bedeutet eine hervorragend ausgebaute Infrastruktur auch im ländlichen Raum, zum Beispiel das Straßensystem und die Internetanbindung. Wichtig sind auch die Themen in kommunaler Verantwortung, wie zum Beispiel Gewerbeflächen. Wir sprechen auch von der Finanzierungsmöglichkeit für die kleinen und mittleren Unternehmen. Da ist ein funktionierendes System von Kreditinstituten wichtig, die sich dem Mittelstand besonders verpflichtet fühlen. Ich nenne stellvertretend die Sparkassen, auch die Raiffeisen- und anderen Genossenschaftsbanken sowie Banken von anderer Struktur, die zur Unterstützung des Mittelstandes wirken können.

Was ist wichtig? Wichtig ist auch ein umfassendes Bildungswesen von allgemeinbildenden Schulen in der Fläche bis zu Berufsschulen und Hochschulen. Da sind die Berufsschulen von besonderer Bedeutung. Drei Viertel der jungen Menschen gehen durch die berufliche Bildung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Beim Thema Gründungs- und Innovationsförderung nenne ich z. B. die Hochschulen, die die Kooperation mit den Unternehmen, kleinen und mittleren Unternehmen - KMU - suchen. Es gibt Gründungszentren, die beim Start in die Selbständigkeit helfen.

Wirtschaftspolitik, sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister, ist die höchste politische Kunst. Wirtschaftspolitik ist das Standhalten der Politiker gegenüber der Versuchung, die Wirtschaft mit immer mehr Vorgaben

und Vorschriften reglementieren zu wollen. Alle Regelungen, die für eine kleine Gruppe schwarzer Schafe gedacht sind, treffen auch die große Gruppe der Anständigen. Alle bürokratischen Vorgaben treffen die Mittelständler härter als die Großunternehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wirtschaftspolitik ist die Einsicht, dass ein Unternehmer besser als mancher Politiker weiß, was für ihn und sein Unternehmen gut ist.

Wirtschaftspolitik ist in erster Linie aber auch eine Frage der Einstellung. Ich führe hier ein Zitat von Winston Churchill an, der einmal gesagt hat - ich mache mir das Zitat nicht zu eigen; ich gebe es hier nur wieder -:

Es gibt Leute, die den Unternehmer für einen rüddigen Hund halten, den man totschiessen muss. Andere meinen, der Unternehmer sei eine Kuh, die man ununterbrochen melken kann. Und manche sehen in ihm das Pferd, das mit anderen zusammen den Karren zieht.

Meine Damen und Herren, ich meine, der letzte Satz bezeichnet die richtige Einstellung. Lassen Sie uns mit dieser Einstellung eine gute und langfristige Wirtschafts- und Mittelstandspolitik in unserem Freistaat Bayern machen.

Ich bedanke mich beim Herrn Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr, und Technologie für sein großes Engagement und für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Beyer das Wort erteilen.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! So schnell kann es gehen. Meine Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, noch vor wenigen Monaten haben Sie die SPD verhöhnt, als wir mehr Bodenhaftung und mehr Bodenständigkeit in der bayerischen Wirtschaftspolitik eingefordert haben. Jetzt kehrt die FDP zu den "Brot-und-Butter-Themen" zurück. Ja, so schnell kann es gehen, und das ist gut so, und zwar nicht nur für Herrn Kubicki in Schleswig-Holstein. Es ist gut, dass die FDP hier zu Beginn des letzten Viertels dieser Legislaturperiode zum ersten Mal das Thema "Mittelstand" in das Plenum bringt. Ich finde es gut, dass sich die frühere Mittelstandspartei dieses Themas immerhin schon jetzt annimmt.

Ich sage zum Mittelstand hier das Gleiche, was ich vor dem Parteitag der SPD gesagt habe. Was ich gesagt habe, meinen wir von der SPD aus tiefster Überzeugung: Der Mittelstand ist der starke Kern der Wirtschaft in Bayern. Die Vorredner haben das anhand von Zahlen deutlich gemacht. Er ist ein Garant für ein dichtes Netz an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Wer heute das "Handelsblatt" gelesen hat - Herr Huber nickt schon -, hat zur Kenntnis genommen, dass uns in Deutschland und sicherlich auch in Bayern die Franzosen und ihr bisheriger Präsident um den Mittelstand beneiden. Ich denke, wir können auf ihn nicht nur stolz sein, sondern wir haben allen Grund, den starken Baum "Mittelstand" auch politisch weiter wachsen zu lassen.

Mittelstand ist für uns Tradition und Moderne, ist Können und Kreativität. Bayerns Mittelstand ist erstklassig. Die aktuelle Mittelstandspolitik von CSU und FDP ist bestenfalls Mittelmaß.

(Beifall bei der SPD)

Ich zeige Ihnen das an konkreten Beispielen. Die Art und Weise, wie Sie, Herr Zeil, von der FDP zusammen mit CSU und CDU in den letzten Monaten die EEG-Förderung geradezu brutalstmöglich zusammengestrichen haben, berechtigt zu der Feststellung: Das ist das größte Programm zur Vernichtung von Wachstum und Beschäftigung im bayerischen Mittelstand seit Jahrzehnten.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Verweigerung einer dezentralen Energiewende und Ihre Steigbügelhalterei gegenüber den Großkonzernen trotz Energiewende werden dazu führen, dass wir Innovationen nicht nutzen können. In einem Bereich, in dem Bayern die Weltmarktführerschaft beanspruchen sollte, werden wir zurückfallen. Das ist die aktuelle Mittelstandspolitik von FDP und CSU.

Bei der Clusterpolitik ist die einseitige Ausrichtung an den Großunternehmen mittlerweile nicht nur Gegenstand der Kritik der SPD und ihres Wirtschaftssprechers, sondern sogar der Evaluierung durch die Fraunhofer-Gesellschaft. Ich zitiere aus Seite 33 dieses Berichts: "Es ergeben sich deutliche Zusammenhänge zwischen der Unternehmensgröße und den Wirkungen im F-und-E-Bereich." - Das ist sehr diplomatisch formuliert und heißt in Wirklichkeit: Die Clusterpolitik geht gerade an den kleinen und mittleren Unternehmen vorbei. Mehr als ein Drittel der Unternehmen bis zu 50 Mitarbeitern haben laut Evaluierungsbericht gesagt, die Clusterpolitik habe für sie keine oder nur geringe Wirkungen. Dafür sagen mehr als drei Viertel der Großunternehmen: Für uns hat sie eine Wirkung.

Das ist ein Beleg für die Richtigkeit unserer These, dass wir gerade den Kleinen mehr helfen müssen, als Sie es tun.

(Beifall bei der SPD)

Wie man es besser machen kann, bedarf keines weiten Blicks. Schauen Sie nach Baden-Württemberg. Dort gibt es einen sozialdemokratischen Wirtschaftsminister. Ich nenne nur zwei Punkte der dortigen Mittelstandspolitik.

Den Innovationsgutschein, den Sie, Herr Minister, hier später preisen werden, gibt es in Baden-Württemberg nicht nur schon länger, sondern es gibt ihn für die kleinen Unternehmen, verglichen mit Bayern, in doppelter Höhe. Das ist eine echte Unterstützung der kleinen Unternehmen bei F und E.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Ich nenne auch die Einführung eines Mittelstandsbeauftragten. Auch diesen sollten Sie kennenlernen, verehrter Herr Kollege Hacker. Ich weiß nicht, warum sich Bayern nicht leisten kann, was sich Baden-Württemberg leistet: einen eigenen Ansprechpartner in der Staatsregierung für den Mittelstand. Daher ist das Land Baden-Württemberg - das muss man leider sagen - das Land Nummer 1 in der Mittelstandsförderung, nicht etwa Bayern. Dies zu ändern ist im Moment Ihre Aufgabe. Wir werden es demnächst in der Tat ändern.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne Ihnen einige weitere Punkte, die wir einer aktiven Mittelstandspolitik zuordnen. Kollege Breitschwert hat zu Recht von den Gründerzentren gesprochen. Wir sagen jedoch: Wir brauchen die einzelbetriebliche Beratung der kleinen Unternehmen eben auch im Lebenslauf des Unternehmens. - Es freut mich, Herr Breitschwert, dass Sie mir als Praktiker hier zustimmen. Wir wollen dabei gemeinsam mit den Kammern vorgehen, nicht gegen die Selbstverwaltungsorgane.

Wir haben ein Vergabegesetz vorgelegt und das werden wir auch erneut tun. Wir werden es durch eine Reform ermöglichen, kleinen Unternehmen bevorzugt Aufträge zu geben.

Wir sind für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, weil Schluss damit sein muss, dass der anständige Kaufmann oder der ordentliche Handwerksmeister mit seinen Löhnen einer subventionierten Konkurrenz mit solchen Unternehmen ausgesetzt ist, die niedrige Löhne zahlen. Solches lassen Sie mit

Ihrer Aufstockerei zu. Auch das ist mittelstandsfeindlich.

Zu guter Letzt: Mittelstandspolitik heißt auch, dass wir endlich die eklatanten Mängel unseres bayerischen Bildungswesens so beheben müssen, dass nicht bei jedem Unternehmensbesuch, den man macht, die zentrale Botschaft herüberkommt: Gebt mir Auszubildende, die die betrieblichen Anforderungen erfüllen können. Dies ist ein klares weiteres Petikum, um den Mittelstand in Bayern stark zu machen.

Herr Kollege Roos wird sich im Anschluss dem Thema "Energiewende" und den dabei durch FDP und CSU vergebenen Chancen für den bayerischen Mittelstand widmen.

Ich danke Ihnen für Ihre zum Schluss hohe Konzentration.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Breitschwert hat die Zahlen zu Recht noch einmal genannt, um deutlich zu machen, wie wichtig der Mittelstand ist. 99,7 % der Betriebe sind KMU-Betriebe mit bis zu 250 Mitarbeitern. Das ist der Grund dafür, dass wir von Anfang an großen Wert darauf legen, alle Entwicklungen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, wie sich die Initiativen auf den Mittelstand auswirken, wie verträglich die Maßnahmen sind und wie bürokratisch aufwendig die Regelungen und Regularien sind, über die wir diskutieren. Unter diesen Gesichtspunkten bin ich dankbar, dass wir heute erneut Gelegenheit haben, eine ganze Reihe von Aspekten zusammenzufassen. Wachstum, Beschäftigung und Innovation werden weder von der Politik generell noch von der Staatsregierung gemacht sondern von der Wirtschaft selbst.

Wir sind aufgerufen, die Rahmenbedingungen, die Infrastruktur und die ordnungspolitischen Voraussetzungen zu schaffen, damit sich der Mittelstand auch in den nächsten Jahren kraftvoll entfalten kann.

Es wäre eine vergebene Chance und sehr schade, lieber Kollege Gumpfenberg, wenn nicht auch seitens der Partei, die dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht hat, die Frage diskutiert würde, wo wir besser werden und die Chancen nutzen müssen. Ihre Partei, lieber Kollege, sonnt sich bei diesen Themen immer wieder in den Erfolgen der Wirtschaft und

bleibt bei den Arbeitszahlen stehen, wirft aber nicht die für die Zukunft wichtigen Fragen auf wie zum Beispiel die, was wir tun müssen, um dem Mittelstand und der Wirtschaft insgesamt in der Zukunft ein erfolgreiches Wirtschaften zu ermöglichen.

Lassen Sie mich schlaglichtartig ein paar Aspekte in Erinnerung rufen.

Die Energiewende ist eine große Chance für den Mittelstand. Kollege Beyer hat auf die für den Mittelstand so schädlichen Wirkungen der EEG-Reformdiskussion hingewiesen. Dramatisch ist, dass das nicht zum ersten Mal der Fall ist. Wir haben das gleiche Dilemma bereits vor zwei Jahren schon einmal erlebt. Auch damals wurden von einer Sekunde auf die andere Entscheidungen getroffen, ohne die Auswirkungen auf den Mittelstand zu berücksichtigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist schon bedauerlich, wenn das ein erstes Mal passiert, aber wenn solche Fehler wiederholt werden, ist das ein Beleg dafür, dass die Erwartungen und die Probleme des Mittelstands in Ihrer Politik einfach keine ausreichende Berücksichtigung finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ein nächster Punkt ist die energetische Gebäudesanierung. Da rufe ich alle Fraktionen in diesem Hohen Hause auf, den Knoten im Vermittlungsausschuss endlich platzen zu lassen. Auch das wäre für den Mittelstand und die Unternehmen dieser Branche ein Zeichen, dass die Ampel politisch auf Grün gestellt wird. Die Bürokratie - das habe ich eingangs bereits angedeutet - trifft den Mittelstand mehr als alle anderen. Das Handelsblatt stellte am letzten Freitag eine riesige Latte bürokratischer Hemmnisse zusammen. Gestehen Sie sich doch ein, dass diese Hemmnisse gerade kleinere Unternehmen in besonderer Weise treffen. Die Markttransparenzstelle für die Benzinpreise ist ein gutes Beispiel dafür, dass Sie einfache Lösungen, wie wir sie vorschlugen, nicht umsetzen wollen. Auch an dieser Stelle propagieren Sie wieder einen riesigen Aufwand und kommen dabei nur zu kleinen Erfolgen. Natürlich können die Großen auch mit solchen zusätzlichen Vorschriften umgehen, aber auch hier sind die Kleinen wiederum die Leidtragenden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Das weitere Stichwort ist die Breitbandinfrastruktur. Auch da ist die Standortbindung, die Kollege Breitschwert bereits angesprochen hat, ein weiterer guter

Grund, die Sache voranzubringen. Wir aber erleben seit Monaten eine Situation ohne Programm, und auch die Staatsregierung kann nichts dazu sagen, bis wann und wie es genau vorangehen soll. Es droht auch an dieser Stelle ein Vakuum von fast schon einem Jahr für den ländlichen Raum und die dort angesiedelten Mittelstandsunternehmen, die auf diese Infrastruktur angewiesen wären. Wenn man die Sorgen des ländlichen Raumes ernst nähme, würde das auslaufende Breitbandprogramm sofort lückenlos durch ein anderes abgelöst. Aber auch an dieser Stelle müssen wir mangelnde Ernsthaftigkeit feststellen.

Hier hinein gehört auch das Thema Landesentwicklungsprogramm. Auch damit könnte man die Rahmen- und Standortbedingungen verbessern. Gleichwohl warten wir seit Jahren darauf, dass die Staatsregierung endlich einen Plan vorlegt.

Leider kann ich keine weiteren Punkte in den fünf Minuten anführen, aber das Handwerk hätte es verdient, dass all das Angesprochene und noch vieles mehr ernsthafter angepackt wird, als es bisher der Fall ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE) und Thomas Mütze (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank Herr Abgeordneter. Für die Fraktion die GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Dr. Runge das Wort. Bitte sehr.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Thomas Beyer hat seine Freude darüber ausgedrückt, dass sich die FDP heute in der Aktuellen Stunde des Themas Mittelstand annimmt. Aber, Kollege Beyer, ich habe in der Rede des Kollegen von Gumpfenberg eigentlich nichts über Mittelstandspolitik gehört. Es war fast ausschließlich eine Lobhudelei, wie toll die Staatsregierung sei,

(Thomas Hacker (FDP): Was wahr ist, muss man doch auch mal sagen dürfen!)

und dann kam eine erstaunlich lange und zähe Auseinandersetzung mit der SPD, die bemerkenswert war.

Eines ist klar. Eine der Stärken unserer Wirtschaft, und zwar nicht nur in Bayern, sondern in Deutschland insgesamt, ist die Vielfalt im Hinblick auf die Sektoren, im Hinblick auf die Branchen und auch auf die Unternehmensstrukturen. Wir haben kleine und mittlere Unternehmen auf der einen Seite und Großunternehmen auf der anderen Seite, eigentümergeführte Unternehmen auf der einen Seite und Kapitalgesellschaften auf der anderen Seite. Diese Vielfalt gilt es zu erhalten. Selbstverständlich wollen wir hier im Hohen Hause alle die kleinen und mittleren Unternehmen unterstüt-

zen. Es ist gesagt worden, kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie leisten einen zentralen Beitrag bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Sie sind standorttreu und weniger anfällig bei Krisen und vieles mehr.

Deswegen sollten wir uns alle gemeinsam überlegen, wie die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen noch weiter verbessert werden können. Einige Vorschläge kommen immer wieder auf den Tisch: Öffentliche Aufträge möglichst in kleinen Losen zu vergeben, nicht so viel an Generalunternehmer und Generalübernehmer. Es gilt, die Wirtschaftsförderung übersichtlicher zu machen, denn die Zahl der Förderprogramme ist aktuell schwer überschaubar, sodass viele kleine und mittlere Unternehmer nicht mehr mitkommen. Umgekehrt schafft diese große Intransparenz die Möglichkeit zu Mitnahmeeffekten. Hier muss Transparenz geschaffen und auch gekürzt werden.

Wichtig ist auch, sich noch stärker von der Investitionsförderung zu verabschieden und mehr auf Beratungsprogramme abzielen. Ich denke da an Finanzierungsberatung, Übernahmeberatung oder Gründungsberatung. Außerdem müssen wir versuchen, die Eigenkapitalbasis zu stärken. Das muss die künftige Stoßrichtung sinnvoller wirtschaftlicher Förderprogramme sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein uns ganz wichtiges Anliegen - da hatten wir auf die FDP gehofft, als sie in den Landtag kam - ist der Schutz von Privatunternehmen vor öffentlichen Unternehmen bzw. vor öffentlich massiv geförderten Unternehmen. Wir fordern immer wieder, dass die Subsidiaritätsklausel keine Worthülse bleiben darf, sondern fassbar wird und eine drittstützende Wirkung bietet. Herr von Gumpfenberg, bei unserem nächsten Vorstoß bezüglich des Mittelstandsförderungsgesetzes könnten Sie uns herzlich gerne unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn über das Thema Bürokratie gesprochen wird, muss man auch die Frage stellen, wie sich das Verhältnis der kleinen und mittleren Unternehmen zu den Kammern und Berufsgenossenschaften darstellt. Die Kammer mit ihrem Dreifachhut - erstens hoheitliche Geschichten zum Beispiel im Rahmen der Berufsausübung, zweitens Beratung und drittens Lobbying, das Ganze zusammengepackt mit der Zwangsmitgliedschaft - gilt es unseres Erachtens infrage zu stellen. Und bei den Berufsgenossenschaften ist zu fragen, warum es keinen Wettbewerb bei der Versicherung der Risiken Arbeitsunfall und Berufskrankheit geben kann und warum es keinen Wettbewerb geben kann,

wenn es um Leistungen der Rehabilitation und Prävention geht. Hier ist durchaus einiges anzugehen.

Die Wirtschaftspolitik in Bayern muss selbstverständlich Sorge dafür tragen, dass Bayern als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig bleibt, indem die Chancen genutzt werden und den Schwachpunkten entgegengearbeitet wird. Bayern ist ein wirtschaftstarkes Land, aber es gibt zum Beispiel Rankings zur Wirtschaftsdynamik, und da fällt Bayern von Jahr zu Jahr zurück. Oder sehen wir uns einmal die Disparitäten von Region zu Region an, von Arbeitsamtsbezirk zu Arbeitsamtsbezirk, diese sind weiterhin riesengroß.

Es gibt massive Versäumnisse gerade in der Politik, die den Rahmen für die Wirtschaft schafft. Da ist der Bereich der technischen Infrastruktur genannt worden. Noch immer bevorzugt man viele teure Straßen gegenüber dem Breitbandausbau. Da haben Sie, Herr Minister, zugegebenermaßen ein brutal schweres Erbe übernommen. Aber auch die Aktivitäten in der Bildungspolitik sind alles andere als berauschend. Wir haben einerseits einen Ingenieurmangel und einen Facharbeitermangel und andererseits viel zu viele Schulabbrecher und viel zu viele, die die Lehre abbrechen. Hier gilt es im Sinne eines zukunftsfähigen Wirtschaftsstandortes Bayern nachzuarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr von Gumppenberg, Sie haben gesagt, die FDP wolle keine Monopole und Oligopole. Aber genau das Gegenteil passiert, wenn Ihr Wirtschaftsminister den Großen das Feld wieder bereitet, indem er sagt, die Einspeisevergütung müsse weg, der Einspeisevorrang müsse weg. Damit schaden Sie den kleinen und mittleren Unternehmen massiv.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder: Aktionen wie die Begünstigung von Großmärkten auf der grünen Wiese sind nicht mittelstandsfreundlich, sondern -feindlich.

Ein letzter Punkt - denn das rote Lämpchen der Redezeitanzeige leuchtet bedauerlicherweise schon wieder - betrifft unsere Forderungen und auch die der SPD nach einer neuen Tariftreuregelung und einem Mindestlohn. Da geht es nicht nur um Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherung, sondern auch um fairen Wettbewerb. Schauen Sie sich doch bitte auf Großbaustellen um: Welche Großunternehmen beschäftigen welche Subunternehmen? Das ist eben nicht der bayerische Mittelstand. Deswegen ist diese Forderung berechtigt. Wir werden also umsteuern und machen Ihnen dafür schon vorher gute Vorschläge.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Stöttner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrtes Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist von jedem schon fast alles gesagt worden. Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Sogar die SPD wertschätzt die Ergebnisse Bayerns.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die der Wirtschaft, des bayerischen Mittelstandes, Herr Kollege!)

- Lieber Dr. Thomas Beyer, die wirtschaftliche Stärke Bayerns ist unter zwei wichtigen Kriterien zu beurteilen: zum einen unter dem Aspekt der Innovationskraft unserer Wirtschaft, zum anderen unter dem der Stabilität der bayerischen Politik. Die internationalen Unternehmen, die nach Bayern kommen, entscheiden sich für Bayern, weil wir wie kein anderes Land eine stabile Politik haben.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Die Politik legt die Rahmenbedingungen und Leitlinien so fest, dass die Wirtschaft optimal funktioniert.

Ich möchte zwei wichtige Punkte herausgreifen, die uns - das kann uns keiner absprechen - in der Wirtschaftspolitik federführend machen: In Bayern wurde die Bildungspolitik seit Jahrzehnten weitreichend und nachdrücklich in die richtige Richtung gelenkt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Deshalb haben Sie 2008 17 % verloren!)

Die Entwicklung der Realschulen als Förderer und Grundlagengeber für unseren Mittelstand ist legendär. Die Entscheidung der Fachhochschulen, in den ländlichen Raum zu gehen, ist mit Blick auf unseren Grundsatz, in den Städten und im ländlichen Raum gleichwertige Lebensbedingungen zu gewährleisten, richtig gewesen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darum müssen wir es in die Bayerische Verfassung schreiben, weil Sie es in der Vergangenheit so gut gemacht haben!)

Ich möchte dies mit ein paar Zahlen belegen: Wir verzeichnen in Bayerns ländlichem Raum - im Gegensatz zum ländlichen Raum in ganz Deutschland mit 3,7 % - eine Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze um 4,8 %. Wir haben in Bayern insgesamt über 100.000

sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mehr als im Jahr 2009.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit den Billigjobbern!)

Wir haben vor Kurzem in ganz Bayern mit dem dualen Ausbildungssystem in den strukturschwachen Gebieten, aber auch in anderen Regionen, in denen es notwendig ist, zur Weiterbildung nach der Berufsausbildung exzellente Technikerschulen eingerichtet, zum Beispiel auf dem Gebiet der GFK-Technik (Anm., GFK: Glasfaserverstärkte Kunststoffe), des Kunststoffs und von Faserverbundwerkstoffen. Es ist eine geniale Entscheidung, nach der Berufsausbildung Technikerschulen anzubieten, anschließend die Meisterausbildung anzugehen und die Hochschule als Krönung für die berufliche Bildung vorzusehen.

Ich möchte Kultusminister Dr. Spaenle für den Ansatz "Technikerschulen" danken, der für den Mittelstand eine weitere große Bedeutung hat. Ich möchte heute aber auch Herrn Minister Zeil für die im letzten halben Jahr auf den Weg gebrachten Forschungsprojekte, etwa durch das Max-Planck-Institut oder das Fraunhofer-Institut, danken. Es steht zwar "Fraunhofer" oder "Max Planck" darauf, drin steckt aber das Wirtschaftsministerium, also bayerische Staatspolitik. Herr Minister Zeil, herzlichen Dank für solche Dinge, die stillschweigend gemacht werden, aber für unsere Wirtschaft langfristig erfolgreich sind.

(Beifall bei der CSU)

Entscheidend ist für mich, was die Jugendarbeitslosigkeit für eine gute Wirtschaftspolitik bedeutet. In meinem Landkreis haben wir mit 1,76 % eine kaum messbare Jugendarbeitslosigkeit. Eine Jugendarbeitslosigkeit von 3,7 % in Bayern ist eine exzellente Leistung. Bekanntlich beträgt in Spanien, wo die Wirtschaftspolitik nicht funktioniert, die Jugendarbeitslosigkeit über 40 %. Das ist keine vernünftige Politik. Deswegen ist die Bildungspolitik einer der Garanten unserer Wirtschaftspolitik.

Ein dritter Punkt sind die Soft Facts. Die Kulturlandschaft Bayerns mit den Besonderheiten der Vereine, der Natur und der Landschaft, die wir als bayerische Politiker hoch schätzen, sind besonders wichtige Faktoren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es gilt, diese Natur und Landschaft zukunftsorientiert weiterzuentwickeln. Deswegen ergänzt der Tourismus unsere gute Wirtschaftspolitik, und die Gäste kommen nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Bayern.

Resümee: Lieber Herr Kollege Beyer, die SPD tritt dafür ein, dass die Politik die Wirtschaft lenken solle. CSU und FDP sind der Meinung, dass die Selbstverwaltung und Freiheit unserer Mittelständler hoch zu schätzen sind. Wir schaffen die Infrastruktur und betreiben Bildungspolitik, überlassen aber die Arbeit der Wirtschaft, die keine Zeit hat, zu jammern und die zufrieden ist.

Herr Muthmann, besuchen Sie die Wirtschaft. Dort jammert keiner, sondern ist jeder mit der soliden Politik von CSU und FDP im Bayerischen Landtag zufrieden. Deswegen machen wir weiter so.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir sind mit der Demokratie beschäftigt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung für die SPD-Fraktion: Herr Kollege Roos. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Roos (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Märchenstunde, Copyright frei nach von Gumpfenberg, Stöttner und Co. - das ist wunderbar; Bayern ist üppig, Bayern ist schön, Bayern ist toll. Das ist alles richtig. Aber unsere These als Opposition ist, dass der bayerische Mittelstand trotz der Politik von FDP und CSU so stark ist, dass er dennoch seine Chancen innovativ ergreift und im Wettbewerb die Nase vorne hat. Das ist die berühmte Nasenlänge.

(Zuruf von der FDP: Stimmt doch!)

- Genau.

Wie ist die Definition von "Mittelstand"?

(Thomas Hacker (FDP): Jetzt fängt die Märchenstunde an!)

Größer als 10.000? Sie sind für den Mittelstand, machen aber eine andere Politik; denn Sie sind den anonymen Märkten hörig. Sie sind für die Großen und gegen die Kleinen. Ich werde das belegen, etwa in Bezug auf die Kürzung der EEG-Einspeisung: Gestern tagte die Kommission zur Begleitung des Energiewandels. Alle Experten, die mit Blick auf den regulatorischen Rahmen geladen wurden, waren hoch empört. Sie haben davor gewarnt, dass Sie, wenn das so weitergeht, diese Branche kaputt machen. Es ist jetzt schon so, dass Soleg - und wie die Projektanten und ausführenden Unternehmen alle heißen - Personal entlassen müssen. Das ist auf Sie und Ihre Chaospolitik zurückzuführen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Genauso ist es beim Leitungsbau. Hier sind Mittelständler betroffen, die darauf warten, endlich Spatenstiche machen und den Leitungsbau forcieren zu können, was sowohl die Verteiler- als auch die Übertragungsnetze angeht. Da ist Fehlangelegenheit.

Lieber Herr Kollege Muthmann, bei der energetischen Sanierung geht es um den Anteil der Länder. Wenn die Bundesregierung, getragen von FDP-Wirtschaftsminister Rösler, ein klares Wort spricht, dass der Länderanteil, wie derzeit zu befürchten ist, nicht so üppig ausfällt, dann gibt es auch eine Lösung. Dann können wir die energetische Sanierung wieder vorantreiben. Da ist das meiste an Ressourcen zu schöpfen.

Das Thema Treibstoffpreise ist ein bürokratisches Monster, das die Multis größer und besser stemmen können als die kleinen Tankstellenbetreiber und freien Tankstellen. Auch das ist ein klassisches Beispiel dafür, wie man die Wirtschaft kaputt macht und die Wettbewerbsfähigkeit unterminiert.

In Bezug auf die Landesentwicklung musste in allerletzter Sekunde eine Notmaßnahme getroffen werden, um die gänzlich unwichtigen Gesichtspunkte Soziales, Kultur und Bildung in das Landesplanungsgesetz einzubringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist klassische Mittelstandspolitik.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Das haben wir selber eingebracht!)

- Das habt ihr zwar eingebracht, aber auf Druck, aus Zwang, nicht aus eigener Überzeugung.

(Beifall bei der SPD)

Die Breitbandförderung spottet jeder Beschreibung. Nach wie vor weiß keine Gemeinde, wie das Programm aussehen wird, ganz abgesehen von der Auskömmlichkeit der Mittel.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Das sagt Ihr!)

Bei Basel III sind Sie hinsichtlich der Privilegierung der kleinen Banken, der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken unterwegs, aber es passiert nichts.

Sie haben Versprechen gebrochen. Wie sieht es bei E-Wald aus? Da wird das nächste bürokratische Monster in die Welt gesetzt. Als Sachwalter des Bayerischen Waldes frage ich: Wie sieht es bei der Riedlhütte aus? Wo ist die Unterstützung? Wo bleibt das, was Seehofer versprochen hat: Ein Mittelstandsunternehmen, das vor Ort einen Ersatz für die entfallenen Nachtmann-Arbeitsplätze schafft? Nichts; null und

nichts. Zur Ilztalbahn unterschreiben Sie - ich meine, es war in Hof -, eine Kooperation mit dem tschechischen Verkehrsminister; es passiert aber nichts mit Blick auf eine Weiterführung der Ilztalbahn nach Tschechien Richtung Budweis und Krumau.

Sie haben aber auch Versprechen gehalten. Definitiv haben Sie ganz zu Anfang ein Versprechen gehalten, nämlich das Hotelprivileg mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz.

(Thomas Hacker (FDP): Das die SPD in ihrem Wahlprogramm gefordert hat!)

- Vergessen Sie es. Ulrich Brandl, der Vorsitzende des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes sagt selbst, dass dies ein Verstoß gegen die Ordnungspolitik ist. Das sagen auch die Betroffenen.

Sie haben außerdem das Prekariat erhalten. Sie stemmen sich gegen den gesetzlichen Mindestlohn. Davon profitiert der Mittelstand, der das nicht tun sollte, der von schlechten Bedingungen der Arbeitnehmer zehrt, der sich daran eine goldene Nase verdient. Das haben Sie geschafft. Darauf sollte man aber nicht stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Ende. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die FDP jetzt zu einer Facebook-Party ins P 1 laden würde, würde es traurig aussehen; gähnende Leere würde herrschen. Ich sage: Kehren Sie um. Der Titel der heutigen Aktuellen Stunde war ja in Ordnung; die reale Politik hält dem aber nicht Stand.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die europäische Schuldenkrise hat einen Sturm ausgelöst. Dieser Sturm fegt weiter ungehindert durch Europa. Am vergangenen Sonntag sind von ihm erneut zwei europäische Regierungen aus dem Amt gefegt worden. In diesem Sturm ist Deutschland die Insel der Stabilität.

(Zuruf von der SPD: Noch!)

Auf dieser Insel der Stabilität ist Bayern die Oase des wirtschaftlichen Wohlstands und der Stabilität.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Während alle anderen Länder in der Rezession verharren, sind wir im Jahr 2011 um 2,9 % gewachsen.

(Zuruf von der SPD: Platz 8 im Bundesdurchschnitt!)

Wir haben einen historischen Tiefststand bei der Arbeitslosigkeit; im April lag die Quote bei 3,7 %. 35 der 96 Kreise und kreisfreien Städte haben bei der Arbeitslosenquote eine 3 oder weniger vor dem Komma. Wir haben drei Bezirke mit 3,4 % Arbeitslosigkeit und wir haben selbst in Bezirken wie Mittelfranken mit 4,7 % eine niedrigere Arbeitslosigkeit als in allen anderen Bundesländern. Das ist sozialer Zusammenhalt in einer Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das gab es in Bayern noch nie. Wir haben darüber hinaus mit gut 12 % die höchste Selbständigenquote aller Flächenländer. Herr Kollege Dr. Runge, wir sind das Gründerland Nummer eins. Das muss Gründe haben, und das hat auch Gründe - nämlich unsere exzellente Gründerberatung, das Coaching, das wir anbieten, das von über 600 Unternehmen in Anspruch genommen wird, und viele andere Maßnahmen. Sie sagen, dass Sie etwas ankündigen. Was Sie ankündigen, machen wir schon längst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deshalb schaut ganz Europa auf Deutschland und ganz Europa auf Bayern. Dabei habe ich das anstehende Champions-League-Finale noch gar nicht in den Blick genommen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolgs - Herr Kollege Breitschwert, Herr Kollege von Gumppenberg und Herr Kollege Stöttner haben es ausgeführt - ist der bayerische Mittelstand. Kein anderer Bereich trägt mehr zu Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in ganz Bayern bei. Allein im Zeitraum von 2009 bis 2011 hatten wir bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten einen Zuwachs von starken 4,4 %. Das ist zu allererst das Verdienst unseres bayerischen Mittelstands. Das ist aber auch das Verdienst unserer von klaren ordnungspolitischen Gesichtspunkten und Richtlinien getragenen Wirtschaftspolitik der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, das sage nicht nur ich als Wirtschaftsminister. Das sagen auch unsere Unternehmen. Sie haben unserer Wirtschaftspolitik Bestnoten gegeben. Deswegen ist es ganz gut, wenn die

Wahrnehmung nicht nur aus oppositioneller Sicht erfolgt, sondern auch die Betroffenen zu Wort kommen. Das aktuelle Mittelstandsbarometer von Ernst & Young bestätigt, dass 93 % - das ist in der gesamten Bundesrepublik Deutschland einsamer Spitzenwert - der bayerischen Mittelständler mit den Rahmenbedingungen im Freistaat zufrieden sind. Noch wesentlicher ist, dass rund 94 % der mittelständischen Unternehmen in Bayern noch in diesem Jahr die Investitionen konstant halten oder sogar steigern wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Das ist das konkrete Ergebnis, Herr Kollege Muthmann, meiner Wirtschaftspolitik, einer Politik, die Chancen eröffnet und Freiräume schafft, einer Politik, die Eigenverantwortung und Privatinitiative stärkt,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

einer Politik, die Leistungsbereitschaft belohnt. Deshalb hat es mich fast etwas amüsiert, was von der Opposition als Sorgen des Mittelstandes geäußert worden ist. Eines kann ich Ihnen aus meinen Gesprächen versichern: Von niemandem im bayerischen Mittelstand, weder von seinen Vertretern noch von Einzelbetrieben ist mir gesagt worden: Wir wollen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Das hat keiner gesagt.

(Beifall bei der FDP - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vielmehr ist man mit der Tarifautonomie sehr zufrieden.

Etwas anderes war auch sehr interessant. Herr Dr. Runge, Sie haben sich hier als neuer Wettbewerbskommissar geriert und ein kräftiges Plädoyer für "Privat vor Staat" bei den Unternehmen gehalten. Das haben wir längst umgesetzt. Ich habe es Ihnen schon einmal gesagt. Ihnen ist wohl entgangen, dass wir genau diesen Vorrang zwar nicht im Mittelstandsfördergesetz, aber in dem einschlägigen Erlass festgelegt haben.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Eben nicht!)

Fragen Sie doch bitte einmal die Wirtschaft. Die Wirtschaft sagt: So, wie wir das jetzt ausgestaltet haben, funktioniert es hervorragend.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Was der bayerische Mittelstand nicht braucht, ist eine Politik der wirtschaftlichen Gängelung, der Bevormun-

derung und neuer Bürokratie wie beispielsweise das neue industriepolitische Konzept der SPD. Was der bayerische Mittelstand gewiss nicht braucht, sind Sie, lieber Herr Dr. Beyer, und Ihre Vorstellungen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Um den bayerischen Mittelstand weiter auf der Überholspur zu halten, stehen für mich folgende Punkte im Vordergrund.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir müssen erstens die Innovationskraft des Mittelstands weiter steigern. Daher haben wir die Innovationsoffensive Aufbruch Bayern auf den Weg gebracht. Darüber hinaus wollen wir das Erfolgsmodell Innovationsgutscheine gerade für kleinere und mittlere Unternehmen fortsetzen. Auf der Internationalen Handwerksmesse (IHM) habe ich den tausendsten Innovationsgutschein an ein schwäbisches Handwerksunternehmen überreicht. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Koalitionsfraktionen dafür bedanken, dass wir das Programm jetzt verlängern können. Es ist ein Beispiel dafür, wie man unbürokratisch mit richtigen Anreizen den echten Mittelstand stärkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Mit dem Haus der Forschung haben wir für den Mittelstand in Stadt und Land eine effiziente Beratungseinrichtung geschaffen. Herr Dr. Runge, ich lade Sie ein, dieses Haus zu besuchen und sich kundig zu machen. Diese Einrichtung funktioniert hervorragend. Sie macht es dem Mittelstand leichter, an Fördergelder der EU und des Bundes zu kommen.

Zweitens bleiben wir auch bei der Mittelstandsfinanzierung weiterhin auf Kurs.

(Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, einen Augenblick bitte. Mir ist der Geräuschpegel zu hoch.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Vor allen Dingen vorne an der Regierungsbank!)

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Offensichtlich gibt es Teile des Hauses, die an den wirklichen Problemen des Mittelstandes kein so großes Interesse haben.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Harald Güller (SPD): Das waren CSU-Abgeordnete, die an der Ministerbank gesprochen haben!

Drei CSU-Abgeordnete waren an der Ministerbank und niemand von uns!)

Wir haben dafür gesorgt, dass es keine Kreditklemme gibt. Eine gute Kapitalversorgung ist aber kein Selbstläufer. Deshalb wird die LfA-Förderbank dem Mittelstand in bewährter Weise zur Seite stehen.

Unsere hervorragenden Arbeitsmarktzahlen haben, wie wir wissen, eine Kehrseite. Deswegen müssen wir Maßnahmen ergreifen, um dem Fachkräftemangel beizukommen. Darum habe ich mich als Wirtschaftsminister dafür stark gemacht, unsere Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen auf modernstem Stand zu halten. In die Ausbildung junger Leute zu investieren, ist für mich ein ganz zentraler Beitrag für die Fachkräftesicherung. Zudem habe ich entschieden, dass wir die vorbildliche Initiative des Handwerks in Spanien, von Jugendarbeitslosigkeit betroffene junge Fachkräfte für das bayerische Handwerk zu gewinnen, unterstützen. Wir werden notwendige Nachqualifizierungsmaßnahmen mit geeigneten Förderinstrumenten unterstützen.

Zudem bieten wir dem Mittelstand eine zukunftsfähige Infrastruktur. Es scheint auf dieser Seite des Hauses immer noch nicht angekommen zu sein, dass wir beim Breitband nicht nur in der Grundversorgung mit einer Deckung von fast 100 % eine hervorragende Basis haben, sondern dass wir auch ein völlig separates Programm haben, um die Digitalisierung Bayerns voranzutreiben. Das ist kein Anschlussprogramm, sondern eine völlig neue Phase der Breitbandförderung, die wir kraftvoll vorantreiben werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bayerns Zukunft steht und fällt mit unseren mittelständischen Unternehmen. Der Mittelstand steht für mehr als drei Millionen Beschäftigte und rund 200.000 Ausbildungsplätze. Wir werden alles daransetzen, unseren Unternehmen weiterhin mit Tatkraft zur Seite zu stehen und unser Leitbild der sozialen Marktwirtschaft weiter zu verfolgen. Davon - das haben wir heute wieder gesehen und gehört - versteht die Opposition leider recht wenig. Der Mittelstand hat in dieser Staatsregierung seinen Anwalt.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Lage bei der Erstaufnahme und in den Gemeinschaftsunterkünften verbessern
(Drs. 16/11146)

Die Aussprache hierzu hat bereits im Plenum am 26. April 2012 stattgefunden. Die Abstimmung in namentlicher Form konnte aus zeitlichen Gründen nicht mehr erfolgen. Deswegen führen wir sie jetzt durch. Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit empfiehlt auf Drucksache 16/11146, den Antrag abzulehnen. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten sind angesetzt.

Namentliche Abstimmung von 15.04 bis 15.09 Uhr

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmzettel werden draußen ausgezählt. Wir bekommen nachher das Ergebnis.

Ich bitte die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. Das gilt auch für die Regierungsbank. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Hallo! Die Präsidentin spricht mit Ihnen! - Zuruf von der SPD: Die wollen gar nicht mehr regieren!)

Jetzt darf ich mit großer Freude eine Delegation aus Marokko und Tunesien begrüßen. Es sind Damen und Herren aus der Kommunalpolitik. Sind Sie uns im Bayerischen Landtag herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen gute Gespräche.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes (Drs. 16/12316) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird von Seiten der Staatsregierung begründet. Frau Staatsministerin steht schon bereit.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kolle-

gen! Der Freistaat Bayern gewährt seit 1989 als eines von vier Ländern das Bayerische Landeserziehungsgeld als eigene Sozialleistung für Familien. Mit dieser wichtigen Einkommensergänzung wollen wir die familiäre Erziehung anerkennen und die Wahlfreiheit unterstützen. Das Landeserziehungsgeld ist nicht nur eine Leistung für wirtschaftlich schwache Familien, sondern auch eine bewährte Familienleistung für die Mitte der Gesellschaft. Vor allem für Alleinerziehende und Mehrkeimfamilien senkt es im Anschluss an das Elterngeld entscheidend das Armutsrisiko. Es hat nicht zuletzt, und das höre ich immer wieder bei Gesprächen in den Beratungsstellen, eine besondere Bedeutung für den Schutz des ungeborenen Lebens, denn es geht dabei oft um die materielle Absicherung.

Nach der bisherigen gesetzlichen Regelung hatten Personen Anspruch auf das Landeserziehungsgeld, die Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der EU sind, die Staatsangehörige eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind oder Staatsangehörige, die aufgrund völkerrechtlicher oder gemeinschaftsrechtlicher Abkommen mit Drittstaaten den EU/EWR-Bürgern insoweit gleichgestellt sind. Das Bundesverfassungsgericht hat nun mit Beschluss vom 7. Februar 2012 den Ausschluss von Personen aus Gründen der Staatsangehörigkeit vom Landeserziehungsgeld nach dem Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetz für unvereinbar mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes erklärt und uns aufgegeben, die verfassungswidrige Regelung zum 31. August 2012 durch eine Neuregelung zu ersetzen.

Es handelt sich hierbei durchaus nicht um einen juristisch klaren Fall. Ich möchte schon erwähnen, dass der Bayerische Verfassungsgerichtshof bei einer früheren Prüfung im Jahr 2007 den Ausschluss von Staatsangehörigen aus Drittstaaten vom Landeserziehungsgeld verfassungsrechtlich nicht beanstandet und für mit der Bayerischen Verfassung vereinbar erklärt hat. Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes, der Ihnen heute vorliegt, soll die bisherige Regelung zur Anspruchsberechtigung durch eine mit § 1 Absatz 7 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes inhaltsgleiche Regelung ersetzt werden. Die Anspruchsberechtigung ausländischer Eltern wird so entsprechend dem Bundesrecht teilweise neu geregelt, ohne dass an das Merkmal der Staatsangehörigkeit angeknüpft wird. So könnte das Landeserziehungsgeld dann künftig an Deutsche und freizügigkeitsberechtigte Ausländer gezahlt werden sowie an Ausländer mit Niederlassungs- und Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz, die zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt sind.

Das Bayerische Landeserziehungsgeld ist ein Erfolgsmodell. Seit seiner Einführung 1989 haben wir 2,7 Milliarden Euro an Familien ausgereicht. Wir haben einen aktuellen Haushaltsansatz von etwa 80 Millionen Euro im Jahr. 41,4 % der jungen Familien haben 2011 im Anschluss an das Elterngeld vom Bayerischen Landeserziehungsgeld profitiert.

(Beifall bei der CSU)

Mit seinen Einkommensgrenzen von 25.000 Euro Jahresnettoeinkommen bei Paaren beziehungsweise 22.000 Euro Jahresnetto bei Alleinerziehenden erreicht die Leistung durchaus die Mitte der Gesellschaft, was man auch an der Prozentzahl sehen kann. Sind weitere Kinder vorhanden, erhöht sich die Einkommensgrenze um 3.140 Euro netto je Kind.

Für uns als Staatsregierung bleibt das Landeserziehungsgeld ein Herzstück bayerischer Familienpolitik. Es ist unverzichtbar für die Wertschätzung der Erziehung und eine wichtige Ergänzung des Einkommens junger Familien. Wir wissen, gerade junge Familien sind darauf im besonderen Maß angewiesen.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, mit der Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfs setzt die Bayerische Staatsregierung die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus seinem Beschluss vom 7. Februar 2012 sachgerecht um. Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Im Ältestenrat wurden fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Das Wort hat jetzt Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Staatsministerin, Sie haben gesagt, das Bayerische Landeserziehungsgeld sei das Herzstück der bayerischen Familienpolitik. Wir stellen fest: Das Herzstück der bayerischen Familienpolitik ist verfassungswidrig! - Das ist die Botschaft, die von diesem Gerichtsurteil ausgeht. Ich finde, das ist auch ein Symbol Ihrer Politik, einer Politik, die Sie genau so wollten. Das Gericht hat dieser Politik jetzt einen Riegel vorgeschoben, denn es handelt sich um eine Politik die ausgrenzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das seit Jahren. Diese Politik grenzt Familien aus Drittländern aus, sie grenzt Kinder aus Drittländern aus. Diese Politik grenzt Kinder aus, die bei uns leben, denn sie sind vom Landeserziehungsgeld ausgeschlossen. Insofern kann man überhaupt nicht von einem Erfolg des Bayerischen Landeserziehungsgeldes sprechen. Wie ge-

sagt, es ist verfassungswidrig. Das ist die Botschaft, die auch das Gericht bestätigt hat.

Das Landeserziehungsgeld muss eine Leistung sein, die Kindern zugutekommt, und zwar allen Kindern, die hier leben.

(Beifall der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

Sie wollten das in der Vergangenheit nicht. Es ist nichts Neues, dass die Unterscheidung zwischen deutschen Kindern und Kindern aus Drittländern beim Bezug des Landeserziehungsgeldes nicht in Ordnung ist. Das wussten Sie seit Langem, trotzdem haben Sie aus eigener Kraft nichts getan. Das Bundesverfassungsgericht musste Sie zwingen, diese Ungerechtigkeit zu beenden. Das tun Sie jetzt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf. Wir werden diesem Gesetzentwurf zustimmen, denn unsere Position ist schon seit Langem, dass es keinen Unterschied beim Bezug von Leistungen geben darf, wenn es um Kinder aus Drittländern geht.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Es geht um das Wohl der Kinder. Das haben Sie jahrelang negiert, sonst hätten Sie eine Gesetzesänderung aus eigener Kraft vorgeschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat Herr Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn Sie, Herr Kollege Pfaffmann, es nicht wahrnehmen wollen: Das Bayerische Landeserziehungsgeld ist ein ausgesprochenes Erfolgsmodell bayerischer Politik, weil es Familien fördert, weil es Kinder in Familien fördert. Das ist auch in Zukunft so. Deshalb wurde das Gesetz auch nicht insgesamt als verfassungswidrig angesehen; vielmehr wurde dieser Weg ausdrücklich bestätigt.

(Beifall bei der CSU)

Der Weg, Familien zu fördern, wurde ausdrücklich bestätigt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Die Zahlen sprechen für sich. Frau Staatsministerin Haderthauer hat bereits darauf hingewiesen: Seit 1989 wurden mehr als 2,5 Milliarden Euro investiert, um die Familien zu fördern, um Alleinerziehende mit ihren Kindern zu unterstützen. Das Bundesverfas-

sungsgericht hat nun erklärt, dass der verfassungsrechtliche Schutz der Familie nicht auf deutsche Staatsbürger zu beschränken ist. Aus dieser Rechtsprechung sind die Konsequenzen zu ziehen. Das wird in diesem Gesetzentwurf getan. Frau Staatsministerin Haderthauer hat bereits dargestellt, dass die bundesrechtliche Regelung übernommen wird und, dass in Artikel 1 Absatz 5 des Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetzes eine neue Regelung aufgenommen wird. Die Anknüpfungspunkte der Staatsangehörigkeit fallen damit weg.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einige wenige Sätze zum Bayerischen Landeserziehungsgeld insgesamt sagen: Insbesondere die Umstellung des Landeserziehungsgeldes zu einer Anschlussleistung an das Bundeselterngeld war ein großer Erfolg, der in diesem Parlament realisiert worden ist. Diese Leistung wird übrigens auch bei einer Erwerbstätigkeit von bis zu 30 Stunden gewährt. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass es in diesem Hause immer wieder Oppositionsfraktionen gegeben hat, die sich gegen das Bayerische Landeserziehungsgeld und für seine Abschaffung ausgesprochen haben. Das muss man wissen, wenn man hier über eine der bedeutendsten familienpolitischen Landesleistungen spricht.

Ich darf auf ein für mich wirklich beeindruckendes Erlebnis im Zusammenhang mit der Diskussion über die Zukunft des Landeserziehungsgeldes verweisen. Wir sind von den unterschiedlichsten Trägern von Schwangerenkonfliktberatungsstellen darauf hingewiesen worden, dass das Bayerische Landeserziehungsgeld für Frauen und Familien bei der Familienplanung zu einer gewissen Planungssicherheit geführt hat. Diese Planungssicherheit muss unbedingt aufrecht erhalten, stabilisiert und weiterentwickelt werden.

Die Bayerische Staatsregierung hat bei der Universität Bamberg eine Umfrage über die Zufriedenheit der Eltern mit dem Landeserziehungsgeld in Auftrag gegeben. Diese Umfrage hat ergeben, dass über 41 % aller Familien das Landeserziehungsgeld in Anspruch nehmen und sich dieser Anteil durch die Neuregelung erhöhen wird. Die Eltern sind mit diesem Modell hoch zufrieden. Wir sollten es deshalb nicht schlechtreden lassen. Dieses Modell wird aufgrund der Rechtsprechung weiterentwickelt. Deshalb unterstützen wir den Gesetzentwurf. Das Bayerische Landeserziehungsgeld ist ein Erfolgsmodell, das die bayerische Familienpolitik krönt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Gottstein steht schon bereit.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder sind ein Segen Gottes. Das sollte uns immer bewusst sein.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Gott sei Dank entschließen sich nach wie vor noch immer junge Menschen zur Mutter- und zur Vaterschaft, wenn auch nicht mehr so viele. Leider bedeutet diese Entscheidung in der heutigen Zeit aber auch mehr als früher tiefgreifende Veränderungen im Leben der werdenden und der seienden Eltern, besonders aber der Frau, der Mutter. In einer Zeit, in der man sich ohne große Probleme, relativ locker vom Hocker, für oder gegen ein Kind entscheiden kann, ist deswegen die Politik in besonderer Verantwortung.

(Alexander König (CSU): Das stimmt auch!)

Die Politik ist nicht für die persönliche Veränderung, die eine solche Entscheidung mit sich bringt, verantwortlich. Speziell als Frau würde ich mir manchmal wünschen, dass sich die Herren in diesen Diskussionen zurückhielten. Sie haben nicht den dicken Bauch. Sie ruinieren nicht Ihre Figur - jedenfalls nicht durchs Kinderkriegen. Ich sehe das positiv: Ich habe selbst vier Kinder und weiß, wovon ich rede. Ich habe mich dafür entschieden.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich kenne hochattraktive Mütter!)

- Herr Thalhammer, viele persönliche Veränderungen müssen Sie nicht tragen, sondern Ihre Partnerin. Die Mütter müssen dem Kind zur Verfügung stehen und haben oft Zweifel an der Richtigkeit ihrer Entscheidung für die Mutterschaft. Diese Verantwortung können Sie den Frauen nicht abnehmen, auch wenn Sie der beste Ehemann oder Vater sind.

Die Politik ist aber heute ganz klar mitverantwortlich für die beruflichen Veränderungen, die sich durch die Entscheidung für ein Kind für eine Frau ergeben und für die finanziellen Veränderungen, die sich dadurch für eine Familie ergeben. In diesem Kontext sehen wir das Landeserziehungsgeld. Ich möchte zu dieser Gesetzesänderung drei Bemerkungen machen:

Erstens. Ich halte es für erbärmlich, wie hier ein Gesetz, das in der Sache gut und positiv ist, geändert wird. Zunächst wurde das Gesetz als juristisch korrekt befunden. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass es nicht korrekt war. Menschlich war dieses Gesetz jedoch noch nie korrekt; und christlich war

es schon gar nicht. Ein solches Gesetz wurde von der Christlich-Sozialen Union verantwortet. Ich muss Ihnen vorhalten, dass dieses Gesetz mit dem Menschenbild, für das Sie stehen, nicht zu vereinbaren war.

Zweitens. Die FREIEN WÄHLER unterstützen das Landeserziehungsgeld und diese Gesetzesänderung. Mütter in Bayern haben dadurch im Anschluss an den Bezug von 14 Monaten Elterngeld die Möglichkeit, bis zum 20. Lebensmonat des Kindes zu Hause zu sein. Eines möchte ich jedoch gleich an die Adresse der Ministerin sagen: Wir unterstützen nicht, dass im Anschluss daran ein Betreuungsgeld ausgezahlt wird. Denn spätestens, wenn das Kind 20 Monate alt ist, müssen die Frauen, die arbeiten müssen oder wollen, eine echte Möglichkeit haben, sich zwischen einer Betreuung außerhalb oder innerhalb der Familie zu entscheiden. Das Betreuungsgeld ist hier der verkehrte Weg. Erst wenn wir flächendeckend über qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsmöglichkeiten verfügen, können wir über andere Familienförderungen sprechen.

Drittens. Frau Ministerin, ich bitte Sie: Investieren Sie bitte in die Altersversorgung von Müttern, die sich entscheiden, bei ihrem Kind zuhause zu bleiben, damit diese Frauen nicht von Altersarmut betroffen werden. Priorisieren Sie bitte das Familiensplitting. Das ist vorranglicher als das Betreuungsgeld.

Der Gesetzesänderung stimmen wir zu. Sie kommt jedoch zu spät. Moralisch ist es nicht zu rechtfertigen, dass sie erst jetzt kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Anlass für die heutige Gesetzesänderung ist die Tatsache, dass das bisherige Gesetz verfassungswidrig ist. Was ist passiert? Das Bundesverfassungsgericht hat am 7. Februar 2012 das existierende Gesetz über das Landeserziehungsgeld für verfassungswidrig erklärt; denn nach Artikel 1 dieses Gesetzes sind Ausländer aus Nicht-EU-Staaten vom Bezug des Landeserziehungsgeldes ausgeschlossen.

Dieser Ausschluss aus Gründen der Staatsangehörigkeit ist ein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes. Frau Staatsministerin Haderthauer hat elegant versucht, sich um die Erkenntnis herumzumogeln, dass dieses Gesetz verfassungswidrig war. Ich muss

sagen: Dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts war eine schallende Ohrfeige für den Freistaat Bayern, aber auch eine schallende Ohrfeige für den Bayerischen Verfassungsgerichtshof.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Denn der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat die beanstandete Regelung noch im Jahr 2007 für vereinbar mit der Bayerischen Verfassung erklärt nach dem Motto: Das Motiv einer gezielten Förderung der Landeskinder ist vereinbar mit der Verfassung. Das Bundesverfassungsgericht sieht das ganz anders. Es sagt: Der verfassungsrechtliche Schutz der Familie ist nicht auf Deutsche beschränkt. Recht hat er.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Diese Aussage des Bundesverfassungsgerichts wird vom Bundessozialgericht, vom Deutschen Landkreistag, vom Deutschen Familiengerichtstag und vom Deutschen Juristinnenbund geteilt. Alle sind sich darin einig: Das ist ein Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Es ist beschämend, dass die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Verfassungsgerichtshof erst durch die Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts korrigiert werden mussten und jetzt eingewilligt haben, das Gesetz zu ändern; denn es gibt keinen sachlichen Grund für die Koppelung von Staatsangehörigkeit und Familie für einen Anspruch. Vielmehr ist das Ausdruck einer grundsätzlich - das ist leider immer noch so - integrationsfeindlichen Politik der CSU. Das widerspricht auch den Sonntagsreden, bei denen immer und immer wieder die Bedeutung der Familie hervorgehoben wird. Ich habe dabei nicht gehört, dass es wirklich nur um die Bedeutung der deutschen Familie geht; es geht doch um die Bedeutung der Familie an sich. Daher ist es nur sinnvoll, die bislang nicht bezugsberechtigten Familien genauso zu fördern wie bayerische oder deutsche Familien.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Doch auch der vorliegende Entwurf produziert neue Ausschlüsse. Der Anspruch auf Landeserziehungsgeld gilt nämlich nicht für Menschen mit Aufenthaltsgenehmigungen zum Zwecke des Studiums oder zur betrieblichen Aus- und Weiterbildung, er gilt nicht für zeitlich befristete Beschäftigungserlaubnisse, nicht für alle Menschen mit Duldung usw. Auch nach der Nachbesserung sind wieder viele Menschen vom Bezug des Landeserziehungsgeldes ausgeschlossen. Das halten wir nicht für einen gangbaren Weg zur Förderung von Familien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ziehen wir daraus nach wie vor den Schluss: Weg mit dem Landeserziehungsgeld! Wir haben das von Anfang an gesagt, weil wir nicht glauben, dass den Familien damit geholfen werden kann. Den Familien kann durch den Ausbau einer funktionierenden Infrastruktur geholfen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit Einführung des Landeserziehungsgeldes sind da 2,6 Milliarden reingeflossen, und im Nachtragshaushalt sind dafür wieder 82 Millionen eingestellt. Hätte man das gesamte Geld von Anfang an in den Ausbau von Infrastruktur für Familien und von Krippen gesteckt, hätte man heute nicht das Problem, dass Bayern beim Ausbau der Krippen weit hinterherhinkt und den gesetzlichen Anspruch bis 2013 wahrscheinlich nicht erfüllen kann.

Fazit: Weg mit dem Landeserziehungsgeld! Es war verfassungswidrig, schränkt Familien immer noch ein und dient nicht dem Ausbau der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke. Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Meyer. Bitte schön, Frau Kollegin.

Brigitte Meyer (FDP): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Fakten sind bekannt. Das Landeserziehungsgeld ist eine freiwillige Leistung des Freistaates Bayern. Es war klar, dass natürlich der Schwenk kommen musste, das Landeserziehungsgeld habe nicht dazu beigetragen, dass die Kindertagesbetreuung ausgebaut werden konnte usw. Ich weiß aber, dass es für viele Familien eine sehr wichtige Maßnahme ist und dass viele, vor allem sozial schwächere Familien diese Maßnahme sehr dankbar annehmen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Es stimmt, dass das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, das Bayerische Landeserziehungsgeld ist verfassungswidrig, weil es bestimmte Menschen- und Bevölkerungsgruppen ausgrenzt. Familien aus Drittstaaten konnten das Landeserziehungsgeld nicht beziehen. Dieses Versäumnis wird durch den Ihnen heute vorliegenden Gesetzentwurf korrigiert.

Ich freue mich, dass das Landeserziehungsgeld fast durchgehend - mit Ausnahme der GRÜNEN - nicht zur Disposition gestellt wurde, sondern dass alle sagen, sie würden es aufrechterhalten.

Wir als FDP werden diesen Entwurf in den Ausschüssen positiv begleiten. Ich gehe davon aus, dass das

Gesetz zum Schluss so geändert sein wird, dass zumindest der gravierendste Fehler des Ausschließens von Familien aus Drittländern korrigiert ist und dass das Landeserziehungsgeld für die Familien weiterhin eine feste Größe ist, auf die sie sich verlassen können.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 16/12317) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich darf hierzu Herrn Kollegen Gehring das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt kein ideales Übertrittsverfahren - das haben vor Kurzem auch die Kommentatoren der großen Münchner Zeitungen festgestellt -, weil der Zeitpunkt des Übertritts nach der vierten Klasse in Bayern zu früh ist und der frühe Übertritt der Situation der Kinder nicht gerecht wird. Deswegen brauchen wir Schulmodelle des längeren gemeinsamen Lernens.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir werden uns für solche Modelle einsetzen. Ich gehe davon aus, dass nach 2013 in Bayern Schulmodelle des längeren gemeinsamen Lernens verwirklicht werden.

Wir haben jetzt aber die Problematik des Übertritts und werden sie noch eine Weile haben. Die Situation der Kinder nach der vierten Klasse ist eines der Kernthemen der bayerischen Bildungspolitik. Hier kumulieren die Probleme des bayerischen gegliederten Schulwesens in ganz besonderer Weise. Der Druck auf die Eltern und vor allem auf die Kinder ist sehr groß und wird sehr stark wahrgenommen. Der Übertritt mit einem bestimmten Notendurchschnitt zu einem bestimmten Zeitpunkt missachtet die individuel-

le Entwicklung der Kinder und wird ihnen nicht gerecht. Der Druck auf die Eltern und Kinder wird als sehr stark empfunden. Für immer mehr Schüler der dritten und vierten Klasse gibt es Nachhilfe, damit sie die Übertrittsnote schaffen. Diese Übertrittssituation beeinträchtigt ganz erheblich die Arbeit, die in den Grundschulen möglich ist und insbesondere in den Klassen 1 und 2 geleistet werden kann.

Deswegen haben sich in einer Umfrage des BLLV, des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, 90 % der Grundschullehrkräfte gegen das derzeitige Übertrittsverfahren ausgesprochen.

Das gegenwärtige Übertrittsverfahren in Bayern ist auch sozial hochgradig ungerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich weiß zwar, dass Sie jetzt mit den Aussagen bestimmter empirischer Bildungsforscher argumentieren werden, der Bayerische Bildungsbericht, Seite 215, macht aber sehr wohl deutlich, dass es von der sozialen und räumlichen Situation einer Schule in einer Großstadt abhängt, ob die Übertrittsquote 12 % oder 73 % beträgt. Die Herkunft entscheidet also, auf welche Schulart ein Kind geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abgesehen davon funktioniert dieses Sortieren der Schülerinnen und Schüler auf unterschiedliche Schularten nicht besonders gut. Die Tatsache, dass nach einer angeblich leistungsgerechten Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schularten bis zu 30 oder 40 % der Schülerinnen und Schüler das Gymnasium wieder verlassen und auch ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler die Realschule wieder verlässt, zeigt, dass das System seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht wird.

Wir wollen daher mit unserem Gesetzentwurf Abhilfe schaffen. Wir wollen die Schullaufbahn vom Kopf auf die Füße stellen. Wir wollen das jetzige Verfahren durch ein Verfahren ersetzen, in dem Lehrerinnen und Lehrer ihre Schüler beobachten und beurteilen können, die Eltern beraten, und in dem dann die Eltern entscheiden, auf welche Schulart ihr Kind gehen soll. Übrigens machen das die meisten Bundesländer in Deutschland so. Baden-Württemberg hat das jetzt gerade eingeführt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Uns ist dabei schon wichtig, dass sich die Lehrerrolle verändert. Lehrerinnen und Lehrer sollen künftig nicht

mehr diejenigen sein, die wasserdichte Noten machen müssen, die auch standhalten, wenn der Rechtsanwalt kommt - und das ist kein Einzelfall -, sondern Lehrerinnen und Lehrer sollen als pädagogische Experten tatsächlich die Entwicklung eines Kindes beobachten, differenziert beurteilen und die Eltern dann sinnvoll beraten. Deswegen wollen wir das Schulgesetz ändern. Es geht uns um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Eltern. Lehrkräfte sollten als pädagogische Fachleute für die Interessen des Kindes eintreten. Die Mitsprache der Eltern sollte im Sinne einer Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus stattfinden. Die Teilhabe der Eltern entspricht unserem Verständnis von Politik. Wir sollten die Menschen teilhaben lassen und sie nicht bevormunden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Uns geht es darum, den unerträglichen pädagogischen Druck, der in den Grundschulen verspürt wird, im Interesse unserer Kinder zu reduzieren. Diesen Druck kann man nicht wegdiskutieren. Deswegen bitte ich Sie, diesen Gesetzentwurf im Rahmen der Beratungen in diesem Haus konstruktiv zu begleiten und ihn nicht von vorneherein abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Eduard Nöth für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Eduard Nöth (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der GRÜNEN - das haben wir soeben gehört - sieht die Aufhebung der Notengrenzen beim Übertritt an weiterführende Schulen vor und damit auch die völlige Freigabe des Elternwillens. Aus unseren bisherigen Beratungen geht hervor, dass wir diesen Gesetzentwurf ablehnen, weil er aus Sicht unserer Kinder schlecht ist.

Eine völlige Freigabe des Elternwillens würde dazu führen, dass Kinder durch die Anforderungen der weiterführenden Schule schnell überfordert und durch ständige Misserfolge letztendlich demotiviert würden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Schule soll Spaß und Freude vermitteln. Kinder und Eltern sollen nach unserer Meinung die Schulform wählen, die den Neigungen, den Fähigkeiten und den Begabungen der Kinder weitgehend entspricht.

Ich darf feststellen, dass sich das Übertrittsverfahren in Bayern bewährt hat. Wie die letzten Umfragen zeigen, stößt das Übertrittsverfahren auf zunehmende Zustimmung bei den Eltern und Lehrkräften. Das Übertrittsverfahren in Bayern wurde das letzte Mal

2009 verändert und angepasst, um die Belastung der Kinder und ihrer Eltern zu senken. Die Information und Beratung der Eltern über die möglichen Bildungswege im differenzierten System wurden intensiviert. Vor allem wurde auch die Verantwortung der Eltern beim Übertritt deutlich gestärkt.

Das veränderte Übertrittsverfahren basiert auf folgenden Säulen: einmal auf der rechtzeitigen Information der Eltern über die Möglichkeiten und Chancen im System, des Weiteren auf einem ausführlichen Grundschulgutachten und letztendlich auf der verantwortlichen Mitwirkung der Eltern. Neben der freien Entscheidung, innerhalb der Notengrenzen 2,33 und 2,66 an das Gymnasium oder die Realschule überzutreten, besteht seit 2009 ein weitgehendes Entscheidungsrecht der Eltern bei Verfehlung dieser Noten. Erreichen Schülerinnen und Schüler im anschließenden Probeunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik mindestens die Note "ausreichend", können die Eltern frei über den Eintritt in die jeweils gewählte weiterführende Schule und somit über die Schullaufbahn ihres Kindes entscheiden.

Es ist bereits angeführt worden, was namhafte Bildungsforscher und Studien belegen: Eine Freigabe des Elternwillens ohne pädagogische Einschätzung der Schule, wie mit dem Gesetzentwurf der GRÜNEN gefordert wird, würde dazu führen, dass die Beratung durch die Grundschullehrkräfte in den Hintergrund träte und weniger Kinder aus bildungsfernen Familien an weiterführende Schulen wechseln würden. Eine Freigabe würde daher nicht zu mehr, sondern zu weniger Bildungsgerechtigkeit führen. Das kann meines Erachtens nicht unsere Aufgabe sein.

Ich möchte noch ein weiteres wichtiges Argument anführen, das für eine Ablehnung dieses Gesetzentwurfs spricht. Es ist eine Tatsache, dass die Bedeutung des Übertritts nach der vierten Jahrgangsstufe für die schulische Laufbahn und für den Bildungserfolg eines Kindes immer geringer wird. Die Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems wurde in den letzten Jahren enorm verbessert. Neben der allgemeinen Bildung ist gerade die berufliche Bildung zu einem wichtigen und nicht mehr wegzudenkenden Weg zur Hochschule geworden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Von Herrn Kollegen Breitschwert ist heute bereits angesprochen worden, dass über 43 % aller Hochschulzugangsberechtigungen in Bayern mittlerweile über das berufliche Schulwesen oder die berufliche Bildung erworben werden. Um diese im System vorhandenen Möglichkeiten wird Bayern in anderen Bundesländern geradezu beneidet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Aufgabe besteht darin, die Übergänge an die weiterführenden Schulen künftig noch stärker und intensiver zu begleiten. Hierzu sind bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet worden. Ich denke an die Lotsen an den Gymnasien. Ich erinnere an die Einführungsklassen und die Kooperationen zwischen den Schulen. Das dürfte Ihnen soweit bekannt sein.

Daher freuen wir uns auf die Auseinandersetzung über diesen Gesetzentwurf im Ausschuss. Ich darf Ihnen jedoch heute schon sagen, dass wir Ihren Gesetzentwurf, Herr Kollege Gehring, aller Voraussicht nach ablehnen werden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Nöth, Frau Kollegin Schopper hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Theresa Schopper (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Nöth, ich möchte Sie noch einmal darauf hinweisen, dass wir die pädagogische Einschätzung der Lehrkräfte für unabdingbar halten. Unser Gesetzentwurf beinhaltet, dass die Beratung an den Grundschulen durch die Lehrkräfte Bestandteil des Übertrittsverfahrens sein soll. Wie erklären Sie sich, dass in zwölf anderen Bundesländern diese Regelung bereits gilt? Dort fährt der Zug nicht unaufhaltsam ins Gymnasium. Dort schicken die Eltern ihre Kinder nicht sehenden Auges ins Verderben. Dort wird sehr wohl nach einer ausführlichen Beratung erwogen, welche Kinder in welche Schulart kommen. Bei uns spielen sich regelmäßig Dramen in den Klassenzimmern ab - man denke an den 2. Mai -, wenn der Übertritt nicht geschafft wurde. Sie sollten sich unsere Argumente noch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Mich würde interessieren, wie Sie meine Einwürfe einschätzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Nöth, Sie haben das Wort.

Eduard Nöth (CSU): Eine kurze Antwort: Es lässt sich feststellen, dass die Schüler bei länderübergreifenden Vergleichsstudien überall dort, wo beim Übertritt auf Leistung und auf Noten gesetzt wird, besser abschneiden. Zudem sind wir der Meinung, dass ein aussagekräftiges Grundschulgutachten wichtig ist. Dieses sieht Ihr Gesetzentwurf nicht vor. Selbstverständlich ist die Beratung sowohl Ihr als auch unser Anliegen. Wir setzen jedoch auf ein tragfähiges und aussagekräftiges Grundschulgutachten. Das ist in dieser Form im Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Darü-

ber werden wir sicherlich im Rahmen der Gesetzesberatung noch sprechen.

(Beifall bei der CSU - Theresa Schopper (GRÜNE): Die harten Quoten 2,33 und 2,66 sind etwas anderes als ein Gutachten!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Martin Güll für die SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Manchmal habe ich das Gefühl, dass die CSU-Fraktion den Blick für die Realität komplett verloren hat.

(Christine Stahl (GRÜNE): Den haben sie nie gehabt!)

Gibt es nur eine Wahrheit? Gibt es vielleicht zwei Wahrheiten? Vor nicht all zu langer Zeit hat die "Süddeutsche Zeitung" in einer Wochenendbeilage getitelt: "Die gefürchtete Zahl: 2,33". Das Eingangsstatement möchte ich hier zitieren:

Ihn erhofft man, vor ihm fürchtet man sich, deswegen weint oder kämpft man: Der Wahnsinn "Übertritt". Seit die Schultüte ausgepackt wurde, kennt man diesen dramatischen Termin: Wer schafft es auf das Gymnasium? Wer nicht? Viertklässler werden derzeit irre, Eltern hysterisch und Lehrer laut.

Genauso war es wieder vor einer Woche. Am 2. Mai wurden die Übertrittszeugnisse ausgehändigt. Man muss nicht wiederholen: Wir sind eines der letzten Bundesländer, das ausschließlich auf den Notendurchschnitt setzt, was die weitere Schullaufbahn der Kinder anbetrifft. Dieses Vorgehen ist höchst fragwürdig. Es geht in erster Linie darum, hinzusehen, was mit unseren Kindern passiert. Dass aufgrund des Verfahrens in den Grundschulen ein enormer Leistungsdruck vorhanden ist, der die Grundschülerinnen und Grundschüler belastet, ist mittlerweile unbestritten. Das kann man auch so zugeben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich will mich Professor Brügelmann anschließen, der schon 2009 gesagt hat: Es macht mir Angst. Der Druck, der durch Noten und vor allem durch die Aufteilung der Kinder nach der vierten Klasse auf verschiedene Schulformen entsteht, macht Kinder und Eltern krank. - Deshalb entsteht womöglich diese Unsitte, dass in Bayern Kinder wie kaum woanders bereits in der dritten und vierten Klasse Nachhilfe erhalten. Schon im Jahr 2010 hat Professor Klemm in einer Studie für die Bertelsmann Stiftung festgestellt: Über

16 % aller Viertklässler in Bayern erhalten in Deutsch Nachhilfe und 13 % in Mathematik. All das liegt über dem Durchschnitt der Länder.

Diese Tatsache muss doch etwas mit dem Verfahren zu tun haben. Deshalb ist es richtig und notwendig, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN diesen Gesetzentwurf eingebracht hat. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen und uns entsprechend in die Diskussion einbringen. Ich weiß, dass Sie - Herr Kollege Gehring hat es schon gesagt - den Einwand der sozialen Gerechtigkeit bringen. Ich weiß nicht, ob es gerechter ist, wenn Eltern Geld in die Hand nehmen, um ihren Kindern einen Durchschnitt von 2,3 oder 2,6 zu ermöglichen oder ob man Kindern aus bildungsnahen Schichten gleich den Weg ins Gymnasium öffnet. Der Druck, der auf Kinder in der Grundschule, deren Eltern und Lehrern lastet, muss in den Blick genommen werden.

Ich weiß nicht, ob Sie wirklich so viel Zutrauen in das Übertrittsverfahren haben. Der Herr Korrekturminister Dr. Spaenle ist nicht da, aber Sie, Herr Staatssekretär, können darüber einmal nachdenken. Sie haben gestern an 700 Grundschulen eine Umfrage gestartet. Darin war keine Frage enthalten, wie belastend die Eltern dieses Verfahren des Übertritts einschätzen. Die Eltern konnten nur angeben, ob das Ziel gut oder schwer erreichbar ist, aber nicht, wie belastend es ist. Von Elternwillen und einem kindgerechten Übertrittsverfahren zu sprechen - ich glaube, davon sind wir meilenweit entfernt.

Deshalb gilt es darauf zu schauen, wie man das Verfahren anders regeln kann. Wir müssen von dem Notenprinzip wegkommen und zu einer echten Beratungssituation kommen. Das geht nur, wenn Eltern - Herr Kollege Gehring hat darauf hingewiesen - eine vernünftige und gleichwertige Alternative haben. Die Mittelschule ist keine Alternative, die in den Augen der Eltern gleichwertig ist. Deshalb brauchen wir die Modelle eines gemeinsamen längeren Lernens mit der Möglichkeit, die gleichen Abschlüsse wie bei den anderen Schularten zu erwerben, damit sich die Eltern in Ruhe und mit Bedacht nach entsprechender Beratung für die richtige Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nicht mehr wollen wir und das nimmt dieser Gesetzentwurf in den Blick. Deshalb müssen wir darüber diskutieren, Herr Kollege Nöth. Ich weiß nicht, ob diese Diskussion fruchtbar ist, wenn Sie jetzt schon sagen, Sie hätten sich schon längst entschieden. Das ist in diesem Hohen Haus ein schwieriges Kapitel, wenn man schon vorher entscheidet, bevor man darüber

diskutiert. Ich rufe Sie auf, in Ruhe die Argumente auszutauschen und das Übertrittsverfahren so oder in ähnlicher Form weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Dr. Felbinger das Wort.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Freigabe des Elternwillens ist ein ganz heißes Diskussionsthema. Man kann fast sagen - Frau Kollegin Schopper hat es vorhin angedeutet -, dass es sich um ein fast ureigenes bayerisches Problem handelt, weil nahezu alle Bundesländer mittlerweile dazu übergegangen sind, die Eltern über die Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden zu lassen.

Das mag auf den ersten Blick durchaus vernünftig erscheinen, und man könnte überlegen, das im Freistaat zu wagen, wie es die SPD und die GRÜNEN fordern. Nur - man muss das ganz deutlich sagen - hat die Sache einen entscheidenden Haken. Deshalb wollen wir von den FREIEN WÄHLERN eine derart vorschnelle Entscheidung nicht mittragen. Es ist wissenschaftlich deutlichst erwiesen - auch das ist schon angedeutet worden -, dass die Freigabe des Elternwillens soziale Ungleichheit eher noch zementiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

- Ja, Sie können ruhig applaudieren. Es stimmt.

Gerade Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern profitieren nicht davon. Man kann sagen: Je freier die Elternwahl ist, desto größer ist die soziale Ungleichheit. In diesem Punkt sind sich alle renommierten Bildungsforscher in diesem Land so einig, wie es sonst selten der Fall ist. Ob es Baumert, Klemm, Maaß oder Trautwein ist - alle kommen zu demselben Ergebnis. Das sollte uns zu denken geben. Wir können doch nicht ernsthaft wollen, dass das deutsche Bildungssystem, dem von allen Seiten vorgeworfen wird, soziale Ungleichheit zu zementieren, das in Zukunft in noch stärkerem Maße tut. Das wäre im wahrsten Sinne des Wortes kontraproduktiv. An dieser Stelle sehen wir von den FREIEN WÄHLERN uns in der politischen Verantwortung.

Ich muss leider sagen, meine Damen und Herren von der Fraktion der GRÜNEN: Gut gemeint ist leider oft das Gegenteil von gut. Das ist auch in diesem Fall so. Mit diesem Gesetzentwurf verschlimmern Sie die ohnehin schon schwierige Situation. Sie schaffen da-

durch aber ganz sicher nicht mehr Bildungsgerechtigkeit.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Felbinger, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Güll zu?

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Am Ende.

Wenn wir heute über die Freigabe des Elternwillens diskutieren, dann bin ich davon überzeugt, dass wir das eigentliche Problem aus den Augen verlieren. Wir doktern vielmehr an Symptomen herum, ohne die eigentliche Ursache zu behandeln.

Das eigentliche Problem ist doch, dass unser Bildungssystem seit Jahren aus dem Gleichgewicht geraten ist und wir gute Lösungen finden müssen, um es wieder in die Balance zu bringen. Die Freigabe des Elternwillens kann nicht das Ziel sein. Wir brauchen stattdessen wirkungsvollere Maßnahmen, die die Möglichkeit eines hochwertigeren Bildungsabschlusses für alle möglichst lange offenhalten. - An dieser Stelle - auch das will ich ausdrücklich sagen - werde ich nicht müde zu wiederholen: Die Staatsregierung hat ihre Hausaufgaben noch längst nicht gemacht. Wir brauchen verstärkte Möglichkeiten der Kooperation und Modellschulen; Letzteres wurde vorhin schon angedeutet. Wir brauchen neue Methoden und neue Möglichkeiten der Beratung und von Beginn an eine ganz aktive Einbeziehung der Eltern. Wir brauchen auch eine Ausweitung der flexiblen Grundschule auf ganz Bayern und eine Ausdehnung auf die Jahrgangsstufen 3 und 4. Wir brauchen ganz sicher den Ausbau einer qualitativ hochwertigen Ganztagschule auch in der Grundschule und wir brauchen eine Senkung der Klassenstärken. Dazu benötigen wir mehr Förderlehrer und im Zuge der Inklusion künftig auch Inklusionslehrer.

Kurz: Wir brauchen ein Schulsystem, das es zulässt, die Kinder individuell und optimal zu fördern. Ich gebe den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN recht: Wir brauchen eine Öffnungsklausel. Wir sind für eine solche, um die Schulentwicklung voranzutreiben.

Wenn Sie ein Haus bauen wollen, brauchen Sie zu allererst einen vernünftigen Grundriss und ein solides Fundament. Sprich: eine vernünftige personelle Ausstattung der Schulen. Wir wollen einen Grundriss, der flexibel an die unterschiedlichen regionalen Bedürfnisse angepasst werden kann. Ich bin mir sicher: Wenn diese beiden grundlegenden Voraussetzungen erfüllt sind, haben wir ein überzeugendes, passgenaues Bildungsangebot für Kinder und brauchen kein sozial ungerechtes Instrument wie die Freigabe des Elternwillens.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Bleiben Sie bitte am Redepult. Als Erster hat Herr Kollege Gehring das Wort zu einer Zwischenbemerkung, als Zweiter Herr Kollege Güll. Bitte schön, Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Felbinger, Ihre Reden ähneln sich immer. Sie fordern zwar grundsätzliche Veränderungen, bringen sie dann aber selbst nicht auf den Weg.

Ich will noch etwas zu dem Thema soziale Ungerechtigkeit sagen. Da immer auf Studien aus dem Bereich der empirischen Bildungsforschung hingewiesen wird, will auch ich eine erwähnen; diese wurde kürzlich vom Philologenverband zitiert. Professor Trautwein aus Tübingen stellt die Prognosefähigkeit von Noten ausdrücklich in Abrede. Er sagt, Noten trügen nicht dazu bei, die Prognosen zu unterstützen.

Natürlich wird von diesem Bildungsforscher darauf hingewiesen, dass die Arztkinder bzw. generell Akademikerkinder nach Freigabe des Elternwillens auf das Gymnasium kommen, die anderen hingegen nicht. Aber wenn wir uns die bayerische Realität anschauen, dann stellen wir fest, dass es heute genauso ist. Alle Vergleichsstudien, angefangen von Pisa bis hin zu KMK-Studien, zeigen: In Bayern hat heute schon ein Akademikerkind eine mehrfach höhere Chance, auf das Gymnasium überzutreten, als ein Arbeiterkind - trotz des heutigen Auswahlverfahrens. Im Bildungsbericht der Bayerischen Staatsregierung - ich habe darauf hingewiesen - kann man klar nachlesen: Die Übertrittsquote hängt davon ab, wo die Schule liegt. In einem reichen Stadtteil erreicht sie 70 bis 80 %, in einem armen Stadtteil nur 10 bis 15 %. Wir haben also in Bayern die soziale Ungleichheit schon mit dem heutigen System. Von daher ist das Argument, nach Freigabe des Elternwillens werde es schlimmer, hinfällig; denn schlimmer als heute kann es in Bayern eigentlich nicht mehr sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Herr Kollege Felbinger, Sie haben das Wort.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Gehring, schlimmer kann es höchstens noch nach der Freigabe des Elternwillens werden. In einigen Punkten, die Sie anführen, bin ich ganz bei Ihnen. Aber auch Sie wissen, wie das mit Studien ist: Es gibt so viele, die in die eine Richtung zeigen, und es gibt genauso viele, die in die andere Richtung zeigen. Die Erfahrungen, die in an-

deren Bundesländern gemacht wurden, zeigen jedoch, dass sich durch Ihre Forderung die Qualität unserer Schulausbildung nicht unbedingt verbessert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der FDP
- Zuruf von der SPD: Wer sagt das?)

- Das zeigen alle Erfahrungen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächster hat Herr Kollege Güll das Wort.

Martin Güll (SPD): Herr Kollege Felbinger, manches von dem, was Sie sagen, ist schwierig nachzuvollziehen. Aber ich bitte Sie noch einmal, tatsächlich auf die Frage einzugehen, welche Möglichkeiten es im Rahmen eines solchen Auswahlverfahrens gibt. Sie haben vollkommen recht - da stimmen wir überein -, dass man den Unterbau und generell die Angebote verbessern müsste, damit alle Eltern entsprechende Möglichkeiten haben. Aber wenn man nun einmal eine Auswahl treffen muss, dann gibt es aus meiner Sicht nur drei Möglichkeiten: Man regelt es über die Noten; das ist jetzt der Fall. Man lässt die Noten weg und erstellt ein Gutachten; das ähnelt der Grundschullempfehlung. Oder man beachtet den Elternwillen.

Wir haben gehört, dass die Noten für eine Prognose auf lange Sicht nicht aussagekräftig sind. Wer dafür plädiert, nur die Lehrer empfehlen zu lassen, dem rate ich, sich die Iglu-Studie anzuschauen; darin wird dargestellt, welche Rolle die soziale Herkunft bei einer solchen Empfehlung spielt. Daher ist die Freigabe des Elternwillens wahrscheinlich das kleinere Übel, wenn man schon eine Auswahl treffen muss. Jetzt geht es erst einmal darum, diesen unsäglichen Druck von den Kindern zu nehmen. Wir müssen unsere Kinder in den Blick nehmen, nicht aber irgendwelche Verfahren, die vielleicht noch im Raum stehen. Jetzt geht es darum, dass wir die Kinder entlasten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Güll. - Herr Felbinger, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Güll, ich stimme Ihnen völlig zu: Wir müssen versuchen, diesen Druck wegzubekommen. Man muss dann aber auch hinterfragen, wer diesen Druck aufbaut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sind es tatsächlich die Noten, oder gibt es noch andere Faktoren? Ich will jetzt nicht spekulieren.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Die Eltern! -
Renate Will (FDP): Die Gesellschaft!)

Die Eltern sind ein wesentlicher Faktor, auch die Gesellschaft; wir alle bauen letztlich diesen Druck auf, etwa dadurch, dass wir höhere Anforderungen an die Berufsqualifizierung stellen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Insofern glaube ich, dass wir alle den Königsweg noch nicht gefunden haben. Aber in einem bin ich mir sicher: Die Mehrzahl der bayerischen Eltern will auf keinen Fall die Freigabe des Elternwillens.

(Martin Güll (SPD): 90 % wollen das!)

- Nein, eben nicht. Sie haben vorhin eine Studie des BLLV zitiert. Demnach wollen zwar 90 % eine längere gemeinsame Schulzeit, aber längst nicht die Freigabe des Elternwillens.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Felbinger. - Frau Kollegin Renate Will hat für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Renate Will (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Legendenbildung mag etwas Tolles sein; aber wir müssen uns doch an die Fakten halten. Die Vordredner haben zu dem Thema schon einiges gesagt; aber vieles wird auch immer wieder verwechselt.

So wird von einigen nach wie vor behauptet, soziale Ungleichheiten würden abgebaut, wenn die Übertrittsempfehlung abgeschafft werde. Sie von SPD und GRÜNEN übernehmen diese angebliche Tatsache einfach so, ohne sie zu hinterfragen. Studien hin, Studien her - auch ich werde gleich aus einer Studie zitieren. Für uns zählen Fakten, nicht aber Gerüchte aus irgendwelchen Umfragen.

Schauen Sie bitte genau hin, wie es um die wissenschaftlichen Erkenntnisse steht. Jörg Dollmann - er ist heute überhaupt noch nicht erwähnt worden - vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung hat die schulische Laufbahn von rund 700 Grundschulkindern in Köln untersucht. Dollmanns Studie unter dem Titel "Verbindliche und unverbindliche Grundschulempfehlungen und soziale Ungleichheiten am ersten Bildungsübergang" ist 2011 in der

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie erschienen.

In Nordrhein-Westfalen ist das unverbindliche Übergangsrecht nach der Landtagswahl 2006 von der verbindlichen Übertrittsempfehlung abgelöst worden. Dollmann hat die Situationen vor und nach dieser Änderung miteinander verglichen und festgestellt: Wenn es keine verbindliche Empfehlung seitens der Schule gibt, tritt die Leistungsfähigkeit der Schüler in den Hintergrund. Die Entscheidung wird stärker an den Wünschen der Eltern ausgerichtet, die oft entweder unrealistisch hohe Erwartungen haben - das ist vor allem in Akademikerfamilien zu beobachten - oder zurückhaltend hinsichtlich des Übertritts zum Gymnasium sind; Letzteres trifft eher auf bildungsfernere Schichten zu.

Ich stelle fest: Sie suggerieren, dass mit der Freigabe des Elternwillens alles besser werde. Wissenschaftlich bestätigt ist diese Behauptung jedoch nicht. Im Gegenteil, die verbindliche Übertrittsempfehlung trägt dazu bei, die sozialen Herkunftsunterschiede bei der Bildungsentscheidung zu verringern. Die Übertrittsempfehlung ist also nicht, wie vielfach behauptet wird, ein Druckmittel, sondern eine Entscheidungshilfe für die Eltern.

Ein Blick in den Gesetzentwurf zeigt ferner: Sie vermitteln den Eindruck, dass es primär nur diese eine Weggabelung gebe, die über die schulische Laufbahn unserer Kinder entscheide. Muss es denn lauter Gymnasiasten geben, wenn es nur diese eine Weggabelung gibt?

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Übertritt ist sicherlich ein Meilenstein in der schulischen Laufbahn eines Kindes, bedeutet aber noch lange nicht eine Weggabelung, die in einer Einbahnstraße mündet. Das bayerische Bildungssystem eröffnet jedem Schüler und jeder Schülerin einen individuellen Bildungsweg. Sieht man das denn nicht, wenn man immer nur vom Gymnasium redet und von sonst nichts? Und die Kinder werden krank!

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Will, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Ackermann zu?

Renate Will (FDP): Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu; hinterher kann man etwas fragen.

Die hohe Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems konstatiert auch der von Ihnen so anerkannte Bildungsforscher Klaus Klemm.

Sie schreiben in Ihrem Gesetzentwurf:

Eine Vielzahl empirischer Untersuchungen bestätigt, dass sich die Übertrittschancen nach dem Einkommen der Eltern richten. Kinder von Reichen haben die besten Chancen.

Dann gehen Sie doch einmal in medias res. Ich frage Sie: Verwechseln Sie nicht die Ursache mit der Wirkung? Denn wenn im Umkehrschluss Kinder von Eltern aus bildungsfernen Schichten seltener aufs Gymnasium gehen, wird das bei einer völligen Freigabe des Elternwillens

(Martin Güll (SPD): Auch nicht anders!)

noch seltener der Fall sein, weil sie natürlich Ängste haben. Deswegen beantworte ich die Frage, die ich gestellt habe, mit Ja; Sie verwechseln Ursache und Wirkung.

(Martin Güll (SPD): Warum sollen es dann weniger werden?)

Eltern sollen sich nicht von Wünschen leiten lassen, sondern neben der Beratung, die bereits in der dritten Klasse beginnt, eine Basis haben, die objektive Kriterien enthält. Denn die Lehrerinnen und Lehrer an der Schule richten sich nach Standards zur Leistungserhebung, das kommt also nicht willkürlich zustande. Das ist zunächst einmal festzuhalten.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, danke schön.

Renate Will (FDP): Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, richtig ist dennoch - - Fertig?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Sie sind dabei, Ihre Redezeit deutlich zu überschreiten.

Renate Will (FDP): Noch ein kurzes Wort. Wie ein Kind beurteilt wird, darüber müssen wir uns noch unterhalten. Da sehe ich Verbesserungsbedarf. Denn eine Note soll nicht nur produktorientiert, sondern auch prozessorientiert sein. Deshalb müssen wir darüber nachdenken, ob wir zu der Leistungsbewertung nicht ein Portfolio erstellen müssen, um ein Kind mit Stärken und Schwächen, zum Beispiel im musischen und im sportlichen Bereich, ganzheitlich zu bewerten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Bleiben Sie bitte am Redepult. Frau Kollegin Ackermann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Renate Will (FDP): Gerne.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Frau Kollegin.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Kollegin Will, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass Kinder aufgrund der erhöhten Leistungsanforderung am Gymnasium krank werden. Ist Ihnen bekannt, dass viele Kinder bereits in der dritten Klasse krank sind, weil sie diesen Leistungsdruck nicht aushalten,

(Unruhe bei der CSU und der FDP)

der durch die bevorstehende Aufnahmeprüfung und den Übertrittsdruck von den Eltern auf sie ausgeübt wird? Und ist Ihnen bekannt, dass es bereits Nachhilfeeinrichtungen gibt, die sich darauf spezialisiert haben, die Kinder auf diesen Leistungsdruck vorzubereiten und ihnen den Übertritt zu ermöglichen?

Renate Will (FDP): Das ist mir alles bekannt.

Renate Ackermann (GRÜNE): Und ist Ihnen bekannt, dass es nicht nur darum geht - und das kommt in unserem Gesetzentwurf auch klar heraus -, den Elternwillen zu respektieren, sondern im Vorfeld eine Beratung für Eltern durch Pädagogen, durch Lehrer vorzusehen, damit die Entscheidung gemeinsam getroffen wird?

Insofern zieht Ihre Argumentation, dass Eltern aus bildungsferneren Schichten ihren Kindern den Übertritt weniger ermöglichen, überhaupt nicht, denn es wäre ja eine gemeinsame Entscheidung.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Ackermann.

Renate Will (FDP): Alles, was Sie jetzt vorgetragen haben, ist bekannt. Denn es ist in der letzten Zeit ausreichend in den Medien zu lesen gewesen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und da wird der Druck noch stärker erhöht.

Ich habe in den paar Minuten nur anreißen können, was teilweise von Herrn Felbinger schon gesagt wurde. Ich will keine Elternschelte betreiben, aber wenn der Druck von außen so aufgebaut wird, dass es nur eine Wegscheide gibt, Gymnasium oder Versager und keine Perspektive im ganzen Leben, dann ist das schlichtweg falsch. Wo wird denn der Druck aufgebaut,

(Zuruf der Frau Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

wenn ich ihn nicht aufbaue und die Kinder in ihrer Entwicklung ernst nehme? Herr Güll hat vorhin zu Recht gesagt: Im Mittelpunkt steht das Kind und nicht der Wunsch der Eltern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Wenn es gemeinsam gelänge, die Eltern richtig zu beraten - - Entschuldigung.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist im Übrigen um. Oh - Sie haben noch Redezeit. Ich bin gerade informiert worden, dass die Zählung falsch war. Sie haben noch eine Minute Zeit. Bitte schön.

Renate Will (FDP): Dann hätte ich mich gar nicht so aufzuregen brauchen.

Ich habe, glaube ich, noch angeführt, dass es eine gemeinsame Beratung geben muss und ein ganzheitliches Bild, und zwar nicht nur für den Übertritt, sondern für die gesamte Schulzeit.

Aber ich möchte schon Folgendes zu bedenken geben. Wenn Eltern, Lehrer und die Gesellschaft das Kind mit allen seinen Stärken und Schwächen, ob mit Migrationshintergrund oder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, in den Mittelpunkt stellen, müssen wir doch sagen: Es gibt in unserem Bildungssystem Wege, auf denen jeder seinen Weg finden kann, wenn man ihm die Zeit gibt.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP) - Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

Ich habe es vorhin "Einbahnstraße" genannt. Aber wir wissen, dass es an allen Übergängen Möglichkeiten gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Gehring, Sie haben das Wort. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat noch Redezeit.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Will hat es sehr richtig gesagt: Kinder brauchen mehr Zeit zur Entwicklung. Das wundert einen schon, wenn man daran denkt, dass die FDP seinerzeit mit der Forderung nach der sechsjährigen Grundschule in die Regierung gegangen ist und jetzt vehement den Übertritt nach der vierten Klasse verteidigt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Haben sie schon mal was von Koalition gehört?)

Ich wundere mich trotzdem über die Argumentation.

Wir müssen den Druck in der Grundschule einfach zur Kenntnis nehmen. Das Gejammere aus der CSU-Fraktion, die Zwischenrufe, als das Thema vorhin angesprochen wurde, zeigen, dass man dort einfach nicht wahrhaben will, was vor Ort los ist. Man kann diesen Druck für ungerechtfertigt halten, man kann sagen: Die Eltern spinnen, aber dass dieser Druck vorhanden ist, dass große Probleme da sind, dass es Tränen gibt,

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

dass die Kinder zum Arzt gehen, dass es Nachhilfe gibt, dass sich Grundschullehrer über dieses Thema beklagen, müssen wir einfach feststellen.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das hat sie ja gesagt!)

Dann müssen wir als Politiker doch fragen: Wie ist unsere Reaktion? Sagen wir: Wenn Druck auf ein bestimmtes System wirkt, dann dürfen wir uns nicht über den Druck beklagen, sondern müssen dieses System so verändern, dass dieser Druck reduziert wird? Und genau das machen wir mit unserem Gesetzentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Die Fixierung auf die Notenschnitte 2,33 oder 2,66 erzeugt diesen Druck. Das macht die Eltern verrückt und macht den Lehrerinnen und Lehrern die Arbeit unmöglich. Vor allem ist es eine große Belastung für die Kinder.

Natürlich geht jeder aufs Gymnasium, der einen Schnitt von 2,33 hat. Das ist das Gleiche wie jeder, der im Abitur 1,0 hat, Medizin studieren muss, ob er dafür geeignet ist oder nicht.

Noch einmal zum Thema soziale Ungerechtigkeit. Wir haben in Bayern eine Schiefelage dieses Verfahrens oder gerade deswegen. Über diese Frage brauchen wir gar nicht zu diskutieren, sondern wir müssen sagen: Wir wollen den Druck reduzieren. Wir wollen ein pädagogisch besseres Verfahren schaffen. Deswegen müssen wir dieses Thema angehen.

Natürlich geht es darum, unser Schulsystem grundsätzlich zu verändern, längeres gemeinsames Lernen

zu ermöglichen. Wie gesagt, die FDP wollte so etwas auch einmal.

(Zuruf des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

Was aus den FREIEN WÄHLERN noch wird, müssen wir sehen. Ich denke, dann werden wir diesen Weg gehen. Dann werden wir Druck aus diesem Bildungssystem herausbringen, Druck, der, das muss ich sagen, leistungsfeindlich ist, der nicht zu besseren, sondern zu schlechteren Leistungen führt, und vor allem zu vielen Problemen, die wir im bayerischen Bildungssystem haben und die wir nicht bräuchten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Aber ich bin optimistisch für die Beratungen, nachdem ich gehört habe, dass in der FDP über neue Wege nachgedacht wird und der Kollege Nöth ein offener Mensch ist, wie ich ihn kenne. Da werden wir ganz spannende Beratungen im Ausschuss haben.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als federführenden Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Außerhalb der Tagesordnung rufe ich jetzt im Einvernehmen aller Fraktionen den folgenden Antrag auf:

Antrag der Abgeordneten

Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander

König u. a. (CSU),

Dr. Linus Förster, Adelheid Rupp, Reinhold Perlak (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim

Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Anne Franke, Christine Kamm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Thomas Hacker, Thomas Dechant und Fraktion (FDP)

Subsidiarität - Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 über

europäische Statistiken KOM(2012) 167 endg. (BR-Drs. 219/12) (Drs. 16/12465)

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten empfiehlt auf Drucksache 16/12469 die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordnete Frau Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich gebe das Ergebnis der vorhin zu Tagesordnungspunkt 2 durchgeführten namentlichen Abstimmung über den Antrag 16/11146 betreffend "Lage bei der Erstaufnahme und in den Gemeinschaftsunterkünften verbessern" bekannt. 72 Abgeordnete haben mit Ja, 90 mit Nein gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 4 und 5 auf.

Antrag der Staatsregierung auf Entlastung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2009 (Drs. 16/6211)

und

Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofes auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2009 für den Einzelplan 11 (Drs. 16/8115)

Dazu begrüße ich auf der Ehrentribüne den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Herrn Dr. Heinz Fischer-Heidberger.

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Als erstem Redner gebe ich dem Kollegen Alexander Radwan von der Christlich-Sozialen Union das Wort.

Alexander Radwan (CSU): Herr Präsident! Herr Präsident Fischer-Heidberger, herzlich willkommen und besten Dank für die gute Zusammenarbeit und die vielen Anregungen in Ihrem Bericht, auch dafür, dass

Sie den letzten Bericht auf Anregung des Landtags so schnell vorgelegt haben, dass er in die Diskussion einfließen konnte.

Der Oberste Rechnungshof bescheinigt eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung für die Jahre 2009 und 2010. Der Bericht enthält allgemeine Haushalts- und Wirtschaftsempfehlungen. Auf diese werde ich mich konzentrieren. Herr Kollege Herold wird im zweiten Teil zu den konkreten Anregungen Stellung nehmen.

Die Empfehlungen zur Schuldentilgung sind in dem Rechnungshofbericht ein Kernpunkt. Das Gleiche gilt für die Haushaltsrücklagen und die übertragenen Kreditermächtigungen. Nach anfänglicher Diskussion in diesem Bereich sind der Oberste Rechnungshof und sein Präsident sehr zufrieden, weil die Bayerische Staatsregierung in Übereinstimmung mit dem Bayerischen Landtag konsequent nicht nur spart, sondern auch angefangen hat, im Rahmen des letzten Doppelhaushalts Schulden in Höhe von 1 Milliarde Euro zurückzuzahlen. Ich gehe davon aus, dass dies in Ihrem Sinne ist und in den nächsten Berichten entsprechend gewürdigt wird.

Zu den Fragen des Haushaltsgesetzes ist nur zu sagen, dass wir jedes Jahr darüber entscheiden, wie die Liquidität richtig genutzt wird. Die Regelung des Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes steht dem nicht entgegen. Über die Kreditermächtigungen ist in jedem Fall einzeln zu entscheiden.

Zu der Schuldenregel, die für die Bayerische Verfassung angeregt wird, ist zu sagen, dass auf der einen Seite die Bayerische Haushaltsordnung ihr nicht entgegensteht, aber auf der anderen Seite - das ist noch wichtiger - die Bayerische Staatsregierung, insbesondere der Bayerische Ministerpräsident, dazu Stellung genommen hat, dass wir entsprechend zum Grundgesetz eine Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung übernehmen. Das ist ganz im Sinne des Rechnungshofs.

Hierzu gibt es nicht nur Worte, sondern auch Taten. Seit 2006 werden keine neuen Schulden aufgenommen. Der Sinn der Schuldenbremse ist also vor ihrer Einfügung in die Verfassung schon umgesetzt worden.

Eine explizite Tilgungsverpflichtung ist nicht vorhanden. Aber 2007 und 2008 wurden 500 Millionen Euro getilgt. Im Jahr 2012 wird 1 Milliarde Euro abgebaut. Für die Jahre 2013 und 2014, also für den nächsten Haushalt, sind entsprechende Maßnahmen geplant. Der Finanzierungssaldo im Jahr 2010 von 1,2 Milliarden Euro war schon vorhanden. Es gab jedoch eine Unterschreitung von 2,2 Milliarden Euro. Im Jahr 2011

erzielte Bayern bereits einen Überschuss von 935.600.000 Euro, bezogen auf die Ereignisse, die mit der Bayerischen Landesbank zusammenhängen. Ohne diese Ereignisse wären es 1,25 Milliarden Euro.

Die Entwicklung ist positiv. Mit den Tilgungen im Doppelhaushalt und der Steigerung der Rücklagen im Jahr 2012 in Höhe von 2,2 Milliarden Euro wird es bis 2040 voraussichtlich eine Reduzierung auf 500 Millionen Euro geben.

Bayern hat die solidesten Finanzen. Es ist allerdings keine Nullverschuldung. 2,5 % beträgt die niedrigste Zinsquote. Wir haben eine überdurchschnittliche Investitionsquote mit 12,5 % und die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung.

Letztendlich ist Bayern in Deutschland Vorbild, und zwar mit Blick auf den Finanzausgleich auch in Europa. Noch wichtiger ist, dass dies auch mit Blick auf die Stabilität der Haushalte in Europa gilt. Bayern kann mit diesem Vorbild guten Gewissens in Europa mahnende Worte darüber sprechen, wie man sich verhalten sollte, um aus der Eurokrise herauszukommen. Dies wurde uns vom Rechnungshof bestätigt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Für die SPD-Fraktion hat als Nächster der Kollege Volkmar Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident des Obersten Rechnungshofs! Der Bericht des Obersten Rechnungshofs zum Haushaltsjahr 2009 ist ein besonderer Bericht, weil er zum ersten Mal auf eine Situation eingeht, die Kollege Radwan an diesem Redepult eben dahin bezeichnet hat, dass seit 2006 in diesem Freistaat keine neuen Schulden aufgenommen worden seien. Das Gegenteil ist aber der Fall.

Der Oberste Rechnungshof stellt in seinem Bericht zunächst einmal fest, dass die Fehler bei der Landesbank seit 2009 - das ist das Haushaltsjahr, über das wir reden - den bayerischen Staatshaushalt und damit auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Freistaats Bayern in massivster Form belasten. An dieser Stelle muss man auch sagen: Die Autosuggestion der CSU darf nicht so weit gehen, dass man die eigenen Fehler und die milliardenschwere Kreditaufnahme plötzlich negiert, wenn man über den Rechnungshofbericht spricht. Dies muss deutlich gesagt werden.

Ich gebe ein paar Hinweise. Die Zinsen für die Kapitalzuführung zur Landesbank betragen 2009 49,3 Millionen Euro. Das war die erste schwere Millionenzahl-

lung allein für die Zinsen. Die aktuellen Zinsen betragen 355 Millionen Euro. Die Zinsen für die Kreditaufnahme von 10 Milliarden Euro betragen bisher - Stand: heutiger Tag - insgesamt 847 Millionen Euro.

Dazu kommt der Ausfall von Fonds, der mit den Entnahmen aus der Rücklage in Höhe von 29 Millionen Euro finanziert werden musste. Ab 2014 - es nimmt also kein Ende - muss der bayerische Steuerzahler nochmals einen massiven Betrag aufbringen, um die Fehlentscheidungen bei der Bayerischen Landesbank zu korrigieren. Es wird nämlich die Garantie des Freistaats Bayern für das marode ABS-Portfolio in Höhe von - derzeit geschätzt - mindestens 1,625 Milliarden Euro fällig, die zu den 10 Milliarden Euro Kreditaufnahme noch hinzukommen.

Die Garantien des Freistaats Bayern betragen insgesamt 3,175 Milliarden Euro. Der Oberste Rechnungshof geht davon aus, dass der Freistaat Bayern tatsächlich in Form der in den Haushalt eingestellten Verpflichtungsermächtigung in Anspruch genommen wird. Selbst höhere Zahlungen für die restlichen Garantien schließt der Oberste Rechnungshof ausdrücklich nicht aus.

Deswegen muss man den Bericht zum Anlass nehmen, die Bayerische Staatsregierung, insbesondere den Finanzminister, aufzufordern, wegen dieser Bestandsaufnahme des Obersten Rechnungshofs die drohenden Milliardenrisiken auf den Tisch zu legen und den Wählerinnen und Wählern zu erklären. Denn ein ehrlicher Kassensturz bei der BayernLB wird Klarheit darüber schaffen, wie hoch die tatsächliche Erblast der Bayern ist und wie viele Milliarden auf den Schultern zukünftiger Generationen in Bayern lasten. Hierfür muss entsprechende Vorsorge getroffen werden.

Ich glaube, es ist angemessen, dass wir für die weitere Garantie des Freistaats Bayern, die zusätzliche Milliarden kosten wird, einen Erblastenfonds bekommen. Die Regierung der CSU muss dann deutlich machen, dass sie dafür verantwortlich ist. Die Garantie des Freistaats Bayern wird kommen. Dem Rechnungshof ist es anzurechnen, dass er an dieser Stelle im Gegensatz zur Staatsregierung Klartext redet.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt, die Verschuldung. Sie ist schon angesprochen worden. Von 2008, kurz nach Ihrem Amtsantritt, Herr Ministerpräsident, bis Ende 2010 haben sich die Staatsschulden des Freistaats Bayern von 22,6 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro erhöht. Das sind 47 % innerhalb weniger Monate. Das sind 800 Euro pro Kopf der Bevölkerung.

Der Grund ist klar. Es war die Fehlsteuerung der CSU bei der Landesbank.

(Zurufe von der CSU)

Wenn man insgesamt die bayerische Geschichte Revue passieren lässt, dann ist diese Staatsregierung der größte Schuldenmacher aller Zeiten im Freistaat Bayern. Das muss in dieser Deutlichkeit auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU: Außer Nordrhein-Westfalen!)

Wir haben eine Verdoppelung der Staatsverschuldung von 1996 bis 2011 von 16,3 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro. Dazu gab es eine klare Kritik in den Feststellungen des Obersten Rechnungshofes zum Finanzgebaren des Freistaates Bayern. Stichwort Verschuldung. Der Präsident des Obersten Rechnungshofes hat in einer Pressemitteilung vom 6. Dezember 2011 moniert: Zu einer soliden Finanzpolitik gehöre auch, Schulden abzubauen, wann immer das möglich ist. Die Staatsregierung sei zwar auf dem richtigen Weg, aber sie müsse im Hinblick auf die Steuereinnahmen wesentlich mehr für die Schuldentilgung tun. Ein bescheidener Anfang sei gemacht, aber - so der Präsident - "ich hätte mir mehr Eifer beim Schuldenabbau gewünscht".

Wie waren nun die Reaktionen seitens der CSU-Staatsregierung und des Ministerpräsidenten dieses Freistaates?

Er habe sich bisher überhaupt nicht mit dem Bericht der Rechnungsprüfer beschäftigt, so die Einschätzung des Ministerpräsidenten. "Ich muss meinen Tagesablauf nach Wichtigkeit einteilen." Und anschließend hat der Ministerpräsident noch die "sehr moderne Finanzpolitik" des Freistaates Bayern gerühmt und die Einschätzungen des Obersten Rechnungshofes mit den Worten abgekanzelt: "Ich bin gerne bereit, dem Obersten Rechnungshof diese moderne Finanzpolitik zu erläutern, wenn es die Wichtigkeit der anderen politischen Aufgaben erlaubt."

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, man kann sich immer über fachliche Bewertungen des Obersten Rechnungshofes streiten, aber dieser respektlose und brüskierende Umgang mit dem Obersten Rechnungshof, der in der Bayerischen Verfassung eine wichtige Stellung einnimmt, war nicht in Ordnung

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

und ich hätte mir erwartet, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich für dieses Verhalten beim Obersten Rechnungshof entschuldigen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Offensichtlich aber hat die Kritik des Obersten Rechnungshofes doch Wirkung gezeigt; denn die Politik der Staatsregierung hat sich verändert. Wir haben im Nachtragshaushalt die Tilgung von Schulden in Höhe von einer Milliarde Euro festgelegt. Allerdings - da ist es sehr spannend, wie der Oberste Rechnungshof das in künftigen Berichten einschätzt - wird die Schuldentilgung in Höhe von einer Milliarde Euro praktisch komplett aus den unterlassenen Zuführungen zum Versorgungsfonds und zur Versorgungsrücklage gezahlt. Letzten Endes findet diese Schuldentilgung durch die Verschiebung von Lasten in die Pensionsvorsorge statt. Es kann aber nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Freistaates sein, diese finanzielle Last in die Zukunft zu schieben und die Vorsorge auf fast Null herunterzufahren, statt eine ordentliche Vorsorge zu treffen. Das ist Ihr Konzept, mit dem Sie die Finanzpolitik betreiben und es ist ein unseriöses Konzept. Das muss an dieser Stelle betont werden.

Zur Schuldenbremse, Herr Kollege Radwan, Folgendes: Auch die SPD hält eine Schuldenbremse im Freistaat Bayern für sinnvoll. Wir sind bereit, darüber in Gespräche einzutreten, wie das in der Bayerischen Verfassung sinnvoll geregelt werden kann, weil auch die Konjunkturkomponenten, die das Grundgesetz zulässt, durchaus sinnvoll in die Schuldenbremse integriert werden müssen.

Aber was wir nicht mitmachen werden ist, dass die Schuldenbremse beim Freistaat zu einer Verschiebung der Schulden auf die Kommunen des Freistaates Bayern und in die versteckte Verschuldung führt, indem in den Substanzerhalt von Staatsstraßen und Hochbauten im Freistaat Bayern nichts mehr investiert wird, indem nichts mehr für die Pensionsvorsorge getan wird, und indem die wichtigen Infrastrukturaufgaben nach hinten geschoben werden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb brauchen wir eine Schuldenbremse, die klar macht, dass der Verschuldungsabbau auch für die Kommunen gilt und wir nicht immer stärker in die versteckte Verschuldung gehen dürfen. Wer die Berichte des Obersten Rechnungshofes gründlich liest, kann die Warnsignale und Warnhinweise nicht übersehen.

Abschließend ein Kapitel, das wirklich fatal ist und wo die Staatsregierung und die sie tragende Koalition lei-

der seit Jahr und Tag ein skandalöses Verhalten an den Tag legen, nämlich die Frage, wie die Steuerverwaltung im Freistaat ausgestattet ist. Der Oberste Rechnungshof moniert zum wiederholten Male eine skandalöse Unterausstattung der Finanzverwaltung. Nur ein paar Zahlen aus diesem Rechnungshofsbericht: Bei der betriebsnahen Veranlagung beträgt der Personalmangel 43,5 %. Von den 542 erforderlichen Stellen sind nur 306 besetzt. Bei der Umsatzsteuerprüfung schaut es nicht anders aus. Ähnlich desolat ist es bei der Steuerfahndung. Bei einem Personalbedarf von 529 Stellen fehlen 200 Fahnder. Die Unterbesetzung beträgt hier ebenfalls knapp 40 %.

Wenn man sich die Entwicklung ansieht, erkennt man, dass es im Jahr 2010 gegenüber 2009 noch schlimmer geworden ist. Mittlerweile nimmt Bayern im Personalvergleich aller westlichen Bundesländer den 14. Platz ein. Bei dem Personal bei der Einkommens- und Körperschaftssteuer ist es der 16. Platz. Ebenso ist es der 16. Platz beim Verhältnis der Betriebsprüfer zur Zahl der Betriebe, und bei der Umsatzsteuerprüfung ist es ebenfalls der 16. Platz. Beim Personalbedarf zur Ist-Besetzung der Steuerfahndung rangiert Bayern gleichfalls auf dem 16. Platz.

Dieses absolute Schlusslicht in der ganzen Bundesrepublik ist ein Schlag gegen die Steuergerechtigkeit. Es ist eine faktische Untreue gegenüber dem Staatshaushalt. Ob das mit dem Amtseid zu vereinbaren ist, bezweifle ich sehr.

Deshalb ist Missbilligung gegenüber der Staatsregierung und keine Entlastung angebracht. Gleichwohl bedanken wir uns beim Obersten Rechnungshof für die vielfältigen Anmerkungen und stimmen der Entlastung des Obersten Rechnungshofes selbstverständlich zu.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Herr Kollege. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie darüber in Kenntnis setzen, dass zum Antrag der Staatsregierung auf Entlastung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2009 auf Drucksache 16/6211 von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Jetzt hat als Nächster der Kollege Manfred Pointner von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Manfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Präsident des Obersten Rechnungshofes, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Als Erstes darf

ich Ihnen, Herr Präsident Fischer-Heidberger und Ihren Kolleginnen und Kollegen vom Rechnungshof herzlich für den Jahresbericht 2011 danken, dem die Prüfung des Haushaltsjahres 2009 zugrunde liegt.

Der Prüfbericht gab und gibt uns Parlamentariern wertvolle Hinweise, wie die Staatsregierung mit dem Geld der Steuerzahler umgegangen ist, und er gibt uns Anregungen, wie es künftig besser gemacht werden kann.

Dass dieser Rechnungshofbericht bei der Staatsregierung nicht immer auf zustimmende Begeisterung stößt, mag man verstehen. Man würde ja dabei erappt, dass mit den Finanzmitteln nicht immer im Sinne einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung umgegangen worden ist.

Dass man aber den Rechnungshof gleich derart scharf attackiert wie beim letzten Bericht 2012, ist nicht vertretbar und lässt den Respekt vor der Unabhängigkeit des Rechnungshofes vermissen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf dem Obersten Rechnungshof hier ausdrücklich für seine Standfestigkeit danken, mit der er seine Position vertreten hat. Ich kann aber den Damen und Herren vom Obersten Rechnungshof als kleinen Trost sagen, dass es Ihnen ähnlich ergeht wie uns von der Opposition. Sie wurden wegen Ihrer Vorschläge zum Schuldenabbau von der Staatsregierung hart angegriffen. Ein paar Wochen später allerdings hat dann die Staatsregierung Ihre Vorschläge mehr oder weniger übernommen, indem sie eine Milliarde für den Schuldenabbau in den Nachtragshaushalt eingestellt hat. So geht es uns als Opposition mit unseren Anträgen, seien es Anträge der FREIEN WÄHLER, der SPD oder der GRÜNEN. Zunächst werden unsere Anträge kritisiert, abgelehnt und dann, wie wir im letzten Nachtragshaushalt erlebt haben, einige Zeit später übernommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zurück zum Haushalt des Jahres 2009, der Gegenstand dieser Diskussion ist: Das Jahr 2009 war von der Wirtschaftskrise geprägt. Die Haushaltsrechnung 2009 sollte allen als Warnung gelten, wie schnell sich die Verhältnisse ändern können. Die Haushaltsrechnungen der Jahre 2006 und 2007 ergaben noch erhebliche Überschüsse. Auch im Jahr 2008 hätten wir noch Überschüsse erzielt, wenn nicht das Desaster bei der Landesbank dazwischengekommen wäre. 2009 hatten wir, die Zahlungen wegen der Landesbank herausgenommen, einen negativen Haushaltssaldo. In das Jahr 2009 fällt auch ein Großteil der Schuldenaufnahme zur Rettung der Bayerischen Lan-

desbank in Höhe von circa sieben Milliarden der insgesamt zehn Milliarden Euro. Auch das Desaster bei der Landesbank ist ein wesentlicher Grund dafür, warum wir die Bayerische Staatsregierung für das Haushaltsjahr 2009 nicht entlasten können.

Herr Kollege Eckstein, Sie haben sich vorhin aufgeregt: Mitverantwortlich für diese drastische Neuverschuldung waren im Wesentlichen Vertreter der Staatsregierung im Verwaltungsrat der Landesbank. Es waren aber auch andere beteiligt.

(Zuruf von der CSU)

- Sie haben nicht hingehört. Das habe ich schon immer gesagt: nicht die Landräte, sondern die Vertreter der Sparkassen im Verwaltungsrat.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Oder ein bestimmter Oberbürgermeister!)

- Auch Oberbürgermeister und andere Vertreter waren im Verwaltungsrat. Aber das brauchen wir jetzt nicht im Einzelnen zu diskutieren, denn es ist bekannt, wer daran beteiligt war. Da braucht man bloß nachzuschauen.

Auch die Sparkassen werden jetzt mit 1,5 bis 1,8 Milliarden Euro zur Kasse gebeten. Man weiß noch nicht genau, was herauskommt. Aber es bleibt noch ein gewaltiger Batzen in Höhe von über acht Milliarden Euro, dessen Rückführung noch völlig ungewiss ist. Nach dem Desaster mit der Hypo Alpe Adria und den im Vergleich zur Hypo Group Alpe Adria - HGAA - geringeren Problemen bei der ungarischen MKB scheint meines Erachtens eine Rückzahlung in absehbarer Zeit mehr als fraglich zu sein. Ich möchte aber ausdrücklich betonen, dass im Gegensatz zur HGAA bei der MKB ein Versagen von Vorstand oder Verwaltungsrat offensichtlich nicht erkennbar ist.

Bei der Bayerischen Landesbank kommt hinzu - Herr Halbleib hat es schon erwähnt -, dass voraussichtlich im übernächsten Jahr eine weitere Stützung notwendig ist, wenn der Ausfall der amerikanischen Papiere zu tatsächlichen Abschreibungen führt.

Bei den einzelnen Prüfungsbeanstandungen darf ich besonders auf die Beanstandung wegen unzureichender Bekämpfung der Umsatzsteuerhinterziehung eingehen. Das wird seit Jahren vom Rechnungshof gerügt, aber es geschieht so gut wie nichts. Der Bayerische Oberste Rechnungshof weist darauf hin, dass hier dem Fiskus ein zweistelliger Milliardenbetrag entgeht. Bayern betrifft davon mindestens eine Milliarde. Das Finanzministerium stellt dazu fest: Es liegt am fehlenden Personal, um dieser Steuerhinterziehung entgegenzuwirken. Es werden jetzt zwar

neue Stellen geschaffen, aber diese Maßnahme kommt zu spät. Außerdem sind es zu wenig Stellen. Es ist mir völlig unverständlich, warum der oder die Finanzminister - denn es waren auch noch andere beteiligt - mit offenen Augen Steuerbetrügereien im größten Umfang dulden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Es geht hier nicht nur um Steuergerechtigkeit, sondern auch um die Fürsorgepflicht für die Beamten in der Finanzverwaltung, die hier der Dienstherr bei der Erfüllung ihrer Dienstpflichten im Stich lässt und sogar fast zu Straftaten drängt. Eigentlich müsste es den früheren und jetzigen Finanzministern ein besonderes Anliegen sein, die Steuereinnahmen ohne Änderung der Steuergesetze zu erhöhen. Dann hätten sie den nötigen Spielraum, um die von Ihnen angesprochenen Steuersenkungen in die Tat umzusetzen. In Bayern ist die Situation momentan zwar noch so günstig, dass, alle anderen Gesichtspunkte in die Überlegungen einbezogen, Steuersenkungen vertretbar wären. Insbesondere der Abbau der kalten Progression müsste angegangen werden. Das ist auch unser Anliegen. Aber angesichts der Finanzlage des Bundes und der meisten Länder habe ich durchaus Verständnis dafür, dass der Bundesfinanzminister und die Finanzminister der Länder diesem Begehren sehr kritisch gegenüberstehen.

Was für die Umsatzsteuerprüfung gilt, gilt auch für die Unterbesetzung bei der betriebsnahen Veranlagung, also bei den Betriebsprüfungen. Auch hier gehen dem Staat jährlich Steuereinnahmen mindestens im zweistelligen Millionenbereich verloren. Auf diesen Missstand hat der ORH schon seit Jahren hingewiesen. Auch der Landtagsbeschluss vom 21.03.2007 wurde missachtet. Seit wir im Jahr 2008 im Landtag sind, fordern wir eine Erhöhung der Zahl der Stellen bei der Steuerprüfung und der Steuerfahndung.

Es ist ein Unding, dass weiterhin auf der einen Seite Stellen abgebaut werden, weil das unter Stoibers Rückführung der Neuverschuldung so vorgesehen war, aber auf der anderen Seite dem Staat tatsächlich Millionen und Milliarden verloren gehen, die wiederum durch Einsparmaßnahmen ausgeglichen werden müssen.

Auch wegen der Untätigkeit und Unfähigkeit der Staatsregierung, hier zu handeln, können wir eine Entlastung für das Jahr 2009 nicht aussprechen. Ich bedauere sehr, dass die von der Opposition beantragte Missbilligung vor allem dieser letzten beiden Punkte im Ausschuss von der Mehrheit abgelehnt wurde.

Hier wäre eine Missbilligung auf jeden Fall gerechtfertigt gewesen.

Wir haben uns bei den 23 anderen Anregungen zwar nicht immer einigen können, aber im Großen und Ganzen auf Kompromisse verständigt. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für die gute Zusammenarbeit.

Selbstverständlich werden wir der Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs mit Freuden zustimmen und ihn in seiner Haltung bestärken, dort, wo Missstände sind, diese auch zu benennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Claudia Stamm von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident Bocklet, sehr geehrter Herr Präsident Dr. Fischer-Heidlberger, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Zunächst natürlich meinen ganz herzlichen Dank an den Bayerischen Obersten Rechnungshof und das ganze Team. Auch wir entlasten den Bayerischen Obersten Rechnungshof für seine Arbeit. Ich brauche darauf nicht mehr groß einzugehen, denn die Oppositionsfraktionen haben es schon ausgeführt. Kritisch anzumerken ist aber auf jeden Fall, wie nach dem Bekanntwerden der Bemerkungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs die Staatsregierung mit dem ORH, einem unabhängigen Gremium, umgegangen ist. Wir GRÜNEN sind die Letzten, die mit den Berichten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs nicht auch kritisch umgehen. Setzen Sie sich bitte mit den Inhalten auseinander, ohne in dieser Art und Weise auf einer Metaebene ein unabhängiges Gremium so herunterzuputzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die Arbeit des Bayerischen Obersten Rechnungshofs hat wieder klar gezeigt, dass man die Staatsregierung nicht entlasten kann. Bevor ich auf die Haushaltsrechnung zu sprechen komme, möchte ich zu den beiden folgenden bereits angesprochenen Themen konkret Stellung nehmen: Erstens, die Tilgung von Schulden in Höhe von einer Milliarde Euro Schulden klingt gut und vermarktet sich gut, ist aber leider nicht Fakt. Herr Staatssekretär Pschierer, tatsächlich werden nur 180 Millionen Euro Schulden getilgt. Der Rest, nämlich 818 Millionen Euro, sind Kreditermächtigungen, die Sie der Rücklage entnehmen. Bayern steigt also in die Schuldentilgung ein, aber dahinter steht ein gro-

ßes Fragezeichen. Ist es doch erklärtes Ziel der Staatsregierung, durch die Schuldentilgung Zinsen zu sparen. Aber um Zinsen zu sparen, müsste man echte Schulden tilgen. Tatsächlich werden jedoch im Jahr 2012 der Haushaltsrücklage zusätzlich 818 Millionen Euro zur Schuldentilgung entnommen. In der Haushaltsrücklage befinden sich aber keine echten Gelder, sondern hauptsächlich Kreditermächtigungen ähnlich Wechselscheinen. Kreditermächtigungen sind neu aufgenommene Altschulden oder, anders gesagt, Schulden in der Höhe, in der die Staatsregierung Kredite aufnehmen darf, ohne dazu vom Landtag erneut ermächtigt werden zu müssen. Tatsächlich werden aber nur knapp 182 Millionen Euro aus Steuereinnahmen zur Schuldentilgung verwendet. Das heißt: Erstens. Der Schuldenstand Bayerns sinkt 2012 nicht um 1 Milliarde Euro, sondern um 182 Millionen Euro. Zweitens. Der Rest ist keine Tilgung, sondern nichts anderes als die Bereitschaft, auf neue Schulden zu verzichten. Drittens. Die Zinsersparnis - eine wichtige Säule im Plan vom Minister Söder, bis 2030 schuldenfrei zu sein - kann nur aus 182 Millionen Euro kommen, nicht aus der gesamten Milliarde, weil für Kreditermächtigungen keine Zinsen gezahlt werden. Das heißt also: Der Plan von Minister Söder, Schuldenabbau zu schaffen, ist schon in der ersten Stufe gescheitert; alles andere ist völlig offen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Anders ausgedrückt: 18,2 % Schuldentilgung und 81,8 % Öffentlichkeitsarbeit.

Zweites Thema. Die Schuldenbremse gibt es im Grundgesetz. Das Grundgesetz gilt auch in und für Bayern. Was wir in erster Linie brauchen, ist ein Gesetz, das die Schuldenbremse des Bundes für Bayern genau regelt und detailliert festlegt. Ich freue mich über den Zuspruch, den ich im Ausschuss erfahren habe. Ich habe das auch vom Bayerischen Obersten Rechnungshof so empfunden. Ich würde mir wünschen, dass wir über die Parteigrenzen hinweg eine sachliche und keine emotionale Debatte führen. Wichtig ist: Wenn eine Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen wird, dann muss sie auch beinhalten und sicherstellen, dass es keine Verschuldung auf Kosten der Kommunen geben darf. Es ist ganz wichtig, nicht auf dem Rücken der Kommunen hauszuhalten. Schulden dürfen auch nicht in Form von Krediten bei Beteiligung des Freistaates versteckt werden, also zum Beispiel in PPP-Projekten oder Schattenhaushalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Stichwort bei der Schuldenbremse ist die Sicherung der Einnahmen. Wenn man über die Aus-

gaben redet, muss man natürlich immer auch die Einnahmen im Blick haben und darf nicht, was gerade wieder im Bund geschieht, dem Staat mutwillig 6 Milliarden Euro an Einnahmen ohne Gegenfinanzierung nehmen. Im Zusammenhang mit der Schuldenbremse sehe ich das kritisch; denn der Freistaat, das Land ist eben nicht für die Einnahmen zuständig. Deswegen haben wir auch keinen Gestaltungsspielraum. Was nützt mir eine Festschreibung in der Verfassung, wenn ich keinen Gestaltungsspielraum habe?

Insgesamt müssen wir mit Festschreibungen in der Verfassung vorsichtig sein, Herr Kollege Klein, weil man irgendwann nicht mehr weiß, wo man anfängt und wo man aufhört. Eine sachliche Diskussion wäre sehr wünschenswert, keine emotionale, mit populistischen Tönen von einer Partei, die unbedingt in der Öffentlichkeit vorkommen muss.

Nun konkret zur Haushaltsrechnung. Der Haushalt 2009 ist tatsächlich - das haben wir auch schon gehört - sehr, sehr stark von der Kreditaufnahme für die BayernLB geprägt, was die hohen Werte bei den übertragenen Einnahme- und Ausgaberesten erklärt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Angesichts der wachsenden Haushaltsreste bei den Sonderprogrammen muss man besonders aufmerksam sein. Offensichtlich liefen diese Programme nicht besonders gut, und die Staatsregierung hat sich einiges mehr vorgenommen, als sie umsetzen konnte.

Speziell beim ÖPNV wird das Geld gehortet. Von 2005 bis 2009 sind die Reste verelfacht worden. Da liegt die Frage auf der Hand: Wozu? Das ist der vorsichtige Versuch, die Kasse zu füllen, um die zweite Stammstrecke zu bauen. Das Projekt gehört endgültig begraben, weil es nicht umzusetzen ist. Das ist absolut unrealistisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigen auch die neuesten Aussagen. Der Bundesminister für Verkehr, Ramsauer, will allerhöchstens 200 Millionen Euro für die Stammstrecke ausgeben. Das reicht natürlich hinten und vorne nicht. Die zweite Stammstrecke in Form des Tunnels wird nicht kommen; da hilft auch das Horten des Geldes nichts. Die Reserven werden nicht reichen. Um Abhilfe für die Fahrgäste zu schaffen, müssen die Alternativen aber möglichst schnell umgesetzt werden. Das haben Sie jetzt auch erkannt; sie sollen morgen Thema im Kabinett sein. - Herzlichen Glückwunsch, guten Morgen; Sie sind aufgewacht. Schauen Sie sich unsere Anträge, die Anträge des Kollegen Martin Runge an. Ein Stichwort ist der Ausbau des Südrings. Schauen Sie sich einfach an und setzen Sie sie um, damit

die Fahrgäste in München endlich eine Abhilfe bekommen. Wir brauchen andere Infrastrukturmaßnahmen. Machen Sie es endlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ausgabereise im Jahr 2009 stiegen horrend an. Auch die hier die Frage: Wozu? Die Antwort liegt auf der Hand. Man will für die großen Wahlkämpfe 2013 gewappnet sein - Geld in der Kasse für den Wahlkampf. Alle Jahre wieder sagen! - Eigentlich ist es schon ein trauriges Märchen -: Endlich sollte etwas mehr Gerechtigkeit beim Steuern zahlen möglich sein, und man sollte auch das Gefühl haben können, dass der Staat sich darum kümmert. Wegen der zu geringen Bekämpfung der Umsatzsteuerhinterziehung gehen dem Staat jährlich Milliardenbeträge verloren. Aufgrund von Defiziten in der betriebsnahen Veranlagung kommt es nur zu Steuerausfällen im zweistelligen Millionenbereich. Dem Staat geht eine Menge Geld verloren, das wir wirklich gebrauchen könnten, um Aufgaben und Herausforderungen, die wir angehen müssen, zu meistern. Da fehlt das Geld.

Ein Stichwort ist auch schon gefallen: Die verdeckte Verschuldung. Die verdeckte Verschuldung muss dringend abgebaut werden. Sorgen Sie endlich für die Pensionen der Beamtinnen und Beamten; sorgen Sie endlich für die Vorsorge, damit uns das nicht auf die Füße fällt. Reparieren Sie unsere Straßen, statt die Gegend zuzubetonieren, und stellen Sie vor allem endlich genügend Geld für den Bauunterhalt ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen unser Eigentum gut bewahren und in Schuss halten. Das ist übrigens auch ganz klar bei einem Bericht des Obersten Rechnungshofes zum Einzelplan des Wissenschaftsministeriums herausgekommen. Wir müssen die bestehenden Einrichtungen bewahren, statt neue Monumente zu schaffen. Das mahnen wir immer wieder an. Deshalb ist noch einmal an das Kunstministerium zu appellieren, das Bestehende nicht kaputt gehen zu lassen und dafür genügend Geld einzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch einmal: Wir entlasten den Bayerischen Obersten Rechnungshof natürlich sehr gerne, die Staatsregierung aber nicht. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Professor Georg Barfuß für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum Thema komme, möchte ich daran erinnern, dass dieses Land heute, am 8. Mai, vor 67 Jahren befreit wurde. Ich will zum Ausdruck bringen, dass ich dankbar und froh bin, in einer Demokratie leben zu dürfen, in der wir in diesem Parlament offen diskutieren können. Das wollte ich einfach los werden.

(Allgemeiner Beifall)

Ich würde auch gerne den Präsidenten des Obersten Rechnungshofes, Herrn Dr. Fischer-Heidberger, begrüßen, glaube aber, dass das die Geschäftsordnung nicht hergibt. Deswegen mache ich es auch nicht. Als korrekter Überwacher unserer Tätigkeiten haben Sie dafür sicher Verständnis.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt aber zum Thema. Auch wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und natürlich beim Präsidenten des ORH; denn für uns ist der ORH eine Qualitätsmanagement-Einrichtung. Wir sind froh und dankbar, dass wir uns an dem messen können, was hier vorgeschlagen wird und was opportun ist. Deshalb wird es auch von uns keine despektierliche Kritik geben; dazu ist uns der ORH viel zu wichtig. Allerdings möchte ich nicht verkennen, dass der Primat der Politik, in einer gewissen Situation handeln zu müssen, zu berücksichtigen ist und gilt. Wohl aber liebe ich persönlich und liebt unsere Fraktion sowie auch Kollege Klein die offene Aussprache darüber. Insofern bin ich dankbar, dass ich das hier sagen darf.

Ich möchte keine Wiederholungen bringen, sondern auf ein paar Dinge eingehen, die bisher so noch nicht gesagt wurden. Der Präsident fordert in seinem Schlusswort mehr Mut. Da hat er völlig Recht. Den hat schon Adenauer gefordert. Das Wichtigste in der Politik ist der Mut. Am mutigsten wäre es natürlich, wenn wir endlich ein Rechnungswesen hätten. Hätten wir ein kaufmännisches Rechnungswesen, würden wir längst Rückstellungen gebildet haben, um das Vermögen unseres Freistaates zu sichern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das kann man aber auch ohne Rechnungswesen!)

- Ja, aber als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, Herr Kollege Halbleib, wissen Sie selbst, dass dies nicht so einfach ist wie bei einer kaufmännischen Buchführung, in der die Rückstellungsbildung für jedermann ersichtlich ist. Sie wissen, dass dies hier wesentlich intransparenter ist. Deswegen stimme ich - ich meine, das ist allen fünf Fraktionen ein Anliegen - zu, zu sagen, dass wir so tun müs-

sen, als hätten wir ein kaufmännisches Rechnungswesen. Wir müssen tatsächlich für Straßen und für Brücken mehr im Haushalt tun. Das gilt für Gebäude, und das gilt für Pensionsverpflichtungen. Die kommunale Seite steht nicht zur Debatte; vielmehr geht es um die Gesamtheit der Kanäle. Wenn wir ein Rechnungswesen hätten, wäre das auch enthalten.

Eine Abhilfe wäre vielleicht dadurch möglich, dass wir - mit mir meine ich den Haushaltsausschuss - von den Ministerien noch nicht bereinigte Haushalte vorgelegt bekämen. Ich bin überzeugt, dass die Haushälter in den einzelnen Fachabteilungen äußern, wo sie mehr brauchen; aufgrund der Gesamtregie wird dies dann aber zusammengestrichen.

Das Zweite. Mein Kollege, unser Haushaltsexperte Karsten Klein hat mit seinen Feststellungen zum Finanzhaushalt durchaus recht, wenn er sagt, daran könne man erkennen, was eine Volkswirtschaft, was ein Staat erwirtschaftet. Vielleicht ist auch hier ein Ausflug ins kaufmännische Rechnungswesen eine Hilfe. Wenn man dort von einem Betriebsergebnis und von einem neutralen Ergebnis spricht, welches zusammen logischerweise ein Gesamtergebnis darstellt, muss man zwei Faktoren herausrechnen. Das Fatale ist tatsächlich die Landesbank. Wenn wir die nicht hätten, könnten wir vor Kraft kaum laufen. Das ist so. Das ist tragisch, darüber brauchen wir nicht zu reden. Schlimm war auch, dass die Rating-Agenturen diese Papiere als Triple A eingestuft und unsere Leute diese Papiere eingekauft haben. Darüber brauchen wir gar nicht zu reden.

Der zweite Faktor, der im Sinne eines neutralen Ergebnisses herausgerechnet werden muss, war die internationale Ethikkrise, die zu einer Finanzkrise geführt hat. Das waren zwei exogene Größen, die berücksichtigt werden mussten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Hypo Alpe Adria war aber ein bayerisches Problem!)

- Das war hausgemacht, darin stimme ich Ihnen zu. Wenn Sie mir aber zuhören würden, wüssten Sie, dass ich nur die zwei Faktoren erwähnt habe. Das sind exogene Größen. Wenn man die herausrechnet - damit hat Herr Klein recht -, ist der Saldo in Ordnung. Wir müssen daran arbeiten, dass diese Entwicklung wieder zurechtgebogen wird.

Nicht gefallen hat mir, Herr Kollege Halbleib, Ihre Aussage, es sei fatal und skandalös, dass wir eine Steuerverwaltung aufgebaut hätten, die nicht funktioniert. Ich würde jeden im Hohen Hause darum bitten - das gilt auch für die Regierung, für die Ministerien -, Zahlen vorzulegen, damit wir die Grenzkosten und den

Grenznutzen einander gegenüberstellen können. Erst dann können wir leidenschaftslos feststellen, ob wir irgendwelche Schritte einleiten müssen. Die Behauptung von Steuerbetrügereien höchsten Ausmaßes werden wir nicht dulden und möchten wir auch nicht dulden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist mit dem Umsatzsteuerbetrug?)

- Sie haben vorhin gesprochen. Jetzt hören Sie mir ein bisschen zu. Das Parlament hat das Recht, die Regierung zu kontrollieren. Deswegen verlangen wir, die Koalitionsfraktionen, auch, dass uns die Regierung Zahlen vorlegt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ändert aber nichts daran!)

Sie haben wörtlich gesagt, dass dem Bürger in Bayern Lasten auferlegt werden. Dazu kann ich leider Gottes nur sagen: Das stimmt. Diese Lasten sind aber unter allen Ländern am geringsten. Es gibt durchaus Länder, in denen diese Lasten viel größer sind. Die Landesbank habe ich erwähnt. Dazu mag ich nichts mehr sagen.

Insgesamt werden wir sowohl den Obersten Rechnungshof als auch die Staatsregierung entlasten. Gehen Sie aber davon aus, dass die Fraktionen der CSU und der FDP kritisch sind. Wir dürfen dabei nicht übersehen, wer an der Regierung ist und wer in der Opposition ist, wer handeln muss und wer in aller Ruhe eine Analyse macht. Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie uns immer wieder fordern. Die Leute wollen, dass ein Parlament so arbeitet. Deshalb freue ich mich über diese Debatte.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wir haben noch einen Kollegen auf der Rednerliste. Es ist der Kollege Herold. Ich erteile ihm das Wort.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei den Reden der Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition, insbesondere des Kollegen Halbleib und der Kollegin Stamm, hätte man meinen können, dass sie nicht über den Freistaat Bayern, sondern über Länder wie zum Beispiel Berlin oder Nordrhein-Westfalen gesprochen haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben von ihnen kein Wort dazu gehört, dass wir in Bayern aufgrund unserer guten wirtschaftlichen Situation über den Länderfinanzausgleich den größten

Solidarbeitrag für hoch verschuldete Länder leisten. Ich sage es ganz deutlich: Bayern ist mit allen Kennzahlen die Nummer eins in Deutschland. Darauf sollten wir alle stolz sein, auch Sie von der Opposition.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sechzehnter Platz in der Steuerverwaltung!)

Bayern ist gewissermaßen der Schuldenabbauer. Sie wissen auch, dass die Schuldenkönigin in Deutschland Frau Hannelore Kraft ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die hat die Schulden aber nicht aufgebaut!)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bericht und die Anregungen des Obersten Rechnungshofs sind für uns immer wieder eine wertvolle Lektüre und ein wichtiges Hilfsmittel bei der Ausübung unseres parlamentarischen Kontrollrechts. Wichtig ist natürlich auch, dass wir über die Beanstandungen und Anregungen des ORH im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ausführlich und intensiv diskutieren. Auch in diesem Jahr haben wir das getan. Deswegen auch von meiner Seite ein ganz besonderes Dankeschön an die Damen und Herren vom Obersten Rechnungshof für diese wichtige Arbeit. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mehrfach wurde heute schon erwähnt und bemängelt - so auch vom ORH -, dass bei der Steuerverwaltung zu wenig Personal eingesetzt wird und dass auch die IT-Unterstützung nicht optimal sei. Gerade diese Beanstandung wird von uns sehr ernst genommen. Hierzu wurde bereits ein Gesamtkonzept erarbeitet und auch schon realisiert.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

- Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören. Sie wissen aber auch, dass bereits im Doppelhaushalt 2009/2010 weitere 500 Stellen für die Steuerverwaltung ausgebracht und in den letzten Jahren Einstellungen in hoher Zahl vorgenommen wurden. Das heißt konkret, dass eine Verbesserung der Personalsituation erfolgt ist. Fakt ist auch, lieber Kollege Halbleib, dass die bayerische Umsatzsteuerprüfung mit ihren Ergebnissen deutlich - ich betone: deutlich - über dem Bundesdurchschnitt liegt. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Umsatzsteuerbetrag liegt aber auch deutlich höher!)

Auch die Kontrollsysteme bei den EU-Agrar- und Strukturfonds wurden vom Obersten Rechnungshof

angesprochen. Die Empfehlungen des ORH wurden vom Landwirtschaftsministerium bereits aufgenommen und teilweise schon berücksichtigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dank des persönlichen Einsatzes unserer pflichtbewussten Bürgerinnen und Bürger, aber auch dank einer soliden und zukunftsorientierten Politik haben wir in Bayern - ich wiederhole mich - hervorragende Kennzahlen. Das wurde heute schon mehrfach betont. Um diese Kennzahlen werden wir in Europa und in Deutschland von vielen Ländern beneidet. Diese positive Entwicklung dürfen wir nicht schlechtreden, sondern wir müssen wieder auf diese Entwicklung hinweisen und bei den Menschen Optimismus verbreiten. Sie wissen alle, dass sich die solide Finanzpolitik, wie sie in Bayern betrieben wird, für die Menschen immer wieder auszahlt. Bayern hat zum Beispiel mit 2,4 % die niedrigste Zinslastquote und im Ländervergleich die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung. Dies wurde schon vom Kollegen Radwan deutlich angesprochen. Auch vom Kollegen Dr. Barfuß von der FDP wurde es angesprochen. Sie wissen auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir aufgrund dieser Finanzsituation auch im Jahr 2012 in der Lage sind, mit 7,26 Milliarden Euro den höchsten Finanzausgleich an die Kommunen zu zahlen. Auch das ist in Deutschland einmalig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass wir mit dem Nachtragshaushalt für das Jahr 2012 die Leistungen für die Familien und für die Bildung massiv gesteigert haben. Kein Land kann vorweisen, dass ein Drittel des Gesamtetats in die Bildung fließt. Bei uns sind es zirka 17 Milliarden Euro. Auch das ist vorbildlich in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Natürlich darf auch ich um die Entlastung der Staatsregierung und um Zustimmung zum Antrag des Obersten Rechnungshofes bitten, der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen am 18. April 2012 behandelt und dem Landtag einstimmig zur Zustimmung empfohlen wurde. Dem Bayerischen Obersten Rechnungshof soll für das Haushaltsjahr 2009 gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung die Entlastung erteilt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war wichtig, auf die guten Daten des Freistaates Bayern hinzuweisen. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zu den Abstimmungen. Dazu trennen wir die beiden aufgerufenen Tagessordnungspunkte. Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Der Abstimmung liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der berichtigten Drucksache 16/12304 zugrunde. über die einzelnen Nummern stimmen wir nun getrennt ab.

Nach der Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2009 und des Jahresberichts 2011 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaats Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2009 Entlastung erteilt werden. Zu dieser Nummer 1 ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Diese namentliche Abstimmung findet jetzt statt.

Sie haben fünf Minuten Zeit für die namentliche Abstimmung. Sie beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 17.10 bis 17.15 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die namentliche Abstimmung. Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Die abgegebenen Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Ich gebe Ihnen anschließend das Abstimmungsergebnis bekannt. Ich bitte Sie nun, wieder Platz zu nehmen, denn wir beginnen jetzt mit einem längeren Abstimmungsmarathon. Bitte nehmen Sie deshalb wieder Platz.

Bevor ich die nächsten Punkte aufrufe, darf ich im Ehrengastbereich des Hohen Hauses eine Delegation des Kantonsrates St. Gallen unter Leitung seines Präsidenten Herrn Karl Güntzel begrüßen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich begrüße Sie und Ihre Generalkonsulin recht herzlich bei uns im Hause. Frau Präsidentin Stamm wird anschließend für Sie noch ein Essen geben. Ich hoffe, Sie nehmen gute Eindrücke vom Bayerischen Landtag mit zurück in die Schweiz.

Nach der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Artikel 114 Absatz 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend den Buchstaben a) bis m) eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und zu den Buchstaben a) bis i) sowie k) bis m) dem Landtag zu

berichten. Im Einzelnen verweise ich auf die dazu vorliegende berichtigte Drucksache 16/12304.

Ich lasse zunächst über die Buchstaben c), e) bis i), k) und l) einzeln abstimmen. Zu all diesen Buchstaben gibt es kein einstimmiges Ausschussvotum.

Wer dem Buchstaben c) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD der FREIEN WÄHLER und Frau Kollegin Dr. Pauli. Gegenstimmen bitte. - Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Wer dem Buchstaben e) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Wer enthält sich? - Das sind die FREIEN WÄHLER und Frau Kollegin Dr. Pauli. Dann ist das so beschlossen.

Wer dem Buchstaben f) zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die CSU und die FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Dann ist das trotzdem so beschlossen.

Wer dem Buchstaben g) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU und die FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Damit ist auch Buchstabe g) so beschlossen.

Wer dem Buchstaben h) zustimmen will, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. - Das sind die CSU und die FDP. Wer ist dagegen? -. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Damit ist auch der Buchstabe h) so beschlossen.

Wer dem Buchstaben i) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU und die FDP. Wer ist dagegen? -. Wer enthält sich? - Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Damit ist auch Buchstabe i) so beschlossen.

Wer dem Buchstaben k) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU, die FDP, die FREIEN WÄHLER die GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Buchstabe k) so beschlossen.

Wer dem Buchstaben l) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU, die FDP, die FREIEN WÄHLER und Frau Dr. Pauli. Wer ist dagegen? - Das sind die GRÜNEN. Wer enthält sich? -

Das ist die SPD. Damit ist auch der Buchstabe l) so beschlossen.

Nun lasse ich gemeinsam über die einstimmig beschlossenen Buchstaben a), b), d) j) und m) der Nummer 2 abstimmen. Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann hat das gesamte Hohe Haus zugestimmt. Damit ist das einstimmig so beschlossen. Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen ist damit in allen Punkten zugestimmt worden.

Nach der Nummer 3 der Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung festzustellen, dass die Voraussetzungen für die Bewilligung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Erwachsenenbildung in Höhe von einer Million Euro nicht gegeben waren. Wer der Nummer 3 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Gegenstimmen? Ist die CSU dagegen?

(Alexander König (CSU): Wir stimmen zu!)

Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Nummer 3 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses ebenfalls zugestimmt worden.

Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2009 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zur Nummer 1 des Antrags der Staatsregierung auf Entlastung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2009 auf Drucksache 16/6211 bekannt: Mit Ja haben 86, mit Nein 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Damit ist auch die Nummer 1 so beschlossen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich lasse jetzt über den Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2009 für den Einzelplan 11 auf Drucksache 16/8115 abstimmen. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof für das Haushaltsjahr 2009 die Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist mit Begeisterung das ge-

samte Hohe Haus. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit wurde dem Bayerischen Obersten Rechnungshof gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung ebenfalls die Entlastung erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. a. Anlage 3)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit übernimmt der Landtag einstimmig diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Lagerung von Brennstäben im
Brennelementelagerbecken Isar 1 (Drs. 16/11211)**

Ich eröffne hierzu die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Aiwanger. Ich erteile Ihnen gerne das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Umweltminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute mit einem Thema, das immer zwischen das Raster der Berichterstattung fällt und eher ein Thema für Insider ist, wie man so schön sagt. Es geht um die Forderung der FREIEN WÄHLER, alle bereits zwischenlagerfähigen Brennelemente aus dem Abklingbecken des Kraftwerks Isar 1 zu entnehmen und in das relativ sichere Zwischenlager Bella zu bringen. Wir sagen nicht, dass dieses Zwischenlager sicherer ist. Es ist aber zumindest sicherer als das Abklingbecken.

Wir haben rund 800 Brennstäbe, die bereits entsprechend lange im Abklingbecken lagen. Sie müssen dort teilweise mehrere Jahre abgekühlt werden, bis sie in einem Castor-Behälter zwischengelagert werden können. In einen Castor-Behälter passen 52 Stück dieser Brennelemente. Der Behälter kostet etwa 1,5 Millionen Euro. Er kann entweder mit der

Bahn transportiert oder in ein Zwischenlager gestellt werden. Dieses Behältnis wiegt etwa 120 Tonnen und besteht aus Gusseisen. Dort werden diese Brennelemente zwischengelagert.

Der Skandal besteht darin, dass wir momentan 800 dieser zwischenlagerfähigen Brennelemente in Abklingbecken zwischenlagern müssen, weil zu wenig Castor-Behälter zur Verfügung stehen. Unser Appell richtet sich deshalb an die Bayerische Staatsregierung und an das Umweltministerium, das auch für Reaktorsicherheit zuständig ist: Machen Sie den Behörden auf Bundesebene Dampf bei der Genehmigung eines neuen Castor-Behältertyps oder greifen Sie auf alternative Castoren zurück, die es in Frankreich oder in England gibt.

Momentan wird argumentiert, dass wir zwischenlagern müssen und dazu auch fähig wären, aber leider keine Castor-Behälter zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, hier richtet sich mein Vorwurf an das Bundesumweltministerium, an das bayerische Umweltministerium und an den Bundesminister für Strahlenschutz. Diese Herrschaften haben nicht mit Vorausschau gemerkt, dass so und so viele Brennelemente zwischenlagerfähig sind und dass sie rechtzeitig dafür sorgen müssen, dass Castoren zur Verfügung gestellt werden.

Jetzt besteht die perverse Situation, dass diese Brennelemente wie in Fukushima in Abklingbecken liegen und dort nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert sind. Wenn eine schwere Transportmaschine in dieses Abklingbecken fliegen würde, wäre zu erwarten, dass dieses Becken lecken würde, ähnlich wie in Fukushima. Sie kennen die Geschichte. Dort ist mit Meerwasser gekühlt worden. Das Wasser ist verdampft, eine Salzkruste blieb zurück. Es folgte der Supergau. Ähnliches ist in meinen Augen in der jetzigen Situation bei Isar 1 nicht ausgeschlossen. Deshalb fordere ich Sie auf, darauf zu drängen, dass die Castoren zur Verfügung gestellt werden.

Die Aussage, dass diese Castoren erst im Jahr 2014 zur Verfügung stehen, beruhigt mich nicht. Das ist mein jetziger Informationsstand. Herr Umweltminister, vielleicht können Sie uns nachher bessere Auskünfte geben. Derzeit fehlen die Castoren. Wir können das Zeug nicht ordnungsgemäß einlagern. Hier wurde nicht mit der nötigen Vorausschau gehandelt. Vielmehr wurde mit der Stange im Nebel gestochert.

Herr Umweltminister, Sie haben seinerzeit Ihre Berufung nicht abgelehnt. Wir haben Ihnen die Chance gelassen, sich zu bewähren. Diese Bewährungsfrist läuft aber langsam ab. Wir bitten Sie, bei diesem Thema endlich tätig zu werden und alles in Ihrer Kraft stehen-

de zu tun, um die Versäumnisse Ihrer Vorgänger aufzuarbeiten. Sie müssen schnellstmöglich diese Castoren organisieren, wie auch immer. Sonst wären wir in der prekären Situation, dass dieses große Risiko noch zwei Jahre lang unnötigerweise weiterbesteht. Von den rund 1.700 Brennelementen könnten bereits jetzt 800 etwas sicherer gelagert werden, wenn wir die dazu nötigen Castoren hätten. Meine Damen und Herren, das ist geradezu grotesk. Jeder Häuslebauer muss heute eine Mülltonne haben, wenn er Müll produziert. Er kann nicht einfach den Dreck auf die Straße schmeißen und sagen: Ich habe keine Mülltonne, es tut mir leid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier wurde es entweder durch Lobby-Einfluss oder durch Versagen schlichtweg versäumt, diese Entsorgung rechtzeitig zu organisieren. Herr Umweltminister, eines stört mich: Ich habe zwei Anfragen an das Umweltministerium gestellt. Im Januar fragte ich nach der Zahl der zwischenlagerfähigen Brennelemente. Damals hieß es nur, dass 1.200 drin seien, ohne Auskunft darüber, wie viele davon zwischenlagerfähig sind. Die Kernfrage wurde damit nicht beantwortet.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich bin sofort fertig.

Im April habe ich eine Anfrage gestellt, ob die Mauer um die Bella gebaut wird oder nicht. Darauf hieß es ganz lapidar: Nach Auskunft des Betreibers liegen noch keine Pläne und kein Zeitplan vor. Das kann so nicht sein. Sie müssen Herr der Lage sein. Sie müssen drängen und dürfen nicht einfach bloß nachfragen, ob es dem Betreiber beliebt, das zu tun. Jeder andere ist für eine ordnungsgemäße Entsorgung verantwortlich. Hier gilt das offensichtlich derzeit nicht. Hier müssen wir schnellstmöglich politisch handeln. Deshalb richten wir den Antrag an die Staatsregierung, dafür zu sorgen,

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Aiwanger!

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): dass schnellstmöglich eine ordnungsgemäße Einlagerung organisiert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Ich bitte die Rednerinnen und Redner, auf die Redezeit zu achten. Nächster ist Herr Kollege Blume. Ihm

folgt Kollege Wörner. Bitte schön, Herr Kollege Blume, Sie haben das Wort.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, es ist schade, dass Sie in diesem Hause nur laut brüllen, aber Ihre Rede weitgehend substanzlos daherkommt. Sie bezeichnen es als Skandal, dass keine Castor-Behälter vorhanden sind. Der eigentliche Skandal in diesem Hause liegt aber darin, dass Sie hier völlig faktenfrei unterwegs sind.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Ich bedauere es außerordentlich, dass Sie dem Kollegen Fahn nicht die Möglichkeit geben, hier zu reden. Wir haben uns mit ihm im Umweltausschuss in aller Breite und in der notwendigen Tiefe auseinandergesetzt und die verschiedenen Aspekte beleuchtet. Der Erkenntnisfortschritt, der beim Kollegen Fahn eingetreten ist, hätte auch Ihnen nicht geschadet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Kommen Sie zum Punkt und hören Sie mit den Beleidigungen auf! Warum sind die Castoren nicht da?)

Sie werfen ein Bedrohungsszenario an die Wand, das keinerlei Grundlage hat.

(Zurufe des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Sie sagen, das Nasslager wäre mit Fukushima vergleichbar. Sie wissen, dass das nicht der Fall ist. Ich würde Sie schon bitten, näher bei den Fakten zu bleiben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sind die sicher gegen Flugzeugabstürze, ja oder nein?)

Sie wissen auch, dass die Lagerung der abgebrannten Brennelemente im Abklingbecken sicherheitstechnisch geprüft wurde, dass sich die Reaktorsicherheitskommission damit in einer Sonderprüfung auseinandergesetzt hat und damit allen rechtlichen Anforderungen Genüge getan wurde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Unglaublich!)

- Herr Aiwanger, auch wenn Sie "unglaublich" sagen, müssen wir doch sorgfältig zwischen dem unterscheiden, was wünschenswert ist, und dem, was machbar ist. Wünschenswert ist selbstverständlich, dass alle abgebrannten Brennelemente so schnell wie möglich ins Zwischenlager kommen und dort in Castor-Behältern gelagert werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau das sagen wir!)

Wir haben allerdings die Sondersituation - die haben Sie in Ihrer Argumentation mit angesprochen -, dass die Zeitachsen durch die Energiewende und das Abschalten von Isar 1 zusammengeschoben wurden. Es ist doch unlauter, zuerst zu schreien: abschalten, schneller und noch schneller, und dann, wenn das geschehen ist, zu sagen: Warum hat man das nicht kommen sehen und hat nicht die entsprechenden Vorkehrungen getroffen?

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sind alte Brennelemente, die lagern da seit ein paar Jahren!)

Es gehört zur Ehrlichkeit in der Debatte, diesen Zweiklang zur Kenntnis zu nehmen.

Sie müssen einfach die Realität zur Kenntnis nehmen, und die Realität ist, dass es zurzeit in ganz Europa keine zugelassenen Castoren gibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Traurig genug!)

Lieber Herr Aiwanger, das ist keine Erfindung der Staatsregierung, sondern eine EU-Richtlinie. Es gibt nun einmal aktuell keine Castoren, die den neuen Anforderungen genügen würden. Deswegen ist es doch das Vernünftigste der Welt, dass die Brennelemente da, wo sie üblicherweise abklingen, auch liegen. Jeder kann sich dessen sicher sein, dass sowohl die Betreiber als auch die Bundes- und die Staatsregierung alles tun, damit die neuen Castoren schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden.

Wenn das Verfahren abgekürzt würde und die notwendigen Prüfungen bei der Bundesanstalt für Materialforschung nicht gemacht würden, wären Sie doch der Erste, der sagen würde: Da sind unzulässige Castoren im Umlauf. Zur Wahrheit gehört, dass die notwendigen Prüfungen und Verfahren abgewartet werden müssen und erst dann die Zwischenlagerung angegangen werden kann.

Herr Aiwanger, Sie spielen bei diesem ernstesten Thema einmal mehr mit den Ängsten der Menschen;

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und Sie mit Vertuschung, wie üblich!)

denn Sie wissen ganz genau, dass es keine Lösung gibt. Es war bezeichnend, dass im Ausschuss - lieber Herr Aiwanger, das haben Sie nicht mitbekommen - nicht einmal die Opposition Ihrem Antrag mit glühenden

dem Herzen gefolgt ist, weil man an dieser Stelle die Realität zur Kenntnis nehmen muss.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil die Castoren fehlen, weil Sie geschlafen haben!)

Sie können herumschreien, so viel Sie wollen, ich bleibe dabei: Sie spielen mit den Ängsten der Menschen und leisten damit keinen Beitrag zur Beschleunigung der Energiewende. Mit solchen Vorbringungen bewirken Sie nur das Gegenteil. So wird es am Ende nicht gelingen. In der Weise, wie Sie da unterwegs sind, werden Sie auch keinen politischen Geländegewinn erzielen, ganz im Gegenteil. Ihr Verhalten ist in höchstem Maße durchschaubar. Vor diesem Hintergrund werden wir Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen. Ich denke, das wird insgesamt von der Mehrheit hier im Hause so gesehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Blume. Nächster Redner ist Herr Wörner. Ihm folgt Herr Kollege Hartmann. Bitte schön, Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir werden uns wie im Ausschuss der Stimme enthalten, weil wir sehen, dass es im Moment keine Lösung gibt. Die Castoren sind nicht da, und wir können sie nicht aus dem Ärmel schütteln. Ich hätte die Brennelemente auch lieber woanders.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns aber eines vor Augen halten, und das müssen Sie sich heute anhören: Wenn Sie nicht die Wende zur Wende gemacht hätten, wenn wir daran nicht mitgewirkt hätten, dann wären Castoren da. Den Engpass, den Herr Kollege Blume zu Recht beschreibt, hätten wir heute nicht, wenn wir beim ersten Szenario, das von Rot-Grün eingeläutet wurde, dafür gesorgt hätten, dass die Castoren gebaut werden. Jeder hat sich aber darauf verlassen, dass Sie die Wende zur Wende politisch wieder hinbekommen. Das haben Sie auch fast geschafft, aber dann hat uns alle etwas anderes ereilt. Das ist das einzige Manko, das man Ihnen vorwerfen muss. Dafür sind Sie verantwortlich, und da lassen wir Sie nicht raus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, wir haben uns deshalb der Stimme enthalten, weil wir derzeit keine Lösung sehen. Ich kann nicht sagen, her mit den Castoren, auch wenn es Blechbüchsen sind; denn das nützt nichts. Wir werden warten müssen, bis die Castor-Behälter abgenommen sind. Ich würde mir allerdings

wünschen, dass der Druck aus der Staatsregierung so hoch wird, dass die Damen und Herren ein bisschen mehr Gas geben, als das offensichtlich im Moment der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Wörner. Nächster Redner ist Herr Kollege Hartmann, gefolgt von Herrn Thalhammer. Bitte, Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar dafür, dass die FREIEN WÄHLER diesen Antrag hochgezogen haben. Die Debatte im Umweltausschuss war schon deutlich von einer Unkenntnis des Themas geprägt. Es ist durchaus angemessen, das heute hier nochmals zu diskutieren.

Natürlich ist unumstritten, dass das Gefahrenpotenzial nach der Abschaltung von Isar 1 vor gut einem Jahr geringer ist als vor der Abschaltung. Eines ist auch richtig: dass die Gefahr durch das Abklingbecken nicht behoben ist. Jedem muss die Problematik des Abklingbeckens bewusst sein. Kollege Blume hat im Ausschuss etwas falsch dargestellt. Er hat dargestellt - ich erwähne das heute absichtlich, nachdem er gerade so über Kollegen Aiwanger hergezogen ist -, dass das Abklingbecken ebenso geschützt sei wie der Kern. Das ist definitiv nicht so; da ist ein gewaltiger Unterschied. Wir alle wissen, dass sich aktuell im Abklingbecken circa 800 Brennelemente befinden, die man verladen könnte. Diese Problematik ist auch nicht ganz neu.

Im Ausschuss wurde von den Kolleginnen und Kollegen immer wieder angeführt, dass das vor 30 oder 40 Jahren keinen interessiert hat. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, damals wurde der Müll nach Frankreich und England gefahren und kam in Castor-Behältern nach Gorleben zurück. Das Thema hat die Leute damals interessiert. Es war der Frage geschuldet, wohin mit dem Müll, wo kann er zwischengelagert werden, dass damals das Thema Wiederaufbereitungsanlage aktuell wurde. Jetzt schiebt man den Schwarzen Peter von einem zum anderen. Einmal ist die vorzeitige Abschaltung verantwortlich. Die 800 Brennelemente, die bereits abgeklungen sind, liegen schon länger im Abklingbecken und hätten schon längst verladen und im Standort zwischengelagert werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit fast zwei oder drei Jahren wird der Schwarze Peter vom Umweltministerium zum Betreiber geschoben. Der Betreiber schiebt ihn zur Firma GNS, welche

die Castoren herstellt. Die Firma GNS - Gesellschaft für Nuklear-Service mbH - ist zu 48 % im Besitz von Eon. Die übrigen Anteile halten die drei weiteren Kernkraftwerksbetreiber. Die Aussagen des Umweltministeriums beruhen auf dem, was der Betreiber sagt. Der holt sich die Informationen vom Hersteller, der aber im Besitz des Betreibers ist. Dass der Betreiber, also Eon im Falle von Isar 1, aktuell kein Interesse daran hat, Brennelemente zu verladen, liegt auch auf der Hand. Man kann zwei und zwei zusammenzählen. Das Brennelementelagerbecken verursacht Kosten. Was gekühlt werden muss, muss umgepumpt werden. Ein volles oder teilweise entleertes Brennelementelagerbecken verursacht die gleichen Kosten. Wenn bereits jetzt umgeladen wird und die Castoren besorgt werden, fallen schon heute zusätzliche Kosten an. Das ist skandalös. Für Eon geht Wirtschaftlichkeit vor Sicherheit. Das kann nicht sein. Vonseiten der Staatsregierung muss mehr Druck ausgeübt werden.

Ein Hersteller, der Kernkraftwerksbetreiber ist, will uns weismachen, dass er die Castoren nicht so schnell liefern kann. Das kann man nicht einfach so stehen lassen. Vielmehr muss man die Frage stellen: Warum wurden die neuen Behälter erst so spät beantragt? Warum erst im Jahre 2008? Warum wurden die Unterlagen für die Genehmigung, die vom Hersteller der Castoren-Behälter immer wieder nachgereicht werden sollten, nur stückchenweise nachgereicht? Warum hat sich das so lange hingezogen? Dahinter steckt doch ein System. Man wollte nicht so zügig fertig werden. Deshalb unterstützen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER, da die Staatsregierung einen größeren Druck auf Eon ausüben muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Thalhammer. Ihm folgt Herr Staatsminister Dr. Huber. Bitte schön.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kein einziges Kraftwerk hat ausschließlich Vorteile. Die Kernenergie hat den immensen Nachteil, dass der erzeugte Abfallstoff ganz besonders schwierig zu entsorgen und ganz besonders gefährlich ist. In einem einzigen Punkt bin ich mit Herrn Aiwanger einer Meinung: Dort muss gelten, was für jeden Hauslebauer, jeden Handwerker und jeden Mittelständler gilt. Um den Müll, den man selber verursacht, muss man sich auch selber kümmern. Das soll auch entsprechend für große Konzerne gelten.

Herr Kollege Wörner hat darauf verwiesen, dass wir durch die Wende von der Wende die Situation verschlimmert haben.

(Harald Güller (SPD): So ist es!)

Hat er damit recht?

(Inge Aures (SPD): Ja freilich!)

Durch die Verlängerung der Laufzeit des Kernkraftwerks Isar 1 sind neue Brennelemente eingesetzt worden, die aufgrund des Ausstiegs nicht aufgebraucht werden können. Aus diesem Grund ist noch ein größeres Gefahrenpotenzial vorhanden. Das hat er uns vorgeworfen - zu Recht. Herr Kollege Wörner, nehmen Sie mir es bitte nicht übel, wenn ich Ihnen vorwerfe, dass Sie das Problem mit den Abfallstoffen aus den Kernreaktoren auch jahrelang verschlafen haben. Rot-Grün hat damals beschlossen, aus der Kernenergie auszusteigen, und vergessen, sich um die Abfallstoffe zu kümmern. Ganz im Gegenteil: Es wurde sogar ein Moratorium eingeführt, dass man sich um eine Suche nach einer Endlagerstätte für diesen schmutzigen Abfall nicht weiter kümmern darf. Herr Kollege Wörner, das gehört auch zur Wahreitsuche. Ich bin sehr froh, dass der Bund dem Antrag von CSU und FDP aus Bayern gefolgt ist. Das Denkverbot zu Endlagerstätten für die abgebrannten Brennstäbe wurde endlich aufgehoben. Endlich suchen wir nach einer Lösung, mit der wir späteren Generationen sagen können: Wir leben nicht nur auf Kosten der kommenden Generationen.

(Beifall bei der FDP)

Das Anliegen der Kollegen der FREIEN WÄHLER ist nachvollziehbar. Wie andere Vorredner sage ich: Ja, wir würden das Problem gerne lösen. Im Moment geht es aber nicht. Wir können das Problem aus zwei Gründen nicht lösen. Die Castor-Behälter gibt es nicht. Der Vorwurf, die Bayerische Staatsregierung hätte etwas verschlafen, stimmt nicht. Der Betreiber hat bereits im Jahre 2008 die neuen Castor-Behälter bestellt. Das Genehmigungsverfahren ist jedoch noch immer nicht abgeschlossen. Das liegt unter anderem daran, dass jeder einzelne Castor-Behälter neu geprüft werden muss. Selbst wenn ein Castor-Behälter-Typ grünes Licht erhält, erhalten die Nachbauten nicht automatisch grünes Licht. Stattdessen wird jeder Castor-Behälter einzeln geprüft.

Es wäre wünschenswert, wenn es schneller gehen würde. Wir können nur appellieren, dass die Castoren schneller bereitgestellt werden. In einem Punkt bin ich mit den meisten hier im Hause einer Meinung. Es ist nicht sinnvoll, die abgebrannten Brennstäbe im Abklingbecken oder neben dem Kraftwerk zu lagern.

Selbstverständlich wäre ein Endlager besser. Dieses haben wir jedoch unter anderem wegen des Moratoriums, dem Denkverbot von Rot-Grün, nicht.

Folgendes ist falsch dargestellt worden: Im Abklingbecken, dem Nasslager, befinden sich derzeit 1.734 Elemente. Das ist die Zahl aus dem Ausschuss. Die habe ich nachgelesen. Das ist die aktuelle Situation. Herr Aiwanger, Ihre Darstellung kann man vor diesem Hintergrund bemängeln. Laut Ihrer Darstellung können die Brennelemente nach Abstellung von Isar 1 sofort alle im Untergrund verbuddelt werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die 800 abgeglühten!)

Ein Brennelement, das aus dem Reaktorkern kommt, muss auf alle Fälle fünf Jahre lang in diesem Nasslager zwischengelagert werden, damit es überhaupt transportfähig ist. Das gehört zur Wahrheit.

Summa summarum: Liebend gerne würde ich Ihren Antrag unterstützen und sagen: Jawohl, endlich weg und endlich endlagern. Im Moment geht es jedoch nicht. Deswegen müssen wir die Realität anerkennen und Ihren Antrag leider ablehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Sie haben sicher gemerkt, dass es eine Zwischenbemerkung von Herrn Aiwanger gibt.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Thalhammer, mit Ihrer letzten Aussage haben Sie sich und Herrn Blume selbst enttarnt. Gerade haben Sie gesagt, diese Brennelemente müssten fünf Jahre im Abklingbecken liegen, bis sie überhaupt zwischenlagerfähig sind. Das bedeutet, die 800 zwischenlagerfähigen Brennelemente stammen aus den Jahren 2007 und 2008. Das ist deutlich vor dem Atomausstieg. Die Brennelemente hätten ohnehin in Castoren transportiert werden müssen, egal, ob wir aussteigen oder nicht. Selbst wenn die Atomausstiegspläne nicht durchgesetzt worden wären, wären wir derzeit nicht in der Lage, ordnungsgemäß zwischenzulagern. Damit sind es Lügen, die Sie vorher verbreitet haben. Sie haben gesagt: Wir sind durch den Ausstieg vom Ausstieg überrumpelt worden. So hat es auch Herr Blume dargestellt. Durch den Unfall in Fukushima ist die Öffentlichkeit auf diesen Zustand erst aufmerksam geworden. Ansonsten war es offensichtlich gute fachliche Praxis, Kosten einzusparen und das Zeug relativ unsicher im Abklingbecken rumgammeln zu lassen. Die Castoren hätte man so oder so nicht gehabt. Stimmen Sie mir zu?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Lieber Herr Kollege Aiwanger, Ihre Aussage steht nicht im Widerspruch zu meinen Aussagen. Ich habe gesagt, dass durch die Laufzeitverlängerung neue Brennelemente in den Reaktorkern eingesetzt worden sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es geht aber um die alten!)

- Lassen Sie mich bitte ausreden. Das gehört zur Wahrheit dazu. Die Brennelemente befinden sich jetzt im Nassbecken. Demzufolge ist die Anzahl so hoch.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Zahl interessiert uns nicht! Uns interessieren die 800 alten Brennelemente!)

- Mich interessieren auch die neuen Brennelemente. Sie interessieren nur die 800 alten Brennelemente. Wir von der FDP versuchen, uns den Problemen ganzheitlich zu widmen.

(Beifall bei der FDP)

Im Hinblick auf die 800 alten Brennelemente haben Sie recht. Ich sage Ihnen auch, warum Sie recht haben. Ich sage Ihnen ebenfalls, warum es völlig egal ist, ob eine politische Energiewende beschlossen worden ist oder nicht. Selbst wenn Rot-Grün an der Regierung wäre, gäbe es keine Castoren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist mein Vorwurf! Die Behörden haben geschlafen!)

Die Brennelemente sind nicht transportfähig. Im Jahre 2008 wurden neue Castor-Behälter beantragt, die jedoch noch nicht zur Verfügung stehen. Der Herr Umweltminister wird gleich bestätigen, dass wir die 800 alten Brennelemente bereits gerne im Endlager hätten. Wir haben zwei Probleme: Es stehen keine Castoren zur Verfügung. Außerdem haben wir immer noch kein Endlager, weil Rot-Grün damals gesagt hat: Wir wollen uns nicht weiter auf Endlagersuche begeben. Rot-Grün hat mit dem Moratorium ein Denkverbot erlassen. Das hat Schwarz-Gelb endlich geheilt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Maria Scharfberg (GRÜNE): Das stimmt gar nicht!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich übergebe das Wort Herrn Staatsminister Dr. Huber.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen

und Kollegen! Ich glaube, es wäre ganz gut, ein bisschen die Luft aus dem Ganzen zu nehmen. Ich glaube, wir wären auch relativ schnell fertig. Herr Aiwanger, die Forderung, dass wir uns darum bemühen, dies so schnell wie möglich in die Zwischenlager zu überführen, teilen wir.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Selbst wenn Blume sagt, das Abklingbecken sei auch in Ordnung?)

- Dazu komme ich gleich. Ich habe nicht gemeint, dass wir darüber nicht reden müssen.

Herr Aiwanger, eines muss ich Ihnen schon sagen: Eine Hysterie aufzubauen, das Nasslager im Reaktorgebäude sei unsicher und direkt mit Fukushima zu vergleichen, ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist fachlich nicht in Ordnung und es dient auch nicht der Bevölkerung, wenn Sie versuchen, die Dinge schlechtzureden. Auch Sie müssen sich an feststehende Regeln halten und diese Regeln lauten, dass es deutsche Sicherheitsanforderungen an Reaktorgebäude gibt. Diese werden regelmäßig überprüft. Dies gilt auch für die Reaktorsicherheitskommission. Aber das sind ja nicht irgendwelche Leute, die irgendwas erzählen, wie Herr Aiwanger es darstellt. Das Reaktorgebäude ist sicherheitstechnisch genehmigt und erfüllt alle atomrechtlichen Anforderungen. Das Abklingbecken innerhalb des Reaktorgebäudes ist etwas, das im normalen Betrieb üblich ist. Es besteht im Augenblick keine Notwendigkeit, sich derartig zu echauffieren. Die Angelegenheiten sind rechtlich klar geregelt. An einer Stelle muss man etwas sauber auseinanderhalten - die Diskussion hat es gezeigt -: Etwas, das eigentlich mit der Wende nichts zu tun hat.

Der Umstand, auf den Sie hauptsächlich fokussieren, ist ein Umstand, den ich teile. Die Beschaffung der Castoren hätte zu einem Zeitpunkt erfolgen sollen, zu dem absehbar war, dass diese 800 Brennstäbe für das Zwischenlager bereit sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Genau das sagen wir!)

Jetzt aber etwas daraus zu konstruieren, ist für mich eine Verschwörungstheorie; das gilt auch in Bezug auf Herrn Hartmann. Ein Betreiber eines Kernkraftwerks hat ein großes Interesse daran, umlagerbare Brennstäbe möglichst schnell aus dem Nasslager in einen Castor zu verbringen, weil das für ihn billiger ist. Im Castor müssen sie nicht gekühlt werden, brauchen keinen Kühlkreislauf. Sie machen es deshalb nicht - Sie haben es heute schon mehrfach gehört -, weil

diese Castoren noch nicht zur Verfügung stehen. Es hat eine Änderung bei der Genehmigung gegeben. Die BAM - die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung - würde ich nicht zu umgehen versuchen. Ich bin der Meinung: Wir wollen die Castoren, die für einen großen Teil der Sicherheit im Zwischenlager stehen, und wir wollen, dass sie den höchsten Sicherheitsstandard nach deutschem Recht erfüllen. Diesen zum Beispiel durch Ankauf französischer Modelle zu umgehen oder Druck auf die BAM auszuüben, die Genehmigung schneller zu erteilen, führt uns nicht zum Ziel.

Wir haben eine rechtlich saubere Situation. Wir versuchen, diese Castoren so schnell wie möglich zu bekommen. Wir müssen damit rechnen, dass das noch zwei Jahre dauern wird. Ich warne davor, bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, die Lagerung im Reaktorgebäude, im Abklingbecken und im Nasslager sei unsicher. Wir sind im Augenblick, so wie sich die Dinge entwickeln, in einer besseren Situation, als dies ohne Wende der Fall wäre. Bei einem Fortfahren der Kernkraftnutzung, so, wie es ursprünglich gedacht war, wäre der einzige Unterschied zu heute, dass der Reaktor in Betrieb wäre. Auch bei einer Revision ist das Nasslager voll und es besteht genau die gleiche Situation wie heute. Man hätte auch kein Theater angezettelt, dass das Nasslager eine große Bedrohung sei. Lassen wir also die Kirche im Dorf und versuchen, möglichst schnell die Zwischenlagerung in den vorgesehenen Castoren vorzunehmen. Nachdem uns der von Ihnen gestellte Antrag aber nicht weiterbringt, empfehle ich, diesen abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte noch einen Moment da. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ich habe drei Anmerkungen: Sie haben vorhin in Richtung der Kollegen der FREIEN WÄHLER gesagt, der Vergleich zu Fukushima hinke. Dieser Vergleich hinkt sicher zum Teil, aber er hinkt nicht hinsichtlich aller Aspekte, wie zum Beispiel beim Abklingbecken. Das Nasslager ist bei Isar 1 außerhalb des Sicherheitsbehälters, was bei anderen Kernkraftwerken so in der Regel nicht der Fall ist. Ich will das deutlich unterstreichen.

Sie haben des Weiteren das Argument der Kosten in den Vordergrund gestellt. Man kann dieses Argument umdrehen. Wenn der Betreiber ein Interesse daran hat, das Problem möglichst wirtschaftlich zu lösen, dann ist zu beachten: Ein Nasslager muss laufend gekühlt und gewartet werden, bis das letzte Brennele-

ment - die Neuesten sind erst vor Kurzem in das Nasslager gekommen - umgeladen wird, was frühestens in fünf Jahren der Fall ist. Wenn man den wirtschaftlichen Aspekt sieht, wird der Betreiber warten, bis er das Lager komplett leeren kann, weil er dann keine Castoren und auch das Umladen nicht vorher bezahlen muss sowie sich die Kosten im Zwischenlager erspart. Das Nasslager verursacht weiterhin Kosten, bis das letzte Brennelement entfernt ist.

Der dritte Aspekt, der nach meiner Auffassung völlig falsch ist: Es wird gesagt, bei einer Revision sei das Lager komplett voll. Nach meiner Auffassung bedeutet das, dass man den kompletten Kern bei einem Notfall in das Nasslager bringt. Bei einer Revision wird meist nur ein Drittel der Brennelemente ausgetauscht; es wird nicht immer komplett ausgetauscht. Dass man jetzt das Nasslager voller fahren kann als während des Betriebs ist auch klar, weil die Notwendigkeit, eine komplette Kernladung von circa 500 Brennelementen komplett parken zu können, nicht mehr vorliegt. Das heißt, das Lager ist voller, als es früher war, und dadurch ist das Risiko größer, weil mehr Brennstäbe im gleichen Raum gelagert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Viel gibt es nicht zu ergänzen. Das Verdachtsmoment, dass die Betreiber aus wirtschaftlichen Gründen diese Lösung bevorzugten, sehe ich nicht. Wenn ich Betreiber wäre, würde ich es anders machen. Ich kann Ihnen das aber nicht beweisen.

Das mit der Befüllung des Nasslagers ist im Prinzip so, wie Sie sagen. Es ändert aber nichts an der Situation. Ein Nasslager ist von der Sicherheit her so ausgelegt, dass nach den derzeitigen Statuten eine von außen einwirkende Kraft abgehalten werden muss. Wenn Sie diese Statuten, diese Sicherheitsprinzipien, angreifen, greifen Sie im Grunde genommen eine Regel an, die bisher nicht in Frage gestellt worden ist. Wir sollten für die zwei verbleibenden Jahre, bis die Castoren vorhanden sind, nicht anfangen, erhöhte Sicherheitsanforderungen an die Hülle von Reaktoren zu stellen. Ich denke, das bringt uns nicht weiter und wir sollten schauen, die Elemente so schnell wie möglich in das Zwischenlager zu bringen und die Menschen nicht künstlich in Unruhe zu versetzen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Kollege Aiwanger, die nächste Zwischenbemerkung.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Minister Huber, Sie sagen, wir sollten schauen, die Elemente möglichst schnell in das Zwischenlager zu bringen. Warum ist das denn nötig, wenn sie im Abklingbecken so sicher sind? Sie haben vorhin gesagt, Sie sähen keine größeren Defizite und wir würden Panik verbreiten. Ich werfe Ihnen im Gegenzug vor, Sie wollen die Situation vertuschen. Sie können doch zugeben, dass das Zeug möglicherweise nicht rechtzeitig geliefert worden ist.

Ich frage ganz konkret: Sehen Sie das Abklingbecken als geeignet an, einen Absturz eines großen Passagierflugzeuges auszuhalten und - zweite Frage -: Wird die zweite Mauer um das Zwischenlager in Form einer 85 Zentimeter dicken Betonwand gebaut? Ja oder nein? Warum würde man über diesen Bau diskutieren, wenn er überflüssig wäre? Also: Hält das Abklingbecken den Absturz eines Passagierflugzeuges aus? Ja oder nein? Zweite Frage: Wann wird die Mauer mit einem Umfang von 85 Zentimeter um das Bella gebaut oder braucht es das gar nicht, weil ohnehin alles sicher ist?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Die Regeln für die Sicherheitsanforderungen für Reaktorgebäude sind bundesweit identisch. Diese werden eingehalten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hält es das aus oder nicht?)

Es hat eine Veränderung in Bezug auf den Maschinenpark der Fliegerei gegeben. Die modernen Maschinen sind größer als die bisher eingesetzten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also hält es das nicht aus?)

Auch aus diesem Grund hat sich die Bayerische Staatsregierung entschlossen, aus der Kernkraftnutzung auszusteigen.

Es gibt eine Stufung in der Lagerung. Ziel ist, dass die nicht mehr benötigten Brennstäbe in das Zwischenlager gelangen. Dazu sind allerdings geeignete Castoren nötig.

Vor der Zwischenlagerung bedarf es aus technischen Gründen der Lagerung im Abklingbecken. Das einzige, worüber Sie sich jetzt ärgern können - ich kann mich gleich ein bisschen mitärgern -, ist der Umstand, dass für die 800 Brennstäbe noch keine Castoren zur Verfügung stehen. Daraus müssen wir aber kein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung konstruieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): "Müssen"?)

- Es ist Ihr Bestreben, die Situation in der Bevölkerung möglichst dramatisch darzustellen. Bei Ihnen kommt immer noch ein "könnte" oder ein "vielleicht" hinzu.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei Atom musst du das machen!)

- Deswegen läuft diese Debatte, und deswegen steigen wir aus der Kernkraftnutzung aus.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und die zweite Mauer?)

Zur zweiten Mauer: Die im Bund zuständige Stelle ist zu der Bewertung gekommen, dass es nach heutigen Erkenntnissen empfehlenswert sei - ich betone: nicht aus akuten Gründen, etwa weil momentan eine besondere Gefährdungssituation bestünde -, um das Zwischenlager entsprechende Mauern zu errichten.

Das eilt nicht; die Betreiber können das nach und nach machen. In Gundremmingen ist man schon im Planungsverfahren. Das wird auch hier geschehen, aber ohne zeitlichen Druck; denn es gibt keine akute Gefährdungssituation.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Gesundheit empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer entgegen diesem Votum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion der GRÜNEN. Gegenstimmen? - Die Fraktion der CSU und die Fraktion der FDP. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion der SPD. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Eingabe
betreffend Beschwerde über den geplanten
Ausbau des Beschneigungssystems am Sudelfeld
mit Errichtung eines Speichersees (WI.0358.16)**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat sich mit der Eingabe in seiner Sitzung am 19. April 2012 befasst. Er hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung der Staatsregierung als Material zu überweisen. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2

des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Dazu erfolgt jetzt die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Erster Redner ist Kollege Hartmann. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Eingabe kommt federführend vom Bund Naturschutz in Bayern und wird vom CIPRA, vom Deutschen Alpenverein, von der Gesellschaft für ökologische Forschung, von den Naturfreunden und vom Verein zum Schutz der Bergwelt e. V. unterstützt.

Da sehr mitgliederstarke Vereine wie der Deutsche Alpenverein und der Bund Naturschutz hinter dieser Eingabe stehen, sehen wir es durchaus als angemessen an, über diese Eingabe noch einmal im Plenum zu debattieren und hier einen entsprechenden Beschluss zu fassen, da wir mit dem Votum des Ausschusses nicht einverstanden sind.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Petenten haben zwei Forderungen an die Staatsregierung: Zum einen soll sie geeignete Maßnahmen ergreifen, um auf eine Einstellung der laufenden Planungen zum Ausbau der Beschneigung am Sudelfeld hinzuwirken und somit Eingriffe in Natur und Landschaftsbild zu verhindern. Zum anderen fordern die Petenten, keine staatlichen Gelder für den Ausbau der Beschneigungsanlagen am Sudelfeld zur Verfügung zu stellen.

Über das Thema "Schneekanonen in Bayern" ist im Hohen Hause schon oft, auch in den Ausschüssen, debattiert worden. Das Sudelfeld ist bekanntlich relativ niedrig gelegen; wir reden von Höhen von 860 bis 1.500 Metern über dem Meeresspiegel. Der Klimawandel findet bereits statt, und die Klimaprognosen sind bekannt. Wir wissen, dass es im Bereich der Alpen zu einer überdurchschnittlichen Erwärmung kommt; in einigen Studien wird vom Dreifachen des weltweiten Durchschnitts gesprochen. Angesichts all dessen ist ganz klar: Auf diesen niedrigen Höhen hat Skitourismus keine Zukunft mehr. Dafür dürfen wir keine Steuergelder mehr investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Investitionsvorhaben des Liftbetreibers ist massiv; die Rede ist von 45 Millionen Euro Gesamtinvestitionssumme. 15 Millionen Euro Steuergelder sollen dafür bereitgestellt werden. Für uns gibt es zwei Gründe, die deutlich gegen dieses Vorhaben und für die Berücksichtigung der Petition sprechen:

Erstens. Es ist unumstritten, dass die Tourismusregionen im Alpenbereich Unterstützung brauchen. Sie dürfen mit den Folgen des Klimawandels nicht allein gelassen werden. Es bedarf einer Änderung des Tourismuskonzeptes und der Angebote. Es wäre ein katastrophales Zeichen, jetzt noch allein auf Wintersport zu setzen und dafür sozusagen als lebensverlängernde Maßnahme 15 Millionen Euro Zuschuss zu geben. Das Geld, das dort in die Beschneigung investiert wird, um das Skifahren für ein paar Jahre am Leben zu erhalten, fehlt uns nachher für die Umsetzung von Konzepten für einen nachhaltigen Tourismus.

Zweitens. Es ist unumstritten, dass die Zukunft im Sommertourismus liegt, das heißt, nicht mehr in einer Jahreszeit, sondern in drei Jahreszeiten: Frühjahr, Sommer, Herbst. Die Touristen, die in diesen Jahreszeiten in diese Gegend kommen, möchten nicht über Almwiesen gehen, die bis zum letzten Winkel erschlossen sind, und auf denen im Sommer Schneekanonen bzw. Schneelanzen stehen. Man kann nach Garmisch-Partenkirchen fahren und sich das ansehen. Dort wurde immer gesagt, die Schneekanonen würden abgebaut. Die Lanzen stehen dort aber im Sommer. Die Gestelle für die Schneekanonen sind fünf, sechs Meter hoch und werden in der Landschaft quasi zwischengeparkt. Die Kühlgeräte in der weiten Fläche sind genauso zu sehen.

Für uns ist klar: Es ist falsch, in diese Richtung zu gehen. Insoweit bin ich sogar auf der Seite des Umweltministers. Ich fand es ziemlich erstaunlich, als ich in dem von Ihnen kürzlich vorgestellten Leitfaden zu den Folgen des Klimawandels für Verkehr und Tourismus gelesen habe, "Skifahren werde teurer und etablierte Markenbegriffe wie ‚Schneebayern‘ werde es nicht mehr geben." Klar ist: Wir brauchen ein neues Konzept. Die Modelle von vorgestern funktionieren nicht mehr.

In einem SZ-Bericht sind Sie, Herr Umweltminister, sehr deutlich geworden - so habe ich es zumindest der "Süddeutschen Zeitung" entnommen; Sie können heute Stellung dazu nehmen, ob Sie das anders sehen -: Sie gehen auf Distanz zu den millionenschweren Förderprogrammen des Freistaates zum Ausbau von Skigebieten. Sie sagen, man müsse hinter Projekte wie das am Sudelfeld ein Fragezeichen setzen. Ich weiß nicht, wie konkret Sie das gemeint haben; aber Sie können dazu heute Stellung nehmen.

Für uns ist ganz klar: Geld, das in die Beschneigungsanlagen fließt, fehlt in anderen Bereichen der Tourismusförderung, wo man es dringender benötigt. Man tut weder den Gemeinden noch den Investoren etwas Gutes, wenn man jetzt Fördergelder in Aussicht stellt, die viel privates Kapital binden, das in anderen Berei-

chen nicht mehr investiert werden kann. Wir müssen in der Tourismusförderung endlich zu einem Umdenken kommen: Weg von den Schneekanonen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Hartmann. - Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Ihnen bekannt geben, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zu dieser Eingabe beantragt hat; diese kann frühestens in 15 Minuten stattfinden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir wollten euch die Zeit sparen!)

Bitte schön, Herr Kollege Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hartmann, Sie haben zwar richtigerweise auf die Mitgliederstärke der Petenten hingewiesen; aber ich bin überzeugt davon, dass die meisten Mitglieder von dieser Petition keine Ahnung haben und dass sie auch gern auf beschneiten Pisten skifahren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Liftanlagen am Sudelfeld sind total veraltet. Wir haben im Wirtschaftsausschuss übrigens nicht nur die Petition behandelt, sondern auch ein Expertengespräch dazu geführt. Dabei ist klargestellt worden, dass die Anlagen teilweise über 50 Jahre alt sind und dringend erneuert werden müssen. Von daher haben wir aus gutem Grund vor drei Jahren ein staatliches Förderprogramm zur Förderung von Seilbahnen und Nebenanlagen aufgelegt. Wir müssen unsere Tourismusorte entlang des Alpenhauptkammes entsprechend stärken, damit sie der ausländischen Konkurrenz standhalten können; diese wird übrigens weit mehr gefördert, als es bei uns der Fall ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Gemeinde und die Liftgesellschaft bekommen ja nicht 100 % gefördert, sondern müssen den ganz überwiegenden Teil der Kosten selber tragen. Von daher können wir schon davon ausgehen, dass sie sich das gut überlegt haben. Bevor das ordnungsgemäße Verfahren überhaupt gelaufen ist, brauchen wir nicht irgendwelche besserwisserischen Verbände, die sagen: Die Investition wird in den Sand gesetzt, und infolge des Klimawandels hat das alles keinen Wert mehr. Der von Ihnen hier eingeladene Experte, Professor Thomas Bausch, hat eingeräumt, dass er für die nächsten 15 Jahre in diesen Höhenlagen durchaus noch Schneesicherheit sieht, sodass es aus sei-

ner Sicht auch sinnvoll ist. Nach 15 Jahren sind diese Anlagen dann ohnehin abgeschrieben und wären wiederum erneuerungsbedürftig.

Im Moment brauchen der Wintertourismus, aber natürlich auch der Sommertourismus in den bayerischen Alpen entsprechende Bergbahnen, weil der Tourist das einfach erwartet. Sie sind notwendig, damit auch die Arbeitsplätze gesichert werden und Talabfahrten möglich sind, was für Familien und auch für ältere Skifahrer ungeheuer wichtig ist.

Es wird immer auf den Energieverbrauch der entsprechenden Anlagen hingewiesen. Energie wird auch dann verbraucht, wenn die Skifahrer, die ansonsten in den bayerischen Alpen zum Skifahren gehen würden, sich woanders, nach Österreich, nach Südtirol oder in die Schweiz orientieren, mit wesentlichen längeren Fahrten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme aus einem Stimmkreis, wo in den vergangenen Jahren eine Reihe von Beschneiungsanlagen gebaut wurde. Die dortigen Touristiker haben hervorragende Erfahrungen damit gemacht. Ein Bürgermeister hat dies ausdrücklich klargelegt. Kommen Sie doch einmal dort hin. Reden Sie mit den Bauern und mit den Senälplern und schauen sich die Grasnarbe an, wie sie auf einem Hang, der beschneit wurde, ausschaut. Dort wird dann Ski gefahren, wenn eine entsprechende Schneeeauflage da ist, die das Gras und die Piste schon. Auch das ist für die Umwelt so in Ordnung.

Im Übrigen wird ab einer Temperatur von minus vier Grad beschneit. Das soll ja einen Wert haben und der Schnee soll dann auch bleiben. So kann die Zahl der Tage, an denen Ski gefahren wird, in etwa verdoppelt werden. Bürgermeister Ried von Ofterschwang hat berichtet, dass mit Beschneigung 130, ansonsten 60 bis 70 Schneetage gewesen seien.

Das konkrete Vorhaben wird von den zuständigen Behörden geprüft werden. Dort werden selbstverständlich auch die Argumente, die die Petenten einbringen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

entsprechend gewichtet werden. In diesem Genehmigungsverfahren werden alle Belange des Wasser-, Natur- und Umweltschutzes geprüft und berücksichtigt werden. Hier sollte sich der Landtag nicht bereits im Vorfeld einmischen,

(Ludwig Wörner (SPD): Ja, wo denn?)

sondern es ist Sache der Genehmigungsbehörden, sich im rechtsstaatlichen Verfahren entsprechend darum zu kümmern. Das wird auch geschehen.

Das ist der Grund, warum die Ausschussmehrheit für die Überweisung als Material plädiert hat, und dafür bin ich auch bei der Debatte im Plenum.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Alexander König (CSU): So machen wir es!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich festhalten, Herr Kollege Rotter, dass für Sie Verbände wie der Alpenverein oder der Bund Naturschutz Besserwisser sind. Das muss man denen einmal mitteilen, denn es soll schon klar sein, was los ist auf dieser Welt und wie Sie diese Verbände beurteilen.

(Klaus Stöttner (CSU): Einzelmeinung!)

Punkt 2: Schade, dass Herr Staatssekretär Pschierer jetzt nicht da ist, denn er hat das Ganze ausgelöst. Als die letzte Änderung des LEP verabschiedet wurde, wurde die Erweiterung von Beschneiungsflächen debattiert. Früher durften nur Hänge und Kanten beschneit werden, also exponierte Stellen, und diese waren von der Größe her ganz klar definiert. Dann hat man gesagt: Das reicht nicht aus, wir wollen größer werden. Dann hat man sich bei den Beratungen zum LEP darauf eingelassen, diese Flächen zu vergrößern, allerdings mit der Maßgabe, dass dafür keine Steuergelder fließen. Das können Sie im Protokoll nachlesen.

(Klaus Stöttner (CSU): Nein, das stimmt nicht!)

- Da waren Sie noch gar nicht dabei. Davon haben Sie keine Ahnung. Reden Sie nicht von etwas, was Sie nicht wissen.

(Zuruf von der CSU: Alter ist kein Verdienst, Herr Kollege!)

Zu Ihnen komme ich noch.

Als Zweites muss ich feststellen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn die Berechnungen stimmen - und wir haben es gerade noch einmal nachgerechnet, weil wir selber erschrocken sind, wie viel Energie wir brauchen, um die Beschneigung hinzubekommen -, sind das zwei Millionen Kilowattstunden.

(Klaus Stöttner (CSU): Auch eine Lüge! Sie haben die aktuelle Berechnung noch nicht!)

- Wer sagt denn das? Rechnen Sie es doch nach, dann kommen Sie drauf.

Wenn Sie diese zwei Millionen Kilowattstunden zugrunde legen - da unterstellen Sie im Übrigen jetzt wieder dem BN eine Lüge, das muss man dem BN mitteilen -, dann wollen wir Folgendes festhalten: Da sitzt einer in der Energiekommission, der immer übers Sparen redet. Jetzt lacht er zwar, aber das wird ihm gleich vergehen. Wenn Sie den Strom mit Windrädern erzeugen - die bauen wir dann alle da hin -, dann schreien Sie auch wieder. Das wären nämlich 700 Windräder à drei Megawatt, die Sie brauchen, um die Energie zu erzeugen, die Sie dort in einem Winter verblasen. Dann stellen Sie aber auch die Windräder dazu und dann möchte ich die Menschen hören, die dort leben. Sonst verblasen Sie die Energie, die wir versuchen, in der Energiekommission und bei vielem anderen zu sparen. Wir werben für Energiesparen, Sie blasen Sie an einer Stelle zum Fenster hinaus. Das kann es wohl nicht sein, noch dazu staatlich subventioniert, was eigentlich anders vereinbart war. Daran möchte ich erinnern.

Wenn Sie heute über diese schöne Heimat reden, dann darf ich Sie daran erinnern: Sie wollen da drunten 17 Kilometer umpflügen und 17 Kilometer Leitungen verbauen. 17 Kilometer müssen Sie umpflügen, um die Leitungen hineinzubekommen.

(Klaus Stöttner (CSU): Haben Sie schon einmal Leitungen verlegt?)

- Ja, selbstverständlich. Sie brauchen nur anzuschauen, wie das woanders ist.

(Klaus Stöttner (CSU): Sie waren ja nicht dort!)

Wissen Sie, ich beschäftige mich mit solchen Themen, indem ich mir etwas ansehe.

Das Dritte ist: Blaualgen sollen in solchen Seen auch ganz schön blühen. Da wünsche ich Ihnen viel Spaß, wenn Sie sie dort haben.

Wir sagen: Das ist Unfug, menschlich herbeigeführter Klimawandel. Den bekämpfen Sie jetzt mit Technik. Diese Technik hat keine Zukunft, sondern das ist Geldverschleuderung ohne Ende.

Hören Sie mir mit den Familien auf. Mit demselben Argument kann man viele andere Dinge auch machen. Mir wäre es viel lieber, Herr Kreidl, der das Ganze betreibt, würde endlich einmal in einen vernünftigen Tourismus investieren, der die nächsten 50 Jahre überlebt, und nicht den Käse machen, den er jetzt macht.

Am Ende komme ich noch zu einem besonderen Schmankerl, meine Damen und Herren. Da gab es bei der Regierung von Oberbayern den Antrag, ein-

mal festzustellen, wo denn die Karten geblieben sind, aus denen ersichtlich ist, was dort oben Landschaftsschutzgebiet ist und was nicht. Da gab es eine sogenannte Gebietsreform zwischen Rosenheim und Miesbach, und jetzt sind diese Karten nicht da. In welchem Saustall leben wir denn eigentlich in einem Landkreis, wo es keine Karten mehr gibt, in denen solche Gebiete definiert sind? Oder sind die Karten jetzt bloß deshalb nicht da, weil das Verfahren gerade läuft? Der Verdacht liegt nahe.

Meine Damen und Herren, da kriegen Sie keine Ruhe. Sie können nicht Landkarten einfach nicht herausrücken. Ich sage, die wurden nicht herausgerückt, denn das gibt es nicht, dass keine Landschaftsschutzgebietenkarten da sind, indem man Regionen einfach verändert und dann ein Loch entstehen lässt. In dieses Loch passt dann, wie es der Teufel will, gerade dieser See hinein.

Meine Damen und Herren, wenn es wo stinkt, dann hier, und zwar gewaltig. Deswegen fordern wir weiterhin Berücksichtigung. Wir glauben, damit werden wir der Natur in Bayern, den Aussagen eines Herrn Pschierer, keine Steuergelder dafür zu verwenden, und Ihren Aussagen, Heimat und Natur in ihrer Schönheit zu erhalten, gerecht. Ich bitte Sie, dabei zu helfen und nicht immer Wind zu machen und, wenn es darauf ankommt, genau das Gegenteil zu tun. Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Wörner, wenn es um diese Maßnahmen geht, die Sie beschrieben haben, darf ich daran erinnern, dass wir bei allen Eingriffen in Natur und Landschaft Regelwerke haben - Naturschutzrecht, Wasserrecht -, die durchaus strenge Anforderungen haben und einen strengen Blick auf die Frage werfen, was mit diesen Eingriffen verbunden ist, wie sie möglichst minimiert werden können und wo und wie ein Ausgleich erreicht werden kann. Im Bereich des Wasserrechts ist das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere bei der Ausgestaltung eines ausgewogenen Wasserhaushalts und auch eines ausgewogenen Naturhaushalts, immer und in allen Fällen vorausgesetzt, um einen solchen Eingriff überhaupt zu erlauben. Wir reden in dem gesamten Zusammenhang und in allen Fällen immer nur von den Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit. Das muss man sich bei all diesen Debatten in Erinnerung rufen.

Aus diesem Grund ist der erste Teil der Eingabe, wo die Staatsregierung aufgefordert werden soll, geeignete Maßnahmen zur Einstellung dieser Planungen zu ergreifen, nach unserer Überzeugung nicht gerechtfertigt. Hier haben sich eine Region und ein betriebswirtschaftlich-unternehmerisch denkender Zusammenschluss dafür entschieden, im Bereich des Sudelfeldes Erneuerungen vorzunehmen, nicht nur was die Liftanlagen und die Beschneigung angeht, sondern auch was einen Schritt in eine Regionalentwicklung und in eine Modernisierung betrifft. Dabei gilt es, nicht nur Frühjahr, Sommer und Herbst in Augenschein zu nehmen, sondern auch die vierte Jahreszeit einzubeziehen. Das ist unternehmerisches Denken.

Selbst wenn eine staatliche Förderung gewährt werden kann und soll, müssen wir daran denken, dass die Hauptverantwortung bei den Investoren liegt. Der staatliche Förderanteil wird in allen Fällen untergeordnet sein, so dass das betriebswirtschaftliche Risiko und die Frage der Rentabilität unter der Berücksichtigung der Laufzeiten die Unternehmen selbst betreffen.

Wenn eine Region entscheidet, für eine weitere Dekade oder etwas länger auch auf Wintersport zu setzen, dann ist es richtig, wenn die staatliche Verwaltung nicht gescheitert sein will. Dann ist auch das unternehmerische Risiko neu zu bewerten.

An anderer Stelle verhalten wir uns entsprechend. Wenn wir nur solche Unternehmungen fördern, die in allen Fällen und unter allen Bedingungen sozusagen eine sichere Bank sind, dann kommen wir nicht weit. Dann können wir die Förderung auch lassen. Die Finanzierung können dann Banken übernehmen.

Wir wollen regionale Initiativen auch für den Wintersport unterstützen. Ich darf dazu einmal aus der Sicht Niederbayerns und des Bayerischen Waldes etwas sagen. Auch am Arber haben wir Höhen, die nicht zum Gletschergebiet zählen oder fünf Monate Wintersport erwarten lassen. Skigebiete wie Mitterfirmiansreut und andere sind dankbar, dass mit dem Wintersport Geld verdient werden kann. Ein solcher Wintersport wäre ohne Beschneigung in den einzelnen Bereichen nicht möglich.

All das setzt eine Überprüfung voraus, ob die Wasserwirtschaft und der Wasserhaushalt dies vertragen, ob die Natur die Belastungen kompensieren kann und ob es sich hier um einen verträglichen Eingriff handelt.

Ich bitte, an dieser Stelle keine überzogene Grundsatzerdebatte zu führen; das wäre unangemessen. Die Region will eben auch in den nächsten Jahren auf den Wintersport setzen, auch weil sie sich in Konkurrenz mit benachbarten Regionen, die ebenfalls Ur-

laubsdestinationen sind, fühlt. Ich denke beispielsweise an benachbarte Regionen in Österreich. Wir sollten uns an dieser Stelle nicht mitverantwortlich machen, wenn diejenigen Menschen, die in der Region eigentlich Urlaub machen wollen, dort vorbeifahren und ihrem Sport und ihren Vergnügungen 20 oder 30 km weiter frönen.

Wenn sich die Region für den Wintersport entschieden hat, sollten wir es seitens des Freistaats unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege von Gumpfenberg.

Dietrich Freiherr von Gumpfenberg (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei Herrn Muthmann merkt und weiß man, dass seinen Worten viel Sachkunde zugrunde liegt, dass er kommunale Erfahrung hat, insbesondere den Bayerischen Wald und die Probleme kennt, die solche Regionen haben.

Zweifelsfrei ist die Beschneigung ein sensibles Thema; darüber brauchen wir keine Sekunde zu diskutieren. Bei jedem, der darüber nachdenkt, geht sicherlich Unterschiedliches im Kopf vor, wenn er sich die Frage stellt: Sollen wir die Gegend beschneien oder nicht? Hier ist immer ein Prozess der Abwägung zwischen Ökonomie und Ökologie notwendig.

Ich habe einmal etwas nachgeforscht. Auch meine Großeltern sind bereits zum Sudelfeld gefahren. Es war die Naherholungs- und Skifahrerregion derer, die in Bayern zum Skilaufen gefahren sind.

Im Ausschuss haben wir uns mit dem Sudelfeld sehr intensiv beschäftigt. Wir haben Fachmeinungen gehört. Zum Beispiel haben wir Frau Weishäupl, die Tourismusbeauftragte der Landeshauptstadt München, gehört. Sie hat nachdrücklich gesagt, man sollte die Beschneigung durchführen.

Auf der anderen Seite haben wir Professor Thomas Bausch gehört, der in einer gewissen Arroganz davon gesprochen hat, dass es im Sudelfeld nur um minderwertige, nicht qualifizierte Arbeitsplätze gehe. Aber ich kann ehrlicherweise nicht erkennen, dass ein Mensch, der in einem Restaurant arbeitet oder in einem Hotel bedient, etwa nicht qualifiziert sei; da sind wir sicherlich einer Meinung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Nach intensiver, reiflicher Überlegung im Ausschuss und soweit wir die Dinge als Laien in letzter Konsequenz beurteilen können, bin ich zu der festen Über-

zeugung gekommen, dass es richtig ist, ein Urteil nicht gegen, sondern für das Sudelfeld zu treffen. Den Menschen dort sollte man nicht sagen: Ihr müsst dort jetzt Almwiesen anlegen, statt Skigebiete auszuweisen; und statt Gastronomie zu betreiben, müsst ihr einen Trampelpfad anlegen. Dies kann nicht die Zukunft des Sudelfeldes sein.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Aus diesem Grund bin ich dafür, dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Staatssekretärin Hessel hat um das Wort gebeten.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Frage der Genehmigung ist hier viel gesagt worden. Herr Kollege Muthmann hat dazu sehr gute Ausführungen gemacht. Wenn die Rechtsgrundlagen vorhanden sind, gibt es einen Anspruch auf eine Genehmigung. Daher können wir die Planungen seitens des Staates nicht einstellen.

Ich sage etwas zum Förderprogramm. Das Förderprogramm ist von der Staatsregierung vor circa vier Jahren beschlossen worden. Ziel des Programms ist die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer bayerischen Tourismusgebiete, insbesondere am Alpenrand.

Im Vordergrund des Förderprogramms stehen die technischen Neuerungen und Modernisierungsmaßnahmen bei Seilbahnen einschließlich betriebsnotwendiger Nebenanlagen, zu denen auch Beschneigungsanlagen gehören.

Zum Zuge kommen aber nur solche Maßnahmen, die von tourismuspolitischer Bedeutung sind und zur Qualitätsverbesserung des Tourismusangebots beitragen, die eine ganzjährige Nutzung ermöglichen, also auch für den Sommertourismus ausgerichtet sind und im Einklang mit allen Belangen des Umweltschutzes und der Landesplanung stehen. Die zuständigen Naturschutzbehörden sind eingebunden. Ein positives Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung ist natürlich unabdingbare Fördervoraussetzung.

Die Lifтанlagen des Sudelfeldes sollen modernisiert werden. Das betrifft das komplette Konzept für das Skigebiet Sudelfeld. Wenn wir die Prognosen niedriger ansetzen, hat das Sudelfeld für die nächsten 15 Jahre eine Überlebensfähigkeit. Das ist auch der Zeitraum, in dem die vorzunehmenden Investitionen abgeschlossen werden.

Das Umweltministerium hat einen Leitfaden zu den Folgen des Klimawandels verkündet, wonach die Dauer der geschlossenen Schneedecken in den mittleren Höhenlagen zurückgehen wird. Dies ist jedoch eine Prognose für die nächsten 50 Jahre. In diesem Zeitraum wird sicherlich auch der bayerische Wintertourismus ein überlebenswichtiger Wirtschaftszweig für uns sein.

Auf die Auswirkungen auf den Mittelstand ist bereits eingegangen worden. Ich darf aber noch Folgendes anmerken.

Herr Hartmann, Schnee in Bayern! Ich weiß nicht, wie weit sich der bayerische Umweltminister dazu geäußert hat. Es handelt sich hier um eine Marke von BayTM, der Bayern Tourismus Marketing GmbH. Wir gehen bereits jetzt davon aus, dass Wintertourismus in Bayern nicht allein auf Schnee angewiesen ist. Wir werden unsere Kampagnen entsprechend ändern. Das heißt aber nicht, dass der Wintertourismus in Bayern von heute auf morgen aussterben wird. Das können wir uns in unseren Regionen überhaupt nicht leisten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Deswegen musste die Petition eingestellt werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die CSU-Fraktion stellt anheim, auf die namentliche Abstimmung zu verzichten.

(Anhaltende Zurufe von der SPD: Nein, nein, wir wollen sie!)

- Gut, dann ist die namentliche Abstimmung beantragt und wird so durchgeführt.

Wir verfahren jetzt wie folgt: Nach der Geschäftsordnung ist unserer Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat beschlossen, die Eingabe als Material zu überweisen.

Die Abstimmung darüber erfolgt in namentlicher Form. Wer dem Votum des Ausschusses zustimmen will, bitte ich die blaue Ja-Karte zu verwenden. Für die Gegenstimmen ist die rote Nein-Karte zu verwenden. Die Urnen sind aufgestellt. Die namentliche Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 18.31 bis 18.36 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaales ermittelt und später, aber noch heute, bekannt gegeben.

Wir kommen zum Schluss unserer Plenarsitzung mit einigen Bekanntgaben. Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß unserer Geschäftsordnung bekannt, dass die CSU-Fraktion anstelle des Kollegen Dr. Florian Herrmann Herrn Kollegen Jakob Schwimmer als neues Mitglied des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz benannt hat. Außerdem hat sie anstelle des Kollegen Ludwig Freiherr von Lerchenfeld Kollegen Alexander Dorow als neues Mitglied des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden benannt.

Weiterhin gebe ich bekannt, dass der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur in seiner Sitzung am 25. April 2012 einen Unterausschuss "Hochschule für Politik" eingerichtet hat. Dem Unterausschuss gehören fünf Mitglieder an. Vonseiten der Fraktionen wurden folgende Kolleginnen und Kollegen benannt: für die CSU-Fraktion Kollege Oliver Jörg, für die SPD-Fraktion Frau Isabell Zacharias, für die FREIEN WÄHLER Herr Professor Dr. Michael Piazzolo, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Dr. Sepp Dürr und für die FDP Frau Dr. Annette Bulfon.

Die konstituierende Sitzung dieses Unterausschusses findet am 10. Mai 2012 statt. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Wir Drei hier oben im Präsidium harren jetzt noch aus, bis das Abstimmungsergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt ist und geben es Ihnen noch bekannt. Wenn Sie daran interessiert sind, dürfen Sie bleiben. Ansonsten wünsche ich - -

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie könnten ja noch über die Facebook-Party im P 1 reden!)

Ich sehe, dass die Stimmauszählung schon beendet ist. Ich bedanke mich beim Landtagsamt für die schnelle und zuverlässige Arbeit. Und damit Sie ruhig schlafen können, nun das Ergebnis der Eingabe: Ja-Stimmen 86, Nein-Stimmen 47, keine Enthaltungen. Damit ist dem Votum des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie entsprochen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit ist unsere Tagesordnung abgearbeitet. Ich wünsche einen angenehmen Abend, ob mit Party oder ohne. Gutes Gelingen! Wir sehen uns bald wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.39 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 08.05.2012 zu Tagesordnungspunkt 2: Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Lage bei der Erstaufnahme und in den Gemeinschaftsunterkünften verbessern (Drucksache 16/11146)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X			Görlitz Erika		X	
Aiwanger Hubert	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst				Gote Ulrike	X		
Aures Inge	X			Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg		X		Güller Harald	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Hacker Thomas		X	
Dr. Beckstein Günther		X		Haderthauer Christine		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bertermann Otto				Hallitzky Eike	X		
Dr. Beyer Thomas	X			Hanisch Joachim	X		
Biechl Annemarie		X		Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann	X			Heckner Ingrid		X	
Blume Markus		X		Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
Dr. Bulfon Annette		X		Hessel Katja		X	
Dechant Thomas		X		Dr. Heubisch Wolfgang			
Dettenhöfer Petra		X		Hintersberger Johannes		X	
Dittmar Sabine	X			Huber Erwin		X	
Dodell Renate		X		Dr. Huber Marcel			
Donhauser Heinz		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dorow Alex		X		Huml Melanie			
Dr. Dürr Sepp	X			Imhof Hermann		X	
Eck Gerhard		X		Jörg Oliver		X	
Eckstein Kurt		X		Jung Claudia	X		
Eisenreich Georg		X		Kamm Christine	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Karl Annette			
Felbinger Günther	X			Kiesel Robert		X	
Dr. Fischer Andreas		X		Klein Karsten		X	
Dr. Förster Linus	X			Kobler Konrad		X	
Franke Anne				König Alexander		X	
Freller Karl		X		Kohnen Natascha	X		
Füracker Albert		X		Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kreuzer Thomas			
Gehring Thomas	X			Ländner Manfred		X	
Glauber Thorsten	X			Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Goderbauer Gertraud		X		Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin			
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	72	90	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 08.05.2012 zu Tagesordnungspunkt 4 Nr. 1: Antrag der Staatsregierung; Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2009 (Drucksache 16/6211)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine			
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dorow Alex	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Franke Anne			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Freiherr von Gumppenberg Dietrich	X		
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	86	67	0

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) **einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
 (G) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
 (ENTH) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
 (A) **Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
 (Z) **Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Staatsgarantie für Leihnahmen
 Museen 8
 Drs. 16/9715, 16/12114 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD
 Hochschule für alle: UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen
 Drs. 16/10663, 16/12115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP), Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
 Anlegerschutz im grauen Kapitalmarkt verbessern
 Drs. 16/10665, 16/12337 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

4. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Martin Güll, Margit Wild u.a. SPD
Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung nicht missbrauchen -
Jugendsozialarbeit an Schulen in Bayern weiter durch eigene Landesmittel ausbauen!
Drs. 16/10805, 16/12294 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sicherheit in der Justiz - Kriseninterventionsteams
Drs. 16/11017, 16/12347 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sicherheit in der Justiz - Juristenausbildung
Drs. 16/11018, 16/12348 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachdruck von NS-Schriften freigeben
Drs. 16/11025, 16/12351 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

**Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Markus Blume, Klaus Stöttner u.a. CSU
Bayern international positionieren: Standortwerbung bei Interkont-Flügen
und am Flughafen München „Franz Josef Strauß“
Drs. 16/11121, 16/12275 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderrichtlinien Hochbau: Anreize für besonders vorbildliche
Energiestandards setzen
Drs. 16/11163, 16/12274 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger,
Inge Aures u.a. SPD
Stelleneinzug bei den Beihilfestellen des Landesamts für Finanzen stoppen
Drs. 16/11192, 16/12346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner,
Markus Rinderspacher SPD
Prävention von Adipositas bei Grundschülerinnen und Grundschulern
Drs. 16/11194, 16/12311 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Breitbandversorgung in Bayern - Gegenwart und Zukunft
Drs. 16/11210, 16/12272 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

13. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Bericht zum Thema Chronischer Botulismus
Drs. 16/11319, 16/12312 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Zukunft des Standorts München von Nokia Siemens Networks (NSN)
Drs. 16/11423, 16/12354 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Verbot des Einsatzes von Reserveantibiotika der Humanmedizin bei Tieren
Drs. 16/11427, 16/12313 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Walter Nadler, Oliver Jörg, Markus Blume CSU,
Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Thomas Dechant u.a. und
Fraktion (FDP)
Auswirkung der Verknappung von Rohstoffen auf die bayerische Wirtschaft
Drs. 16/11610, 16/12356 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reform des Europäischen Vergaberechts (BR-Drs. 15/12 und 16/12)
Interkommunale Zusammenarbeit nicht behindern!
Drs. 16/11628, 16/12349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos u.a. und Fraktion (SPD)
Kampf der Beschäftigten von Nokia Siemens Networks unterstützen - für den Standort München eintreten
Drs. 16/11636, 16/12353 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl u.a. SPD
Winterfestigkeit des Schienenpersonennahverkehrs in Bayern
Drs. 16/11641, 16/12358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Stefan Schuster, Diana Stachowitz u.a. SPD
Beförderungssituation Bayerische Polizei
Drs. 16/11646, 16/12152 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Karsten Klein u.a. und Fraktion (FDP)
Nokia Siemens Networks - Erhalt von Arbeitsplätzen und Standortkompetenzen
Drs. 16/11652, 16/12366 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Kriminalität im Kontext von Spielhallen
Drs. 16/11728, 16/12116 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <u>1 Z 1 ENTH</u>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

23. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler,
Alexander König u.a. CSU,
Thomas Hacker, Thomas Dechant und Fraktion (FDP)
Keine Behinderung der Interkommunalen Zusammenarbeit
durch Europäisches Vergaberecht
Drs. 16/11754, 16/12350 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Karin Pranghofer, Margit Wild u.a. SPD
Konzept zur Flexibilisierung der gymnasialen Schulzeit
Drs. 16/11757, 16/12355 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/> <u>A</u>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <u>A</u>

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Direkter Kontakt zwischen der Konzernspitze der Siemens AG und den Mitarbeitern
von Nokia Siemens Networks (NSN)
Drs. 16/11798, 16/12367 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Albert Füracker, Angelika Schorer u.a. CSU, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann, Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP)
Forschung zum sog. „chronischen Botulismus“ vorantreiben
Drs. 16/12064, 16/12420 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Ulrike Müller, Dr. Leopold Herz FREIE WÄHLER
Chronischer Botulismus - Aufklärung der Faktorenkrankheit durch Forschung - schnelle Bereitstellung der Mittel
Drs. 16/11873, 16/12419 (E) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 08.05.2012 zur Eingabe betreffend Beschwerde über den geplanten Ausbau des Beschneigungssystems am Sudelfeld mit Errichtung eines Speichersees (WI.0358.16)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine			
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dorow Alex	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Freiherr von Gumppenberg Dietrich	X		
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia	X		
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa		X	
Nadler Walter			
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg			
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana			
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa			
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zelmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	86	47	0